

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 7. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplizierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die leuchtigste Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Prestrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Schultreik.

Im Anschluß an die Verhandlung des Reichstags über die Poleninterpellationen wird uns von einem Pädagogen geschrieben:

Die glorreiche borussische Politik gegen unbequeme Volksbewegungen und oppositionelle Minderheiten hat eine interessante neue Erscheinung der politischen Aktion gezeitigt: in den polnischen Distrikten streifen die Schulkinder. Die bewunderungswürdigen Know-nothings der preussischen Bürokratie waren in ihrem dunklen kafatistischen Drange auf den schlanen Gedanken verfallen, der polnischen Schuljugend selbst den Religionsunterricht in deutscher Sprache aufzudrängen, ein Attentat auf die nationale und religiöse Tradition der Polen, das in das ohnehin hochlodende Feuer polnischer Agitation neues Öl gießen mußte.

Unsere Stellung zum Religionsunterricht ist bekannt genug, als daß wir darüber noch besondere Worte zu verlieren brauchen. Wir haben in den mannigfachen Schulkämpfen der letzten Jahre innerhalb und außerhalb Preußens unsere Forderung der Beseitigung des Religionsunterrichts aus den Schulen so oft und so gründlich dargelegt, daß keiner unserer Anhänger über ihre Notwendigkeit im Zweifel sein wird. Wir sind freilich auch darüber nicht im Zweifel, daß von der gegenwärtigen preussischen Regierung alles andere eher als die Erfüllung dieser Forderung zu erwarten ist. Obwohl selbst Theologen und Kirchenfreunde darüber weklagen, daß bei der jetzigen schulmäßigen Verarbeitung der Religion nur Widerwille gegen die Kirche und die Religion erzeugt wird, beharrt die Aera Studt mit herostratischem Eifer bei ihrem religionsfeindlichen Treiben.

Aber geradezu staunenswert ist die Geschicklichkeit, mit der dieser destruktive Eifer in der polnischen Frage sich selbst überschlägt. Außer den im heutigen Religionsunterricht selbst liegenden religions- und regierungsfeindlichen Tendenzen werden die nationalen Leidenschaften mobil gemacht, um große Massen der Bevölkerung der flammendsten Erbitterung entgegenzutreiben. Die Polen hatten schon bisher die preussische Schulpolitik in den polnischen Gegenden, weil sie nicht von der Absicht geleitet war, durch die Erziehung der schulpflichtigen Jugend die nationalen Gegensätze zu verjähren und zu mildern, sondern weil sie im Gegenteil schon in die Schulkübe die kafatistische Gefährlichkeit hineintrug und die Lehrer zu politischen Agenten herabwürdigte. Bekanntlich wird diesen dafür von der Regierung ein verächtliches Trinkgeld in Gestalt der Ostmarkenzulage zugeworfen. Zwar steht fast in allen deutschen Vesebüchern das gemütswarme Gedicht Mar von Schenkendorfs über die Mutterprobe — „Mutterprobe! Mutterlaut, wie so wonnesam, so traut!“ — und die Schulkinder müssen das Gedicht auswendig lernen. Aber für die polnischen und die übrigen Grenzgegenden schaltet die preussische Regierung diese Hochachtung für die Mutterprobe aus. Sie verlangt, daß dort die Kinder eine andere als die Mutterprobe lieb gewinnen sollen. Und da dieses unnatürliche Verlangen nicht sofort und widerspruchslos erfüllt wird, so wendet sie brutale Gewalt an.

So töricht diese Zwangspädagogik nun schon in den übrigen Unterrichtsjahren ist, viel törichter ist es, wenn sie sogar im Religionsunterricht zur Anwendung gelangt. Was bleibt denn noch von den paar armeligen Gefühlsworten des Religionsunterrichts, die ihm seine Verteidiger nachrühmen, übrig, wenn er eine unerhörte Verletzung des intimsten Gefühls, der Vaterlandsliebe, der Anhänglichkeit an die angestammte Sprache, zur Grundlage hat?

Aber was kümmert sich Studt um Gefühle! Für ihn gelten Paragraphen, Verordnungen und Akten. Er dekretiert, ganz gleich, ob er das Konto seiner schier unübersehbaren pädagogischen und schulpolitischen Mißgriffe und Torheiten dadurch um ein neues und unerhörtes Kapitel bereichert.

Allerdings hat ihn die Wirkung dieser neuesten Maßregel anfänglich doch stutzig gemacht. Als die Polen in ihrer leidenschaftlichen Erbitterung zu dem neuen Mittel griffen, den Kindern die Anwendung der deutschen Sprache im Religionsunterricht zu untersagen, und als die polnischen Kinder mit erstaunlichem Mute dieser Aufforderung ihrer Eltern Folge leisteten, erschraf die Regierung zunächst. Aber wann hätte die allmächtige und allwissende Bürokratie jemals eingestanden, daß sie einen Fehler gemacht hat? Sie hat immer recht, und wenn ihr irgendwo die Folgen einer besonders hahnbüchernen Dummheit gar zu arg auf den Pelz rüden, so beseitigt sie nicht etwa die Ursache der schlimmen Folgen, so macht sie nicht ihren Fehler wieder gut, sondern sie sucht den einen Fehler durch neue Fehler zu überbieten.

So hat sie, als sie sich von ihrem ersten Schreden über den Schultreik erholt hatte, neue, noch unglaublichere Gewalttätigkeiten gegen die unfolgsamen Polen verhängt: sie hat einem Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs einen Sinn unterlegt, den keiner der Väter dieses Gesetzbuchs als richtig anerkennen kann und wird; auf Grund dieser Argwöhnung dieses Gesetzesparagraphen hat sie den Vätern streifender Schulkinder das Erziehungsrecht entzogen und die Zwangserziehung der Kinder angeordnet. Man stelle sich die ganze Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens vor! Den Eltern, die aus heiligstem Eifer für die Erziehung ihrer Kinder besorgt sind, werden ihre Kinder gerade wegen dieses Eifers

geraubt! Während die preussische Regierung sonst die Kinder nicht religiös genug erziehen kann, strast sie in Polen die Eltern auf die ehrverleendste und erbitterndste Weise dafür, daß sie ihren Kindern ihre Religiosität erhalten wollen. Die politischen Absichten der Regierung versehen hier den sonst als heilig verkündeten pädagogischen Zielen des Staates einen brutalen Faustschlag mitten ins Gesicht.

Noch beschämender als dieses kulturwidrige Vorgehen der Regierung ist das Echo, das es in der liberalen (!) Lehrerpresse erweckt. Die „Pädagogische Zeitung“, das Hauptorgan des deutschen Lehrervereins, das schon die bisherigen Phasen des polnischen Schulkrieges mit hämischen Glossen begleitet hatte, versteigt sich in ihrer letzten Nummer zu der folgenden skandalösen Bemerkung:

„Dem polnischen Schultreik scheint man jetzt wirklich etwas kräftiger zu Leibe zu gehen als es zuerst schien. In Zabrze (Oberschlesien) hat das Amtsgericht zwei Vätern streifender Schulkinder das Erziehungsrecht entzogen und die Zwangserziehung der Kinder angeordnet; die Maßregel stützt sich auf § 1066 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das hat geschloffen, die renitenten Schulväter sind alsbald zu Kreuze getreten und haben ihren Töchterlein anbesohlen, sich wieder häßlich artig der deutschen Sprache zu bedienen. Rechtswürdig ist, daß man in Polen noch nicht auf diesen sehr guten, gangbaren Weg gekommen ist; daß man ihn in Oberschlesien gefunden hat, wird ja dort jedenfalls die ohnehin schwache Bewegung bald genug stille kriegen. Dazu kommt das Eingreifen des Kardinals Kopp, der im Gegensatz zu seinem Amtsbruder von Posen-Wnesen den Alerus von der Agitation zurückhält, während ihn Herr v. Stabrowski dazu ermutigt. Doch auch hier scheint jetzt (endlich!) das Uebel an der Wurzel gefaßt zu werden. Wie aus Posen telegraphiert wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen mehrere polnische Präpste die Untersuchung wegen Uebertretung von § 110 des Strafgesetzbuchs eingeleitet. ... Mit diesen beiden Maßnahmen scheinen nun die Mittel gefunden zu sein, die, in ausreichender Dosis angewendet, die Volkenträntheit ziemlich schnell heilen werden.“

Diese schamlose Verteidigung der rücksichtslosen preussischen Unterdrückungspolitik gegen die Polen steht in einem liberalen pädagogischen Blatt! Ist es liberal, eine Nation gewaltsam um ihre nationale Selbstständigkeit, sogar um ihre nationale Sprache zu bringen? Ist es pädagogisch, politische Zwecke in die Schulkübe hineinzutragen? Ist es liberal und pädagogisch, den Vätern das Erziehungsrecht zu entziehen und die Kinder in die harte, grausame Zwangserziehung zu schicken, nur weil Väter und Kinder in vielleicht falsch angewendetem Eifer ihre nationale Kultur verteidigen wollen? Ist es liberal und pädagogisch, eine derartige hartherzige Gewaltpolitik einer übermächtigen Regierung gegenüber einer geknechteten Minderheit mit höhnischem Beifall zu unterstützen. Wenn die Comenius, Pestalozzi und andere pädagogische Vorkämpfer von dieser erbärmlichen humanitätswidrigen Haltung der tonangebenden deutschen Lehrerschaft erfahren könnten, sie würden sich vor Abscheu im Grabe herum drehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember.

Nachklänge vom Zollwucher.

Die Zollwuchergelüste des Zentrums sind durch den neuen Zolltarif noch nicht befriedigt. Heute unternahm es der strebsame Zentrumabgeordnete Speck, in beinahe zweistündiger Rede die kostbare Zeit des Reichstages totzuschlagen mit der Begründung seiner Interpellation, betreffend die Verwendung von „Futtergerste“ als „Malzgerste“. Der langen Rede kurzer Sinn war, daß die bayerischen Gerstenbauern einen besseren „Schutz“ für ihre Gerste, d. h. künstlich höher geschraubte Preise für dieses Produkt haben wollen.

In endlosen Tiraden verlor sich auch der die Interpellation beantwortende Staatssekretär v. Stengel, der sich gleichfalls vergebens bemühte, eine genauere Unterscheidung zwischen „Futter-“ und „Malzgerste“ zu konstruieren. Hierzu möchten wir feststellen, daß der Ausdruck „Futtergerste“ erfunden wurde, um die kleinen Bauern, die Futtergerste — natürlich durch höhere Zölle künstlich verteuerte — kaufen müssen, über den Zollwucher zu täuschen und die Zollwucherer als Freunde der kleinen Landwirte erscheinen zu lassen. Diese Phrase des Zollwucherschwindels wurde schon in der Zollkommission 1902 von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern treffend gekennzeichnet, die auch auf die daraus entstehenden Konsequenzen hinwiesen. Die Folgen dieses Zollwuchers aber sind natürlich nur aus der Welt zu schaffen mit der Beseitigung des Zollwuchers überhaupt.

Genosse Südekum trat den Interpellanten entgegen und kennzeichnete kurz die Zollwuchersituation, während der Abgeordnete Paasche und der preussische Finanzminister v. Heine haben sich abmühten, die Zollkalamitäten zu bemänteln. — Von den Freisinnigen wandten sich die Abgeordneten Kampff und Gothein gegen die Interpellanten. Besonders der letztere schilderte den Kuhhandel, der in der Zollkommission um die Position Gerste zwischen den Zollwucherpartei und der Regierung getrieben worden ist. Heute sind die Kuhhändlerparteien von damals die betrogenen Verkäufer.

Einigen süddeutschen und ostelbischen Agrariern, die ihrer zollwucherischen Gesinnung in langweiligen Reden Ausdruck gaben und sich mit dem Staatssekretär v. Stengel über einzelne Vorgänge hinter den Kuhhandelskulissen herumstritten,

diente unser Genosse Stolle mit einer treffenden Charakterisierung. Er entlarvte den Schwindel der angeblichen Freunde der kleinen Landwirte, die nach einer Verteuerung der Futtergerste schreien. Die Viehproduktion werde, so führte Stolle aus, durch solche Wucherzollpolitik herabgedrückt und das ganze Volk geschädigt. Die Quittung über diese Wucherpolitik würden die nächsten Reichstagswahlen ausstellen.

Schließlich versicherte der Staatssekretär v. Stengel die Zollwucherer des Wohlwollens der Regierung, und dann hatte diese Zollkomodie ein Ende. Der Präsident teilte noch mit, daß der Antisemit Raab sein Mandat, das von der Wahlprüfungskommission einstimmig für ungültig erklärt worden war, niedergelegt habe. (Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.)

Die württembergische Landtagswahl.

Stuttgart, den 6. Dezember. (Privattelegramm.)

Bei den gestrigen Landtagswahlen ist die Entscheidung über 48 Mandate im ersten Wahlgang gefallen; in 27 Bezirken muß eine zweite Wahl stattfinden, und 17 Mandate werden erst im Januar durch Proportionalwahl verteilt. Von den im ersten Wahlgang erledigten Mandaten erhielt die Sozialdemokratie 5, die Volkspartei 8, Bauernbündler resp. Konservativen 8, Nationalliberale 8, Zentrum 10. Von den sechs Mandaten der Stadt Stuttgart, die auch im „Proporz“ vergeben werden, eroberte die Sozialdemokratie drei. Hier wurde der bisherige Stuttgarter Abgeordnete, Genosse Kof, wiedergewählt und neu hinzu traten die Genossen Fischer und Heymann. Nach den Berechnungen, die gegenwärtig möglich sind, haben für die Sozialdemokratie 19522 Wähler gestimmt gegen 13844 bei der vorigen Wahl — ein glänzender Fortschritt. Von den anderen drei Mandaten entfielen je eines auf die Nationalliberalen, Volkspartei und die Konservativen.

Außer den drei Mandaten für Stuttgart-Stadt gewann die Sozialdemokratie sofort wieder den Wahlkreis Stuttgart-Land. Hier erhielt der bisherige Vertreter Genosse Hildenbrand 5212 Stimmen gegen 3586 bei der vorigen Wahl und schlug seine Gegner mit 2290 Stimmen Majorität. Außerdem hat im ersten Wahlgang sogleich der Genosse Keil gestimmt, der bei der vorigen Wahl erst in der Stichwahl gewählt wurde. Unsere Stimmen sind hier von 2070 auf 3196 in die Höhe gegangen. Von den bisherigen Mandaten ging uns leider auch eins verloren, das wir in der abgelaufenen Landtagsperiode bei einer Stichwahl gewonnen haben und wieder zu erlangen hofften, nämlich Ehlingen, wo Genosse Schlegel dem nationalliberalen Oberbürgermeister von Ehlingen, Dr. Wählberger, unterlegen ist, dessen Kandidatur und Agitationsmethode in bezug auf politische Strupplosigkeit geradezu verblüffend waren.

Ziemlich sicher dürften wir mehrere Mandate im zweiten Wahlgang wiedergewinnen, so das Mandat in Cannstatt-Land, wo Genosse Taucher 2191 Stimmen erhielt, sein nationalliberaler Gegner dagegen 1888; ebenso das Mandat in Göttingen, wo Genosse Dr. Lindemann 4831 Stimmen erhielt, während auf das gemeinsame Mandat von Volkspartei und Nationalliberalen 3276 St. entfielen. Unsere Stimmen sind hier um 1153 gewachsen. Desgleichen werden wir voraussichtlich auch das Mandat Heilbronn-Stadt wieder erlangen, wo Genosse Schäffer 2383 Stimmen erhielt, der Bauernbund 1268. Den Ausschlag gibt hier wie in Cannstatt die Volkspartei. Unser Stimmengewinn in Heilbronn beläuft sich auf 1190. Ferner stehen uns im zweiten Wahlgang noch einige neue Gewinne in sicherer Aussicht. Im Wahlkreis Heidenheim wird sich Genosse Dietrich mit dem Bauernbündler zu messen haben. Dietrich erhielt 2072, der Bauernbund 1092, die Volkspartei 1271, die Nationalliberalen 980, das Zentrum 288 Stimmen. Unsere Stimmengahl ist hier um 890 gewachsen. Günstig ist unsere Aussicht auch im Wahlkreis Rauibronn, wo Genosse Sperla 1481, sein nationalliberaler Gegner 1082 Stimmen erhielt. Den Ausschlag gibt die Volkspartei mit 1315 Stimmen. Unser Zuwachs beträgt 658. Im Wahlkreis Rörtlingen erhielt Genosse Seeger 2084, der Bauernbund 1700, die Nationalliberalen 598, die Volkspartei 988 Stimmen. Von der Haltung der letzteren hängt auch hier der Wahlausfall ab. Unser Stimmengewinn beträgt 674. Im Wahlkreis Reutlingen-Land erhielt unser Kandidat 1744, der Nationalliberale 1382, der Volksparteiler 1359 Stimmen. Die Haltung der Volkspartei ist auch hier entscheidend. Unser Stimmengewinn beträgt 825 Stimmen.

Wir sind noch an einigen weiteren zweiten Wahlgängen beteiligt, ohne jedoch aus den dortigen Situationen bestimmte Hoffnungen auf den Gewinn von Mandaten schöpfen zu können. Dagegen steht die Volkspartei in verschiedenen Wahlkreisen ihren Gegnern so gegenüber, daß sie nur bei voller Unterstützung durch die Sozialdemokratie auf den Gewinn des Mandates rechnen kann. So sehr die Sozialdemokratie auch dem Ziele zustrebt, eine reaktionäre Mehrheit im zukünftigen Landtage zu verhindern und die Position der linksstehenden Parteien zu stärken, so darf sie doch beanspruchen, nicht nur selbstlos die Volkspartei dort herauszuheben, wo sie dürfen, wo sie von den Gegnern bedrängt wird, sie kann und wird mit vollem Recht fordern, daß auch die Volkspartei alles aufbietet, um uns in den Kreisen, die für uns gewinnversprechend sind, zum Erfolge zu verhelfen.

Was den Wahlausgang im allgemeinen betrifft, so wird die Frage, ob der Besitzstand der einzelnen Parteien eine größere Verschiebung erfährt, sich erst nach dem zweiten Wahlgange beurteilen lassen. Das Zentrum hat seinen festen Bestand zu erhalten gewußt und der Volkspartei ein Mandat abgenommen. Auch der Bauernbund hat einige Gewinne, namentlich auf Kosten der Volkspartei zu verzeichnen. Unsere Stimmen sind von 58721 auf zirka 90000 gewachsen; ein Ergebnis von ganz hervorragender Bedeutung, das

uns hoffen läßt, von den Mandaten in der Landesproportionalwahl auch noch einen ansehnlichen Teil zu erhalten.

Die zweiten Wahlen werden voraussichtlich am 18. und 19. Dezember, die Landesproportionalwahl am 9. Januar stattfinden. Ende Januar ist dann die Einberufung des neuen Landtages zu erwarten.

Stuttgart, 6. Dezember. Die gestern in Stuttgart nach dem Proporz vorgenommenen Landtagswahlen hatten folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt: Gemeinderat Klotz (Sozialdemokrat) mit 40365 Stimmen, Buchhändler Fischer (Sozialdemokrat) mit 19257 Stimmen, Redakteur Henmann (Sozialdemokrat) mit 19005 Stimmen, Oberbürgermeister v. Gauß (Volkspartei) mit 12827 Stimmen, Eisenbahnschreiber Baumann (Deutsche Partei) mit 11738 Stimmen und Sekretär Hoyer (Konserwatib) mit 5940 Stimmen.

„Zammerkerle.“

Vornhagen von Enke nannte die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses „Zammerkerle“, Karren und Bösewichter nannte die „Areny-Big“, die Mehrheitsmitglieder dieser Kammer eine Volksvertretung. Nimmere ist diesen ehrenwerten Herren auf ihren Antrag hin von einem preussischen Staatsanwalt, freilich sehr wider deren Willen, die Richtigkeit dieser Benennungen bezeugt worden. Dem Abgeordnetenhause selbst ist von diesen Stellen aus amtlich attestiert, daß es Handlungen begangen hat, welche „verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet“ sind. Und das von Rechts wegen. Die umgekehrte Strafe von je sechs Monaten Gefängnis, die gegen die verantwortlichen Redakteure unseres Bruderorgans, der „Tribüne“, gegen die Genossen Stange und Dornheim, vom Erfurter Gericht nach der am Mittwoch von uns wiedergegebenen Verhandlung vom 4. Dezember ausgesprochen ist, läßt über diese Tatsache nicht hinweg.

Unsere Genossen waren wegen vier trefflicher Artikel, in denen gegen empörende Handlungen des Abgeordnetenhauses und gegen verächtliche und feige Äußerungen einiger konserwativer Mitglieder dieses Hauses Stellung genommen war, angeklagt: den § 186 des Strafgesetzbuches, der eine formale Verleumdung mit Strafe bedroht sowie den § 186 des Strafgesetzbuches verletzt zu haben, der bestraft wissen will, wer in Beziehung auf einen anderen (das preussische Abgeordnetenhause) eine Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben (das Abgeordnetenhause) verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, wenn nicht diese Tatsache erweislich wahr ist.“ Die Proffländer legten dar, daß die von der „Tribüne“ behaupteten Tatsachen vollkommen der Wahrheit entsprechen und daß sie überdies in durchaus berechtigter Weise gehandelt hätten. Sie traten ausdrücklich dafür ein, daß ein russischer Kaufmann und Staatsangehöriger zum Verrat gegen Rußland aufgefordert und ihm einen falschen Paß ausgestellt haben, daß der preussische Minister des Innern auf die wiederholten Anfragen im Parlament: wie es denn mit der schweren Urkundenfälschung, begangen durch preussische Beamte stände, keine Antwort gegeben habe, 2. daß der Landtag über diese Behandlung des Parlaments durch den Minister geschwiegen habe, anstatt der lebhaftesten Empörung Ausdruck zu geben, 3. daß Minister und Parteien die Erklärungen zum Schulgesetz außerhalb des Parlaments „fertig“ gemacht haben, und daß durch dieses Gesetz nicht nur ein Rückgang der Volkshilfswirtschaft, sondern auch eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung erzielt würde, 4. daß das preussische Abgeordnetenhause schlechte Sitten habe, die sich außerdem in fortgesetzten Angriffen gegen Sozialdemokraten, und zwar lediglich ihrer Gesinnung wegen; ferner in Schimpfworten wie: „nichtswürdige, schamlose Agitation, Frechheit, Schandeb“ usw., 5. daß der Versuch von einem Abgeordneten im Parlament gemacht worden sei, den Erfurter Richtern in diesem Prozeß ein hohes Strafmaß vorzuschreiben.

Das Gericht beschloß Beweis und nach Erhebung der Beweisaufnahme mußte der Staatsanwalt und das Gericht die Anklage aus § 186 des Strafgesetzbuches fallen lassen. Sie haben also damit ausdrücklich konstatiert, daß das Abgeordnetenhause als Gesamtheit wie einzelne seiner Mitglieder sich in einer das Abgeordnetenhause in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen Weise benommen hat. Das Humordolle bei dieser gegen das Abgeordnetenhause gerichteten Feststellung ist, daß ohne ausdrückliche Ermächtigung des Abgeordnetenhauses zur Strafverfolgung eine solche förmliche Feststellung gar nicht hätte getroffen werden können. Daß der Staatsanwalt und die Richter freilich keineswegs die Absicht, vielleicht nicht einmal das Bewußtsein gehabt haben, das Abgeordnetenhause so zu charakterisieren, wie es nimmere infolge des Verlangens des Abgeordnetenhauses erfolgt ist, ändert an dem Tatbestand nichts, daß die verächtliche Handlungsweise des Abgeordnetenhauses in öffentlicher Gerichtsverhandlung durch dieselben staatlichen Organe festgestellt ist, die das Abgeordnetenhause zum Schutz seiner sogenannten Ehre angerufen hatte. Freilich nicht das Abgeordnetenhause ist bestraft worden. Die preussische führende Gerechtigkeit hat dafür gesorgt, daß mit dramatischer Strafböhe die Redakteure bestraft sind, weil sie nach Ansicht des Gerichts durch Ausdrücke in die formellen Schlingen des § 186 gegenüber dem sich selbst verächtlich machenden Abgeordnetenhause gefallen sind.

Das Gericht hat den zu so hoher Strafe Verurteilten den Schutz des § 183 des Strafgesetzbuches nicht zugebilligt. Der § 183 spricht den selbstverständlichen Grundjatz aus, daß „tadelnde Urteile über wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen, ingleichen Äußerungen, welche zur Ausführung oder Verteidigung von Rechten oder zur Wahrung berechtigter Interessen gemacht werden, sowie ähnliche Fälle nur insoweit strafbar sind, als das Vorhandensein einer Verleumdung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht.“ Stand nach Ansicht des Gerichts der sogenannte Schutz des § 183 des St.-G.-B. dem Angeklagten nicht zu, so ist dadurch angeprochen, daß es sich bei den Leistungen des Dreiklassenparlaments weder um wissenschaftliche noch um künstlerische noch um gewerbliche Leistungen oder um ähnliche Fälle handelt — wiederum das vernichtendste Urteil, das über die Leistungen eines Parlaments jemals gefällt worden ist. Da im Dreiklassenparlament insbesondere die Konserwativen und die Junker ihre eigenen Interessen und die ihrer Klasse in höchst gewerblicher und erwerbsmäßiger Weise wahrnehmen, so hat der Richter offenbar angenommen, daß die gewerbliche Leistung, die diese „Karren und Bösewichter“, um den Ausdruck der „Kreuzzeitung“ zu gebrauchen, zwar mit der Wahrnehmung ihres Mandats gewerbliche Leistungen für sich vertragen, daß aber dennoch die Leistung des Gesamthauses, des Landtages selbst, nicht als gewerbliche Leistung erachtet werden kann. Mit anderen Worten: So sehr die Mitglieder des Abgeordnetenhauses ihre persönlichen Interessen wahrnehmen, so wenig vertritt dadurch das Abgeordnetenhause selbst eine der Gesamtheit dienende erwerbende Tätigkeit.

Das Gericht hat auch angenommen, die Redakteure hätten nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen, auch nicht zur Ausführung oder Verteidigung berechtigter Interessen gehandelt. Fest steht, daß eine Reihe von konserwativer Abgeordneten den Schutz der Immunität im Abgeordnetenhause zu Schimpferien und Angriffen gegen die Sozialdemokraten benutzt haben, die, als beleidigend erachtet werden müssen. Die Angeklagten sind Sozialdemokraten. Die feigen Angriffe waren also auch gegen sie gerichtet, mithin hat das Gericht, was es trotzdem den Schutz des § 183 den Angeklagten verweigert, die beteiligten Abgeordneten des Landtages als Personen charakterisiert, deren sittliche und geistige Tiefe die Möglichkeit einer Verleumdung ausschließt: ein hartes Urteil. Diese logischen Folgen des Urteils sind so vernichtend für die einzelnen Mitglieder des Abgeordnetenhauses wie für das Haus selbst, daß allein die Erkenntnis, welches Pariser das Dreiklassenhaus an sich vollzogen hat, die Art und Höhe der Strafe sowie die

Möglichkeit einer Bestrafung erklären kann. Im Falle des Erfurter Prozesses steht also so: weil durch die Verhandlung gegen das preussische Dreiklassenparlament Tatsachen festgestellt sind, welche dasselbe verächtlich zu machen geeignet sind, sind die Angeklagten, also die, die die Wahrheit sprachen, zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Verurteilt, weil sie die Wahrheit sprachen, verurteilt, weil sie Sozialdemokraten sind, verurteilt, nachdem im preussischen Abgeordnetenhause der freikonserwativen Abgeordnete Brück bringend um hohe Strafe gebeten hatte, verurteilt, weil das Abgeordnetenhause auf einem der elendesten der Wahlsysteme beruht und weil die Mitglieder, die dort die Mehrheit repräsentieren, ihre persönlichen Interessen in der inderwärtigen Weise wahrnehmen.

Wenn auch das Reichsgericht voraussichtlich das juristisch unhaltbare Urteil aufheben wird, — das Abgeordnetenhause vor allem Abgeordnete wie Brück, von Erffa u. dergl. bleiben so tief verurteilt wie irgend denkbar. Das Recht wandelt manchmal wunderliche Wege. Die Justiz hat die Redakteure verurteilt, vor der Gerichtlichkeit bleiben die Schuldigen: das Dreiklassenhaus und die „Karren und Bösewichter“, die „Zammerkerle“ in diesem Hause verurteilt.

Deutsches Reich.

Die Nachtragdetals in der Budgetkommission.

Gouverneur v. Lindequist und das Oberkommando der Schützentruppen bequemen sich gestern dazu, näheres über die militärischen Pläne und Projekte zu verraten, die sie für Südwestafrika hegen. Vorläufig sollen dort 8200 Mann bleiben; dauernd aber 5000 Mann; das heißt die Kolonialarmee soll auf diesen Linienwege geschaffen werden. Herr v. Lindequist vertrat als sein Programm völlige Unterwerfung der Eingeborenen, Wegnahme aller Waffen, auch der Jagdwaffen; selbst die Ausübung der Jagd soll den Eingeborenen künftig unmöglich gemacht werden. Herr Erzberger erklärte, das Zentrum sei einfach über diese Mitteilungen unzufrieden, die die allerhöchsten Befürchtungen weit übersteigen. Wo bleibe das Schatzamt? Die Verwirklichung der Pläne führe zum Ruin Deutschlands. Schon müßte mit 30 Millionen Nachtragforderungen gerechnet werden, die sicherlich auf 50 Millionen anwachsen; 20 Millionen werde für Bahnbauten gefordert, 10 Millionen für die Farmer, 30 Millionen werde die Schutztruppe im Jahre 1907 kosten. Das seien zusammen 180 Millionen! Der Pensiondetal sei durch den Krieg um eine Million höher angefallen. Und all diese Riesensummen werden aus Anleiheemitteln aufgebracht. Das Zentrum werde für 1907 nicht einen Pfennig aus Anleiheemitteln für Südwestafrika oder für Expeditionen bewilligen und er verlange Deckung der Ausgaben aus den laufenden Mitteln. Aus diesen seien aber die verlangten Summen nicht zu beschaffen, noch weniger gesteigerte Forderungen. Ihm scheine, daß nimmere die Kolonialarmee geschaffen werden solle. Die Regierung müsse unverzüglich Frieden schließen; ohne Friedensschluß werde, wie eingeweihte Militärs behaupten, der Krieg noch zehn Jahre dauern. Die Weiber François, die beide als Offiziere in hoher Stellung in Südwestafrika gestanden haben, autorisierten Erzberger, zu erklären, daß der Reichstag es nie verantworten könne, wenn er zusäme, daß mehr als 2500 Mann in Südwestafrika stationiert würden. Als die Otavibahn und die Bahn Lüderigsbucht-Katub gefordert wurde, habe die Regierung mit der Fertigstellung dieser Bauten auch eine wesentliche Truppenverminderung angeündigt. Wo bleibe die Erfüllung jener Verpflichtungen? Kolonialdirektor Dernburg erging sich in allerlei phantastischen politischen Betrachtungen, mit denen er zu beweisen suchte, die geforderten Truppen seien notwendig. Er werde aber versuchen, die Kosten herabzusetzen. Im Durchschnitt komme jetzt ein Soldat pro Jahr auf 9776 Mark zu stehen; zukünftig hoffe er, daß für den einzelnen Mann „nur“ noch rund 5800 Mark erforderlich sein werden. Deutschland dürfe den Regern keine Schwäche verraten, sonst entstehe eine schlimme Situation. Er habe früher auch sehr kritisch gedacht, wie Erzberger, sei aber im Amte anderer Ueberzeugung geworden. Genosse Ledebour verhöhnte die „antsegen“ Zentrumsmänner, die wenig Scharfsinn vertragen, wenn sie nicht voraussetzen konnten, zu wachstümlichen Forderungen die Kolonialpolitik noch führen werde. Der Gouverneur v. Bennigsen (früher Neu-Guinea) habe kürzlich in der Landkommission zugegeben, daß Südwestafrika vor dem Kriege bankrott war, und über die jetzt gepriesenen Kleiniedelungen habe der Mann ein vernichtendes Urteil gefällt. Gebietereich müsse jetzt der Frieden gefordert werden. In Bedingungen, die für die Eingeborenen, speziell in der Landfrage, annehmbar sind. Gouverneur v. Lindequist wollte Herrn v. Bennigsen nicht als Autorität gelten lassen, wobei zu beachten ist, daß die Regierung v. Bennigsen als Kommissar in die sehr wichtige Landkommission delegiert hat, als Kenner der einschlägigen Verhältnisse. Unterstaatssekretär im Schatzamt Zwele, der anscheinend selbst von den Plänen der Kolonialverwaltung sehr überrascht war, erklärte: die Mitteilungen betreffend die 5000 Mann sind keine Erklärungen der verbündeten Regierungen, das Schatzamt wisse nichts von diesen Plänen, die lediglich als persönliche Auffassungen zu betrachten seien. Tableau! — Genosse Singer beantragte hierauf Vertagung der Kommission, bis die Regierungen Lipp und Forstagen, was beabsichtigt sei und was werden solle. Gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Gouverneur v. Lindequist erklärte der Kommission, daß von der Durchführung der vom Reichstage auf Antrag der Sozialdemokraten angenommenen Resolution, die die Verminderung der Truppen auf ein Minimum forderte, gar keine Rede sein könne. Er weigere sich als Gouverneur entschieden, der Resolution stattzugeben und werde nötigenfalls ohne weiteres die Konsequenzen ziehen! Das Zentrum stellte hierauf den Antrag, die Truppenzahl vom 1. April 1907 ab auf 2500 Mann herabzusetzen, statt auf 8200 Mann, wie die Regierung vorschlägt. Wird das Zentrum fest bleiben, oder auch diesen seinen Antrag ebenso schmählich preisgeben, wie es schon Dugende ähnlicher Anträge trotz „bestimmtester“ Erklärungen preisgegeben hat? Vielleicht betreibt das Zentrum wiederum nur Preffionspolitik, um den Freund Noeren ein wenig zu rächen.

Die Reichstagswahlwahl im 11. badischen Wahlkreise.

Mannheim, 6. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Reichstagswahlwahl für den Kreis Mannheim, die durch den Tod des Genossen Dreesebach nötig wurde, ist von der badischen Regierung auf den 25. Januar 1907 angesetzt worden. Mehrere bürgerliche Blätter wissen bereits den Namen des Genossen zu nennen, den die Mannheimer Sozialdemokratie mit der Kandidatur betraut habe. Alle diese Meldungen beruhen auf mehr als Vermutungen. Die Aufstellung des Kandidaten findet auf einer Konferenz des Wahlkreises statt, die am Sonntag, den 9. Dezember, in Mannheim tagen wird.

Nationalliberaler Parteitag der Provinz Sachsen.

Die Partei der politischen Rechten hat diesen Tage in der alten Saalestadt Halle einen Provinzialparteitag abgehalten. Das dort verhandelt worden ist, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen, da die Leitung der Konferenz in der abnimmenden Voramtsphase die Verhandlungen Anlaß zu stützigem Gelächter geben könnten.

die Deffenlichkeit ausgeschlossen hatte. Als Ersatz für die Nichtzulassung der Presse teilt die „Saaleztg.“ mit, daß beschlossen worden sei, bei den künftigen Reichstags- und Landtagswahlen zunächst von Kartellen und Kompromissen abzuleben und nur da, wo von vornherein ein Erfolg auf andere Weise nicht zu erwarten steht, mit links- oder rechtsstehenden Parteien Wahlbündnisse zu schließen. Das in früheren Wahlperioden in einer Anzahl von Wahlkreisen bestehende Kartell zwischen Konserwativen und Nationalliberalen wurde als nicht mehr vorhanden betrachtet.

Für die Reichstagswahlen hat der Beschluß nur geringe Bedeutung, da schon bei den letzten allgemeinen Wahlen in achtzehn von den zwanzig Wahlkreisen der drei Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg und Erfurt die Nationalliberalen selbständig vorgegangen sind. In Jerichow I und II haben sie sich in der durch den Tod des kürzlichen Herbert Wisnack notwendig gewordenen Nachwahl in der Zwischenzeit ebenfalls von den Konserwativen getrennt; es bleibt dann nur noch der Wahlkreis Nordhausen übrig, wo nach dem jetzigen Beschluß die Trennung von Konserwativen und Antifemiten stattfinden müßte.

Wolff-Schmoll.

Das „Berliner Tageblatt“ zeichnet sich durch eine geradezu wunderbare Konsequenz und Steifigkeit seiner politischen Haltung aus. In seinem heutigen Entresfet über die getrigge Polendebatte mokiert es sich über den nationalliberalen Palastischen Wising, der den unerhörten Mißbrauch des Fürsorge-Erziehungs-Paragrafen ganz in der Ordnung gefunden hatte. Das Wolff-Blatt schreibt:

Den nämlichen Standpunkt vertrat auch der nationalliberale Abgeordnete Wising; das hinderte ihn aber nicht, auf die Sache einzugehen. Auch er betonte, daß die Anordnung der Fürsorgeerziehung bei vielen Tausenden von Kindern kein geeignetes Kampfmittel gegen den Schulstreik sei. Im übrigen aber hat er gegen eine vereinzelt Anwendung des Fürsorgeerziehungsgesetzes auf streikende Schulkinder nichts einzuwenden! Ein wunderlicher Standpunkt, den Herr Wedel denn auch sofort genügend glorierte.

Also der Standpunkt Wising ist ein „wunderlicher“. Nun, der Standpunkt des „Berliner Tageblatts“ ist noch erheblicher wunderlicher! Schrieb es doch vor erst vierzehn Tagen in einem Leitartikel:

„Ist also juristisch das Vorgehen des Amtsgerichts Jahrzehnte durchaus unanfechtbar, so könnte vielleicht das politische Bedenken erhoben werden, daß man mit einer solchen Maßregel nur Wärtner schaffe, und daß gerade katholische Kreise, welche bisher das Verhalten der Polen gemißbilligt haben, nun diesen wieder ihre Sympathien schenken würden. Dem kann jedoch durch ein sehr einfaches Mittel vorgebeugt werden: Man braucht die Kinder, welche der Fürsorge der Eltern entzogen werden, nicht in Zwangsunterbringungsanstalten zu geben, sondern, da das Gesetz auch die Unterbringung in einer Familie zur Erziehung vorseht, könnte man sie in deutsche, gut katholische Familien geben. . . . Freilich, die 40 000 in Posenischen streikenden Schulkinder kann man nicht sämtlich ihren Eltern wegnehmen. Aber wenn in Rom eine Legion meuterte, wurde auch nicht die ganze Mannschaft, sondern nur der zehnte Mann bestraft, und mit dieser Ungleichheit des Schicksals erreichte man am raschesten eine Unterwerfung der Meuterer. Welche Kinder die Zwangs-erziehung am meisten verdienen, oder welche Eltern auf ihre Kinder den schädlichsten Einfluß ausüben, das werden die zuständigen Lehrer schon wissen.“

Man sieht: die Wolff-Schmoll können schreiben rechts und schreiben links! Erst feiern sie das Vorgehen vermittelt des Fürsorge-Erziehungs-Paragrafen als eine preisenswerte, befreiende nationale Tat, und 14 Tage später tempeln sie einen Nationalliberalen an, weil er den Standpunkt zu vertreten wagt, den sie selbst zwei Wochen vorher so energisch verteidigten! —

Genosse Hautz vor dem Kriegsgericht.

Mannheim, 6. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Verhandlung gegen den Genossen Redakteur Hautz von der „Volksstimme“ wegen angeblicher Fahnenflucht findet morgen vor dem hiesigen Kriegsgericht statt. —

Zur Fleischsteuerung. Die Frucht für die Beförderung frischen Fleisches mit der Eisenbahn erfährt eine Herabsetzung. Der Landes-eisenbahndirektor hat in seiner heutigen Sitzung mit großer Mehrheit der Vorlage der Staatsregierung über Ermäßigung der Eisdarstellung und Wagenladungsfracht für Fleisch von frischgeschlachtetem Vieh zugestimmt. Es wird also künftig frisches Fleisch als Eilgut zum gewöhnlichen Frachttarif befördert. Für den Einzelhaushalt hat die Maßregel kaum Bedeutung, wohl aber für die Verbraucher großer Fleischquantitäten, wie z. B. Hotels, Speisehäuser, Gastwirte, Fleischhändler usw.

Verufsvereinsgesetz und Gesellschaft für soziale Reform.

Der Ausschuss der Gesellschaft für soziale Reform hat am 4. Dezember zum Gesetzentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine einstimmig folgende Entschlieung gefaßt:

Auf Grund der Referate der Reichstagsabgeordneten Wasser-mann und Giesberts hat der Ausschuss der Gesellschaft für soziale Reform am 4. Mai 1901 „ein Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine als Notwendigkeit und Gehot der Gerechtigkeit“ gefordert. In dem Ausschuss an diesem Verlangen festhält, gibt er der Ueberzeugung Ausdruck, daß der jetzt dem Reichstag vorliegende Entwurf in sehr vielen und wichtigen Punkten den Bedingungen widerspricht, deren Erfüllung für eine freie und gedeihliche Entwicklung der Berufsvereine — und zwar derjenigen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nötig ist. Stützlos wird der Fortschritt anerkannt, den die Vorlage durch die vermögensrechtliche Sicherung und die Erweiterung des Koalitions- und Vereinsrechtes den Berufsvereinen gewährt. Aber dieser Fortschritt wird gebremst, ja zerstückt durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und das willkürliche Ermessen der Aufsichtsbehörden. Insbesondere sind die Bestimmungen über den Bereich des Gesetzes und den Begriff des Berufsvereins teils zu eng, teils ganz unklar gefaßt. Die Bestimmungen der Verwaltungsbehörden ebenso wie die Vorschriften über Pflichten und Rechte der Vorstände, Beamten und Mitglieder der Berufsvereine schlagen deren Tätigkeit geradezu in Hessein. Die Aufhebung der Haftpflicht gibt in ihrer Allgemeinheit die Handhabe zu schlauefer Verdrängung. Die Vorschriften für die Entziehung der Reichsfähigkeit stellen durch ihre Dehnbarkeit das ganze Leben der Berufsvereine in Frage. Würde der Entwurf in dieser Form Gesetz, so müßte dies ein toter Buchstabe bleiben, da die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter die Erwerbung der Reichsfähigkeit verschmähen würden. Um aber den Berufsvereinen die Vorteile der vermögensrechtlichen Sicherung und der Erweiterung ihrer Bewegungsfreiheit zu gewinnen, gibt der Ausschuss der Gesellschaft für soziale Reform dem Wünsche und der Hoffnung Ausdruck, der Reichstag möge den Entwurf im Sinne der den tatsächlichen Verhältnissen der Berufsvereine entsprechenden freien und gerechten Regelung ihrer Rechte und ihrer Pflichten ändern und ausbauen, wie dies zugleich auch im Interesse des Gemeinwohls liegt.

Die vorstehende Resolution zeigt, daß der Ausschuss der Gesellschaft für soziale Reform immer mehr sich dem Standpunkte der Scharfmacher nähert. Der von einem „Fort-

Schritt, ja gar einer Erweiterung des Koalitionsrechts durch die Vorlage nach den klaren Darlegungen des Reichstages noch sprechen kann, zeigt, daß ihm jegliche Kenntnis des Grundgedankens, der Tendenz, der Koalitionsrechtsforderungen Vorlage fehlt. Einige Gewerkschaften, die ihr Koalitionsrecht dem Ermessen der Unternehmer und der von ihnen instruierten Polizei überlassen, sollen nach der Vorlage besser als solche Gewerkschaften gestellt werden, die ihr Koalitionsrecht behaupten und benutzen, sollen nach der Vorlage das Recht haben, in ihren Streitbrechervereinen auch Mitglieder und Frauen aufzunehmen und sollen, so lange es der Polizei und dem heiligen Unternehmertum gefällt, das Recht haben, auch Klagen zu dürfen — das ist es, was die soziale Reformgesellschaft „radikallos als Fortschritt anerkennt“, als „Sicherung und Erweiterung des Koalitions- und Vereinsrechts“ bezeichnet. Es ist gut, daß der Ausschuss für soziale Reformen seinen reaktionären Widerstand so deutlich offenbart. Nach derselben Logik war der von v. Bersech, dem Vorsitzenden der „Gesellschaft für soziale Reform“, im Jahre 1891 im Reichstage eingebrachte Entwurf auf Verschärfung der Strafbestimmungen des § 183 S.-O. und damit verschärfte Bestrafung der Ausübung des Koalitionsrechts eine „Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts“.

Der Reichstagswahlkreis Schwesig-Schmalldalen (Provinz Hessen-Nassau), der durch die im heutigen Reichstagsberichte mitgeteilte Mandatsübertragung des Antifemiten Raab vor eine Wahl gestellt wird, ist ein viel umstrittener Kreis, der zahlreiche Nachwahlen gesehen und dessen Vertretung in den letzten zwanzig Jahren mannigfach gewechselt hat. Von der Wahl von 1887 an, wo die Sozialdemokratie zuerst in größerer Zahl im Wahlkreise auftrat, gestalteten sich die Wahlergebnisse wie folgt:

	Soziald. Freikompf.	Freif.	Antif.
1887	1 475	10 542	1 808
1890	3 213	6 214	6 952
Engere Wahl	—	7 009	9 714
1893	3 765	4 280	2 844
Engere Wahl	—	4 832	6 879
1894 (Erstwahl)	5 605	3 106	3 495
Engere Wahl	6 797	—	9 964
1898	5 246	3 431	3 071
Engere Wahl	6 429	2 216	2 410
1903	6 485	3 812	4 548
Engere Wahl	7 089	—	10 348
1904 (Erstwahl)	5 887	3 519	4 552
Engere Wahl	7 649	—	9 861

Uebelriechende Quellen. Die „N.-W.-Ztg.“ sagt über Webers Darstellung der Affäre Peters: „Den „Fall Peters“, wie er sich nach seinen uebelriechenden Quellen abgepielt hatte, trug er dem Hause noch einmal in breiterer Beaglichkeit vor.“ Die „Uebelriechende Quelle“, auf die sich Weibel bei seiner Darstellung stützte, war die Urteilsbegründung des Disziplinargerichtshofes, die über die „Gentersnatur“ abzuurteilen hatte. So ist die Ordnungsbefehle: ein Gerichtsurteil, das ihr nicht paßt, läßt sie als eine „Uebelriechende Quelle“. Für die Sozialdemokratie soll aber die von Herrn Koeren so vernichtend charakterisierte „Justiz“ unantastbar sein. Des ferneren bezog sich Weibel bei seiner Erandmarlung des Hänge-Peters auf ein Buch, das Peters selbst über seine Emin Bolcha-Expedition geschrieben hat. In der Tat eine „Uebelriechende Quelle“!

Der Bundesrat erteilte in der heutigen Sitzung seine Zustimmung den Ausschussberichten über die Etats für das auswärtige Amt und das Reichsfinanzamt, den Etat der Zölle, Steuern und Gebühren, die Etats für das Reichsamt des Innern und das Reichsfinanzamt, sämtlich auf das Rechnungsjahr 1907 sowie über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushalts-etats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1907 nebst dem zugehörigen Hauptetat und die Spezialetat der Schutzgebiete.

Druckfehlerberichtigung. In dem Beilagenartikel der gestrigen Nummer haben sich einige sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen. In der ersten Spalte, 22. Zeile von unten, muß es „Forderung“ statt „Forderung“ heißen, also: „unter Kontrolle des Bundes über die Forderung und die Fruchtfolge“. Ferner sind in der zweiten Spalte, 21. Zeile von oben, die Worte: „ein Vorzugszolltarif“ und außerdem dem überseeischen Handelsverträge für die Philippinen ein Vorzugszolltarif und außerdem eine große Kriegsflotte versehen“.

Husland.

Oesterreich.

Die Wahlreform.

Der denkwürdige Kampf, den Oesterreich — bis auf die letzte, die Herrenhausphase — nun hinter sich hat, ist von so großer, so einschneidender Bedeutung, daß man den historischen Verlauf der Ereignisse seinem Gedächtnisse einzuverleiben trachten muß. Am 6. Oktober 1905 sah sich die Oesterreichische Regierung gezwungen, dem Drängen des Volkes endlich nachzugeben, das die Kurienreform satt hatte und eingereicht zu werden verlangte in die Schaar der modernen Nationen, die sich nicht mehr abspießen lassen mit den „Segnungen“ uralter und veralteter Institutionen. Die Sozialdemokratie zumal hatte sich zu machtvollen Kundgebungen wider die Privilegienwirtschaft erhoben, und so war dem Kampfe fürs allgemeine, gleiche Wahlrecht von vornherein eine mutige Schaar energischer, starrer Streiter sicher. Und in der Tat — es entbrannte ein Kampf, wie ihn — von anderen Ländern zu schweigen — Oesterreich noch nicht erlebt hatte.

Dem gewaltigen Aufmarsch der Prager Arbeiter vor dem böhmischen Landtag am 10. Oktober folgte der unvergeßliche 28. November des Jahres 1905, an welchem Tage Hunderttausende und Aberhunderttausende Wiener Arbeiter und Arbeiterinnen, Studenten, Bürger, Kaufleute vor dem Parlament vorbeizogen und in einer der wichtigsten aller je dagewesenen Demonstrationen ihres Herzens Wunsch in unverkennbarer Deutlichkeit darlegten. In diesem selben 28. November ließ die Regierung durch Gautsch verkünden, daß sie die Unerlässlichkeit der Wahlreform anerkennend, und nun war die Bahn frei zum Sturm auf die alte Feste.

Am 23. Februar 1906 wurden die Vorlagen eingebracht, am 7. März begann die erste Lesung, die bis zum 23. desselben Monats währte. Am 27. März ward der aus 49 Mitgliedern zusammengesetzte Wahlreformauschuss gewählt, der seine Arbeiten schon tags darauf begann und sie nach einer siebenwöchigen Arbeit von 7 Monaten beendete.

Während der Kämpfe war Gautsch gefallen. Ihm folgte Hohenlohe, der bald wieder von Beck abgelöst wurde. Am 1. Dezember fand die zweite Lesung und die dritte Lesung im Plenum statt, und jetzt hat Oesterreichs Volk sein redlich verdientes Wahlrecht im sicheren Hafen; denn daß das Herrenhaus es wagen könnte, gegen den Willen der erdrückenden Mehrheit der Nation seine Zustimmung zu versagen, das kann man nicht annehmen. Der Wille des Volkes ist so deutlich, so klar gezeichnet, daß nur ein Haus von Wahnsinnigen es wagen könnte, ihm Trotz zu bieten, und der Versuch könnte dem Oesterreichischen Herrenhaus sein Dasein kosten.

Italien.

Das Ende der Beamtenobstruktion.

Rom, 4. Dezember. (Fig. Ver.)

Der Verband der Zollbeamten hat nach fünfjähriger Dauer der Obstruktion die Beendigung des Kampfes beschloffen. Da die Beamten ihre Forderungen nicht durchgesetzt haben, glaubt der Minister Sieger geblieben zu sein. Aber es handelt sich recht eigentlich um einen Verzicht; denn der Finanzminister hatte die Forderungen des Personalrats unberücksichtigt gelassen aus Rücksicht auf die Staatseinnahmen und auf die Disziplin. Nun hat aber die Obstruktionsschampanne den Staat viel mehr gekostet, als die Bewilligung der Beamtenforderungen für die Dauer von 10 Jahren gekostet haben würde! Auch hätte die Disziplin jedenfalls einen weniger schweren Stoß erlitten, wenn der Minister dem Drängen der organisierten Beamtenschaft nachgegeben hätte, als sie ihn erlitten hat durch die von den höheren Beamten dem Obstruktion treibenden Personal aufgezogenen Pflichtverletzungen: Zu Hunderten sind in diesen Tagen Bulletin über Obstruktionen ausgestellt worden, ohne daß die Beamten auch nur bestraft worden wären. Die höheren Beamten unterzeichneten unermüdblich Dokumente, die sie dem Reglement nach nun und nimmer ohne eine Reihe von Höflichkeiten unterzeichnen durften. Es gab das Beispiel der größten Pflichtvergessenheit und verführte es, diese auch von den Untergebenen zu erzwingen. Daß solche Dinge die Disziplin nicht stärken, sollte selbst ein Minister einsehen.

Was den Einmännigenfall der Zollbehörden betrifft, so besel er sich in den ersten drei Tagen der Obstruktion allein in Genua auf 102 568 Lire. Wenigstens ergibt sich diese Summe als Differenz der Einnahmen der drei ersten Tage der vorigen Woche und denen der entsprechenden Tage der Obstruktionswoche. Bedenkt man, daß überall Obstruktion getrieben wurde, so kann man den Gesamtschaden des Staates für verminderte Erhebung von Zollgebühren auf mehrere Millionen veranschlagen.

Die Wirkungen der Obstruktion dauern heute noch fort. In Rom sind mehrere tausend Postpakete angekommen, die auf der Grenze in Chiasso nicht revidiert worden sind. Man hat einige zwanzig Beamte angefaßt, um die Arbeit nachzuleisten.

Die Zollbeamten haben also bewiesen, daß sie solidarisch ihre Sache zu vertreten verstehen und jederzeit die Mittel in der Hand haben, um dem Ministerium die allergrößten Schwierigkeiten zu bereiten. Das Ministerium seinerseits hat gezeigt, daß es geradezu russische Ansichten von Beamtendisziplin hat und lieber ein paar Millionen zum Teufel gehen läßt, als einem schlecht bezahlten Personal einige tausend Lire zu bewilligen. Durch 200 telegraphisch verfügte Strafverfügungen glaubt der naive Minister Massimo Disziplin und Prestige gerettet zu haben.

Amerika.

Sehr vernünftig!

Washington, 5. Dezember. Die Kommission des Senats für auswärtige Angelegenheiten hat beschlossen, einen günstigen Bericht über das Algecirasabkommen erstatten zu lassen. Die Senatoren Spooner, Lodge und Bacon sind bestimmt worden, eine Resolution zu verfassen, in der erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, sich in die Regelung europäischer Angelegenheiten in Marokko einzumischen. Es verkundet, daß die demokratischen Senatoren gegen den Vertrag stimmen werden, wenn nicht eine solche Verzichtsleistung angenommen wird!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

38. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr. Zunächst findet heute eine gemeinschaftliche Sitzung beider städtischen Behörden statt zur Wahl von 27 Mitgliedern und 15 Mitgliedervertretern in die Einkommensteuer-Verwaltungskommission. Oberbürgermeister Kirschner führt den Vorsitz. Die von dem Ausschuss für Unbesoldete vorgeschlagene Liste wird durch Jurof angenommen.

Darauf eröffneten Vorsitzender Dr. Langerhaus die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung um 5½ Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen Stadtv. Friederici (A. L.), den langjährigen Vorsitzenden des Rechnungsausschusses. Die Anwesenden ehren das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

In den fünfgliedrigen Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage wegen Uebertragung der Verwaltung zweier Schulgrundstücke an andere Verwaltungsdeputationen ist auch Stadtv. Dr. Arons (Soz.), deputiert.

In dem niedergeschickten Sonderauschuss ist das Zusatzabkommen zu dem Vertrage von 1899 zwischen der Stadt und der Aktiengesellschaft „Berliner Elektrizitätswerke“ mit großer Mehrheit ein bloß unverändert angenommen worden. Eine eigentliche Spezialberatung hat im Ausschusse gar nicht stattgefunden. Referent ist Stadtv. Jacobi (A. L.).

Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.): Trögend Herr Jacobi auch im Plenum hehrreich sein wird, muß ich meine Bedenken gegen den Zusatzvertrag aufrecht erhalten, ja diese sind durch die Ausschussberatung noch verstärkt worden. Wir wollen die jetzt bestehende Möglichkeit, den Vertrag 1915 einfach ohne Uebernahme ablaufen zu lassen, nicht aufgeben, weil es erstens gar nicht nötig, zweitens sehr gefährlich ist. Die Stimmung der Versammlung in erster Lesung wäre eine kritischere gewesen, wenn der Magistrat seine im Ausschuss ganz in Ueber einstimmung mit Singer und mir vertretene Auffassung, daß die B. E. W. zur Lieferung von Elektrizität unbedingt verpflichtet seien, schon in die Begründung hineingeschrieben hätte. (Zustimmung.) Zu einem Prozeß wäre es nicht gekommen; dazu ist das Risiko zu groß und die Gesellschaft zu klug. Andererseits ist das im § 31 festgelegte, jetzt aufzugebende Recht deshalb von Wert, weil alle Interessenten der B. E. W. sich auf äußerte gegen den Uebergang der Werke an die Stadt sträuben werden, sofern diese nur annähernd das günstige Bild bieten, welches uns im Ausschusse der Stadtlektriker Kalkmann ausgemalt hat. Diese Bestimmung gäbe uns dann die einzige Möglichkeit, ein Entgegenkommen von der Gesellschaft zu erzwingen; und diese Waffe sollen wir aus der Hand geben! Viel richtiger wäre, sich heute die Absicht der Stadt zu erklären, die Werke 1915 zu übernehmen, oder die nötigen Neubauten auf Rechnung der Stadt durch die B. E. W. ausführen zu lassen.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Im Ausschusse ist festgestellt, daß wir in einem Prozesse obliegen würden. Andererseits hätte die B. E. W. den Preis für Kraftabgabe erhöhen können, und das Opfer wären in jedem Falle die Konsumenten gewesen. Ich würde ohne diese Kollage der Bürgerschaft, wie seinerzeit gegen den Vertrag, so auch gegen den Zusatzvertrag stimmen. Dem Magistrat aber muß zum Vorwurf gemacht werden, daß er von der Erschöpfung der Leistungsfähigkeit der Werke erst so spät der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben hat. Damit hat er die Versammlung dem Zusatzvertrag gegenüber in eine Zwangslage gebracht. Daß die Bestimmung des § 31 aufgegeben werden soll, ist außerst bedauerlich; aber gegeneinander abzuwägen, was die Stadt aufgibt und was sie erhält, wird mir die Zustimmung zum Zusatzabkommen doch einermöglichen erleichtert.

Stadtv. Singer (Soz.): In der Situation selbst kann ich eine Not- und Zwangslage nicht anerkennen. Herr Rosenow meint, daß der Zusatzvertrag keinen Einfluß über wird auf die Gestaltung der Dinge 1913/1915; bei seinem sonstigen Scharfsinn (Weiterkeit) möchte er doch wissen, daß jede größere Kapitalaufwendung für die Stadt eine Erschöpfung der Uebernahme bedeutet, wenigstens wie die Dinge bei und tatsächlich liegen. Wäre ich nicht so loyal, so würde ich zu der Vermutung gelangen, es sei die Absicht, kein städtisches Kapital in die Unternehmung zu stecken, weil man auf dem privatkapitalistischen Wege mehr Dividende erlangen kann, als wenn man städtische Obligationen kauft. Ich teile die Meinung des Kollegen Preuß, daß die Entscheidung der Versammlung bereits feststeht, und nicht daran zu rütteln ist, auch wenn man noch bessere Argumente dagegen an-

föhre. Es bleibt auf diesem Gebiete nichts übrig für die Versammlung, als durch Schaden Flug zu werden. Festgesetzt werden muß aber nochmals, daß diese Magistratsvorlage, der Ausschussbeschluss und die Zustimmung der Versammlung dazu nach Lage der Dinge nicht zu rechtfertigen ist, daß die aufgetretenen Bedenken grundlos sind und sich als Einschüchterungen charakterisieren, welche die Schreckföhre der B. E. W. erzeugt haben. Die B. E. W. würde auf die Ausübung ihrer Werke bis 1915 nicht verzichten, wenn die Stadt ihren Wünschen gegenüber fest bliebe. Es ist doch ganz merkwürdig, daß im Ausschuss uns auch vom Magistrat zugegeben wurde, unsere Rechtsauffassung sei richtig, daß aber weder in der Vorlage, noch in der Generaldiskussion diese Auffassung des Magistrats zur Geltung gebracht worden ist. Der Magistrat, die berufene Exekution der Stadt, hat also eine Rechtsansicht, spricht sie aber nicht aus, weil er aus Zweckmäßigkeitsgründen der Vorlage wohl will! Wenn die Rechtsauffassung des Magistrats auch hier vertreten worden wäre, so wäre die Position der Stadt der Gesellschaft gegenüber eine stärkere gewesen. Jedenfalls hätte man dann wirkliche, nicht nur Scheinoptionen von der Gesellschaft sich gewähren lassen sollen. Die Ausschussverhandlungen haben meine Auffassung von der Sache nicht im geringsten geändert; ich halte das Aufgeben dieses Rechtes für einen verhängnisvollen Schritt. Es ist ein Gespenst, wenn man uns auf die Ablehnung der Anträge der 470 oder 500 Reflektanten auf Elektrizität hinweist. Das Recht der Stadt darf man aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht opfern; eventuell sollte man der Gesellschaft überlassen, auf anderem Wege ihre Verpflichtungen zu erfüllen, wobei die Stadt es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen würde. (Beifall.)

Stadtv. Labewig (A. L.) beantragt, in Artikel 2 des Zusatzabkommens in dem Satze:

„Jede Veränderung der zurzeit bestehenden Grundpreise (für Kraftabgabe) bedarf jedoch der Zustimmung des Magistrats“ die Worte: „zurzeit bestehenden“ zu streichen, damit nicht etwa bei zukünftigen Veränderungen nach der ersten Kundgebung des Genehmigungsrechts des Magistrats bestritten werden könne.

Stadtv. Gassel (A. L.): Wir werden einstimmig für das Abkommen votieren. In einer Zwangslage befinden wir uns nicht, vielmehr nehmen wir es an, weil wir es für zweckmäßig und für die Stadt vorteilhaft halten. Die B. E. W. brauchen, wie unsere Sachverständigen bestätigen, 40 Millionen zur Erweiterung der Anlagen. Daß durch die bloße Verwerfung alles sich in Wüste ausgleichen wird, glaubt doch wohl niemand; ein Teil der Bürgerschaft aber kommt in eine immer schwierigeren Situation, wenn die Weiterlieferung abgelehnt wird. Die B. E. W. werden dann einfach nicht liefern, die Stadt wird Lagen müssen und Jahrelang wird es an Lieferung von Licht und Kraft fehlen. Das können wir nicht verantworten. Für die Gesellschaft mag das aufzugebende Recht sehr wertvoll sein, für uns kann ich es nicht so hoch veranschlagen. Besteht denn eine Wahrscheinlichkeit, daß wir die Kabel herausreichen, bloß um den anderen Kontrahenten zu ärgern, daß wir neu bauen werden, anstatt ein gutgehendes Werk zu übernehmen? Vernünftige und kluge Leute fahren in solchen Fällen nicht Prozesse, sondern suchen sich gütlich zu vergleichen, das hat mich eine 14jährige Praxis gelehrt. Die B. E. W. waren stets vertragstreu, wozu mit ihnen einen Prozeß anfangen? Köllig unüberwindlich ist mir die unbewiesene Behauptung, daß die Stadt 1913 die Anlage nicht soll übernehmen können. Wir haben ja schon zahlreiche Millionen in Verkehrsunternehmungen gesteckt, sind also prinzipiell nicht gegen städtische Betriebe solcher Art. Wir können das Werk übernehmen, wenn wir es wollen; ob das geschehen soll, müssen unsere Nachfolger 1913 entscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Kirschner: Das Amendement Labewigs wäre überflüssig; nachdem aber der Zweifel aufgeworfen ist, stelle ich die Annahme anheim. Der Magistrat hält es für seine Hauptaufgabe, dafür zu sorgen, daß unsere Bürger, namentlich die gewerbetreibenden, auch bis 1915 elektrisches Licht und Kraft zu möglichem Preise beziehen können. Zum Prozeß würde es zweifellos kommen; denn ohne Erweiterung könnten die Werke schon im nächsten Winter nicht dem Bedürfnis genügen. Keiden möchte in jedem Fall die Bürgerschaft. Das Recht, das wir aufgeben, hat den Wert nicht, der ihm beigemessen wird. Uebernehmen wir 1915 die Werke, und ich wünsche das, wie Herr Preuß und wie Herr Labewig (Bravo!), so hat dieser Vorbehalt für uns jeden Wert verloren. Die Genehmigung des Kraftwerks und die Aufnahme von Bestimmungen, welche die Werke leistungsfähig erhalten, erleichtern uns eventuell die Uebernahme 1915 zu ungeheuren Bedingungen — diese Bestimmungen haben wir bereits in dieser Absicht formuliert und ihre Annahme durchgesetzt. Der Vorwurf, daß unser Rechtsstandpunkt nicht betont worden sei, trifft uns nicht; wir hätten ja dann auch geltend machen müssen, was für den Gegner spricht. Die B. E. W. sind ja schon im Juni an uns herangetreten. „Durch Schaden wird man klug“ meinte Herr Singer. Bisher haben wir von diesem Vertrage nicht Schaden gehabt, sondern nur Nutzen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Rosenow ist bekümmert, daß der Oberbürgermeister das aufzugebende Recht jetzt als so nebenächlich darstellt.

Stadtv. Singer: Der Herr Oberbürgermeister meinte, daß von mir zitierte Wort trübe auf diesen Vertrag nicht zu. Das habe ich auch gar nicht gesagt, sondern meine Bemerkung bezog sich ganz allgemein auf die Haltung der Versammlung. Gegenüber seinen Ausführungen über das aufzugebende Recht muß ich doch auch erstunken fragen: Wie ist es denn in den Vertrag hineingekommen? Damit erteilt er doch dem so sehr gelobten Vertrag keine gute Genjur. Ich nehme an, daß der Oberbürgermeister jetzt dieses Recht als guter Zeittiter, um seinen neuen Vertrag durchzuführen, als wertlos bezeichnet. Ich appelliere an den Oberbürgermeister von damals, wo er den ersten Vertrag abschloß, wo er noch nicht Oberbürgermeister war; ich nehme an, daß er durch die Hinzufügung des „Ober“ seinen Schaden erlitten hat. Es ist tatsächlich ein wertvolles Recht, weil es der Stadt die Entscheidung erleichtert, eigene Werke anzulegen, wenn man 1915 auf die Uebernahme der vorhandenen Werke nicht eingehen zu können glaubt. Ich will nur hoffen, daß der Oberbürgermeister, wenn er 1913/15 noch bei der Lösung der Frage beteiligt ist, seine heutige Auffassung nicht bedauern muß. Wie Herr Gassel zu der Auffassung kommt, daß wir die Werke nicht übernehmen werden, nur um den Gegenkontrahenten zu ärgern, begreife ich nicht. Ich kann mir sehr gut denken, daß 1915 ein Zustand eingetreten ist, daß wir sie nicht übernehmen können, weil etwa die Maschinenanlagen nicht mehr modern, weil sie wertlos geworden sind.

In der Abstimmung wird zunächst das Amendement Labewig zu Artikel 2 angenommen. Die Annahme des Zusatzabkommens im ganzen erfolgt durch Namensaustruf mit 82 gegen 36 Stimmen. An der Abstimmung nehmen eine Anzahl Mitglieder als Altienbesitzer oder sonst persönlich Interessierte nicht teil.

Nach erneuter Beratung hat der betreffende Spezialauschuss die Magistratsvorlage wegen Beschaffung eiserner Röhren für mehrere Druckrohrleitungen angenommen. Es handelt sich um ein Objekt von über 3 Millionen Mark; zum ersten Male sollen neben den gußeisernen auch schmiedeeisernen Röhren, und zwar etwa ein Drittel des Gesamtquantums, angeschafft werden. Der Referent Stadtv. Rast (A. L.) läßt sich namentlich über die Frage, ob sich schmiedeeisernen Röhren empfehlen, weitläufig aus. Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte an.

Der verstorbene Ehrenbürger und vormalige Stadtrat Gaaß hat dem Magistrat eine Hypothek von 15 000 M. als Spezialfonds für die Verbesserung der Verhältnisse bedürftiger Beamten und Arbeiter der städtischen Wasserwerke, in erster Linie zur Wiederherstellung und Erhaltung ihrer Gesundheit, überwiesen. Die Zinsen sollen halbjährlich (Januar und Juli) zur Verteilung gelangen. Der Magistrat hat die Stiftung angenommen und die Versammlung um ihre Einverständnis ersucht. Die Versammlung entspricht dem, und der Vorsitzende dankt dem ehemaligen Kollegen noch nachträglich für diesen „schönen Zug“.

Das Programm für den Untersuchungsbetrieb des Unter- suchungsamtes der Stadt Berlin für Nahrungs- mittel, Genußmittel und Verbrauchsgüter ist vor nahezu sieben Jahren festgestellt worden; es sah einen Di- rektor mit 5000 M., drei Abteilungsleiter mit je 5000 M. und fünf Assistenten, drei mit je 2000 M., einen mit 2400 M. und einen mit 3000 M. Gehalt vor. Inzwischen ist die staatliche Anstalt für Nahrungsmittelkontrolle errichtet und die physikalisch-technische Untersuchungsanstalt in Dahlem zu einem Materialprüfungsamt erweitert worden, auch eine königliche Versuchs- und Prüfungs- anstalt für Wasser- und Abwasserreinigung ins Leben getreten. Da außerdem eine Anzahl Privatlaboratorien dem Publikum zur Verfügung steht, hält der Magistrat für ratsam, die Zahl der in dem neuen städtischen Amt zu besetzenden Stellen für den Anfang etwas zu beschränken. Es soll einstweilen nur ein Direktor mit 10 000 M. mit einem Stabe von sechs Assistenten mit 3000 bis 5000 M. (zu erreichen in zehn zweijährigen Stufen a 200 M.) einberufen werden.

Von zwei Seiten ist Ausschuhberatung beantragt worden. Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.) befragt die Ausschuhberatung, damit die ursprüngliche Absicht der Stadt wieder zu ihrem Rechte komme. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Stadt wie Berlin müsse ein derartiges Institut ersten Ranges besitzen. Die staatlichen An- stalten seien doch für das ganze Land, nicht bloß für Berlin da. Wie solle man heute in Berlin z. B. eine systematische Unter- suchung der Luftverhältnisse in den Schulen vornehmen? Das städtische Institut müsse ganz unabhängig bestehen.

Stadtrat Straßmann: Unser Vorschlag soll ermöglichen, die Entwicklung des Instituts zu beobachten und eine Unterlage für den Geschäftsbetrieb zu gewinnen. In dem Programm der Anstalt soll sonst nicht das geringste geändert werden. Von der Anstellung von Abteilungsleitern wollen wir jetzt auch deswegen absehen, weil der neue Direktor in der Personalfrage ein gewichtiges Wort mit- reden wird.

Stadtv. Landau (N. L.): Was wir brauchen und was in dieser Veranlassung schon vor 50 Jahren gefordert worden ist, ist ein hygienisches Amt. Zu einem solchen muß das Untersuchungsamt ausgestaltet werden. Für dasselbe wird auch eine besondere Ver- waltungsdeputation einzusetzen sein.

Stadtv. Paul (N. L.) sieht die Hauptaufgabe des Instituts in der Aufstellung einheitlicher Normen für die Untersuchungen.

Stadtv. Dr. Langerhans bedauert lebhaft, daß die letzten Redner so viel Wasser in den Wein der Begeisterung des Stadtv. Herzberg gegossen haben. Die ansehbaren Entscheidungen des Reichsgesundheitsamtes, z. B. in der Vorsäurefrage, hätten den städtischen Behörden die Idee eines unabhängigen kommunalen Untersuchungsamtes eingebläht. Auch die Polizei habe ursprünglich der Idee sympathisch gegenübergestanden, später aber ihre Meinung geändert. Die erwähnten anderen Anstalten seien nur entstanden, weil es an einem städtischen Institut gefehlt habe, weil man damit zu spät vorgegangen sei. (Zustimmung.) Auch komme man mit dem vom Magistrat propozitierten Gehältern nicht aus; hier dürfe nicht gepart werden, um wirklich qualifizierte Kräfte zu gewinnen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Von dem Gegensatz, den der Vor- sitzende zwischen den einzelnen Rednern herausfand, könnte ich nichts entdecken; sie haben alle dasselbe gewollt und befürwortet. Allerdings aber hat es eine Zeit gegeben, wo diese lebhaftige Zu- stimmung nicht existierte; das war 1893, wo ein von mir gestellter Antrag gleicher Tendenz durch Tagesordnung ohne Beratung er- ledigt wurde! Haben sich die Verhältnisse seit 1901 geändert, so haben wir dem Amt neue Aufgaben zu schaffen. Nachdem die Polizei ein ausgezeichnetes Laboratorium für Nahrungsmittel- Untersuchungen eingerichtet hat, werden wir auf absehbare Zeit auf diesem Gebiete nicht viel zu tun bekommen. Neues vorzuschlagen war die Aufgabe des Magistrats. Ganz falsch aber ist die Schluß- folgerung, das alte Programm einzuschränken; dadurch wird zwar gepart, aber auch an dem Renommee des Amtes gepart. Sie wollen ja auch heute noch die drei verschiedenen Abteilungen: die bakteriologische, die chemische und die physikalische. Wo ist denn heute der Mann, der diese drei Gebiete beherrscht, daß er mit Assistenten arbeiten kann? Er ist entweder Physiker oder Chemiker oder Bakteriologe. Daß neue Aufgaben in Gülle und Fülle für dieses Amt bestehen, daran brauchen Sie nicht zu zweifeln. Es gibt keine einzige städtische Verwaltung, die dem Amt nicht wichtige Fragen und Aufgaben stellen könnte. Die Luft- untersuchung ist die Grundlage der ganzen Schulhygiene; solche Untersuchungen kann nur ein hygienisches Amt vornehmen, wie wir es und denken. Nur die bakteriologische Abteilung eines solchen Amtes kann Untersuchungen darüber anstellen, ob bei einem an Diphtherie erkrankten Kinde noch Bazillen vorhanden sind; nur dann aber ist eine Garantie gegeben, daß das betreffende Kind nicht zu früh wieder in die Schule geschickt wird. Alle diese und eine Fülle weiterer Probleme werden in den Bereich der Arbeiten dieses Institutes fallen. (Beifall.)

Stadtv. Dove (N. L.) hält auch für die Nahrungsmittelkontrolle das Vorhandensein eines unabhängigen städtischen Institutes für sehr wertvoll. Redner ist ebenfalls für Wiederherstellung des ur- sprünglichen Programms.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh. Die Beratung der neuen Magistratsvorschläge betreffend die Besoldungsverhältnisse der Gemeindegemeinschaften beantragt Stadtv. Cassel angesichts der vorgerückten Zeit (es ist 10 Uhr) zu vertagen. Die Versammlung beschließt dem- gemäß.

Schluß: 10 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Mitglieder der Gewerkschaften Berlins und der Vororte!

Am Dienstag, den 11. Dezember cr., finden für den dem Reichstage vorliegenden sozialdemokratischen Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter für Groß-Berlin 16 Agitations- Versammlungen statt.

Zu diesem Zweck ist seitens der politischen Organisation für Berlin sowie für die Vororte, wo vorzugsweise Heim- arbeiter und Arbeiterinnen wohnen, am Sonntag, den 9. De- zember, eine allgemeine Flugblattverbreitung in Aussicht ge- nommen.

Wir richten hiermit an die Gewerkschaftsmitglieder Berlins und der Vororte das dringende Ersuchen, an dieser Flugblatt- verbreitung sich zahlreich beteiligen zu wollen und die Partei- funktionäre in jeder Hinsicht bei dieser vorzunehmenden Klein- arbeit auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Achtung! Metallarbeiter!

Die Deutsche Riles-Werke, Ober-Schöneweide, sind für Metallarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Werkzeugmacher! Nachdem heute mit der Firma Stambberger ein Vertrag abgeschlossen ist, ist der Streik und die Sperre für diese Werkstatt hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Forner der Alteswerke in Ober-Schöneweide befinden sich wegen Preisdifferenzen im Auskauf. Beteiligt sind 40 Mann. Die Firma macht durch Anschlag bekannt, daß sie sich zur Schließung

des ganzen Betriebes veranlaßt sehe, falls bis Donnerstagmittag die Arbeit nicht wieder aufgenommen sei. Eine Werksversammlung am Mittwoch war der Ansicht, daß zu einer allgemeinen Arbeits- niederlegung in diesem Falle kein Anlaß vorliege. Ob trotzdem die Schließung des Werks erfolgen wird, bleibt abzuwarten. Die Forner verharren noch im Auskauf, weil eine Einigung mit der Direktion wegen der Lohndifferenzen nicht zu erzielen war.

Ein neuer Terrorismus-Schwindel.

Durch die bürgerliche Presse wird folgende Notiz verbreitet:

Von ausländischen Arbeitern wurde angeblich der Mechaniker Wilhelm Kaufmann vom dem Wernerwerk am Nonnen- damm überfallen und schwer verletzt. A. wurde vorgestern mit durchschnittener Pulsader am rechten Arm und mehreren Stich- wunden im Kopfe in das Charlottenburger städtische Krankenhaus in Westend eingeliefert. Er wurde angeblich beim Verlassen des Werkes von ausländischen Arbeitern verfolgt und suchte sich den- selben, dadurch zu entziehen, daß er statt nach seiner in Spandau belegenen Wohnung zu gehen, die Richtung nach dem Wedding (S) einschlug. Hier wurde er schließlich von seinen Gegnern angegriffen und derartig schwer verletzt, daß er nach dem obgenannten Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Die eingehendsten Ermittlungen haben ergeben, daß die An- gaben in dieser Notiz nichts weiter sind, als eine außerst leicht- fertige und vollständig unberechtigte Ver- dächtigung der Streikenden und Ausgesperrten.

Entweder handelt es sich um ein Phantasieprodukt des beim Heimwege auf Abwege geratenen „nächtlichen Elementes“ oder um einen Versuch, die Polizei zu veranlassen, die streikenden Arbeiter in der Ausübung ihrer Rechte noch mehr als bislang einzuzengen.

Tarifverhandlung der Holzarbeiter.

Die Schlichtungskommission beschäftigte sich am Mittwoch mit der Forderung der Arbeiter, den paritätischen Arbeitsnachweis obligatorisch zu machen, d. h. Arbeiter wie Arbeitgeber zu ver- pflichten, den Arbeitsnachweis als alleinige Vermittlungsstelle zu benutzen und jede andere Art der Arbeitsvermittlung auszu- schließen. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes begründeten diese Forderung mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die Ar- beitsvermittlung durch die Zeitung gegenwärtig eine große Rolle spielt, und daß meist die besseren Arbeitsstellen unter der Hand, ohne Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises, vermittelt werden. Wenn der paritätische Arbeitsnachweis seine Aufgabe erfüllen sollte, dann müßte er von beiden Seiten in erster Linie in Anspruch ge- nommen werden. Ausnahmen sollten erst dann zugelassen werden, wenn der paritätische Arbeitsnachweis die verlangten Arbeitskräfte nicht stellen könne.

Wie bei allen bisher verhandelten Forderungen, so erklärte Obermeister Kahardt auch bezüglich dieser Forderung, daß sie von den Arbeitgebern abgelehnt werde. Die Freiheit, durch die Zeitung oder sonst wie Arbeiter zu suchen, müsse ihnen erhalten werden. Wenn das Obligatorium eingeführt werde, dann würden die Arbeiter sich im stillen verabreden, bestimmte Meister zu bevorzugen. Auf diese Weise könnten Sperren durchgeföhrt werden, ohne daß die Zeitung des Holzarbeiterverbandes ihre Mit- glieder daran hindern könne. Der Obermeister behauptete, einzelne Branchen — es wurden die Einseher und die Polierer genannt — führten schon jetzt die Sperre bestimmter Werkstellen in dieser Weise durch. Er habe selbst einmal beobachtet, daß an einem Tage 30 Polierer verlangt wurden, aber keiner der Arbeitslosen eine Stelle annahm.

Die Befürchtung des Obermeisters wegen der stillen Sperren wurde von mehreren Vertretern der Arbeiter, auch von einem der Arbeitvermittler als unbegründete Schwarzgeheri nachgewiesen. Beim Ausdrufen der Stellen werde nur die Stadtgegend (Osten, Südosten usw.) bezeichnet, wo sich die Werkstatt befindet, aber nicht der Name des Meisters. Von einer Sperre könne also keine Rede sein, da ja keiner der Arbeitslosen wisse, welcher Meister Arbeiter such. Ein Vertreter der Einseher gab zu, daß seine Kollegen bei einzelnen Meistern keine Arbeit annehmen. Das seien aber nur solche Meister, von denen bekannt sei, daß sie sich Verstehe gegen den Vertrag zuschulden kommen ließen.

Trotz dieser Aufklärung blieben die Arbeitgeber auf ihren ab- lehrenden Standpunkt.

Mit Ausnahme einiger Punkte, die erst für eine Spezial- beratung in Frage kommen würden, sind nunmehr alle von den Arbeitern aufgestellten Forderungen diskutiert worden, ohne daß sich die Parteien auch nur im geringsten näher gekommen wären. Es entstand nun naturgemäß die Frage: Was nun?

Glode regte an, daß man jetzt in die Spezialberatung der einzelnen Punkte eintreten solle. — Dem widersprach Obermeister Kahardt. Er meinte, die Meister hätten sich ja nur deshalb an den Verhandlungen beteiligt, um die Arbeiter zu überzeugen, daß ihre Forderungen nicht bewilligt werden können. Diese Ueber- zeugung hätten die Arbeiter nicht gewonnen, die Aufgabe der Meisterbetreuer sei somit erledigt, sie mühten sich jetzt erst an ihre Mitglieder wenden, denn eine Vollmacht, etwas zu bewilligen, hätten die Vertreter nicht. — Glode bezeichnete diese Haltung der Arbeitgeber als unverständlich. Wenn die Arbeitgeber den Abschluß eines Vertrages wünschen, dann könnten sie doch nicht sagen, daß sie nichts bewilligen wollen. Es müsse doch der Versuch einer Verständigung gemacht werden, und was dabei zustande komme, das könne den beiderseitigen Mitgliedern zur Entscheidung vorgelegt werden. Sollten die Arbeitgeber eine Einigung bezüglich der aufgestellten Forderungen nicht wünschen, dann könnten die Verhandlungen abgebrochen werden. Daß die Kommission zu- sammen komme, um sich über die Forderungen zu unterhalten, das habe doch wirklich keinen Zweck.

Obermeister Kahardt blieb dabei, daß seine Kommissions- mitglieder keine Zugeständnisse machen können. Sie würden in ihrem Verband über diese Angelegenheit beraten und in der nächsten Sitzung der Kommission zu der zuletzt angeregten Frage Stellung nehmen.

Das soziale Verständnis der Buchdruck-Prinzipale.

Die Handlungsweise des führenden Geistes in der Buchdrucker- bewegung auf Seiten der Prinzipale, des Herrn Kommerzienrats Wägenstein, in puncto Lehrlings-Ausbildung, fand in der letzten Buchdrucker-Versammlung eine charakteristische Be- leuchtung. In der am Sonntag vor acht Tagen abgehaltenen Tarifamts-Sitzung erklärte der Herr Kommerzienrat, daß die be- treffende Seher, denen je ein Lehrling beigegeben ist, deren ge- leistete Arbeit der Seher mit zur Berechnung bringt, alle, bei ihm seit langen Jahren arbeitende Leute sind, welche allein kaum im- stande sein würden, entsprechenden Verdienst zu erzielen. Seine Handlungsweise sei also ein Akt sozialpolitischer Fürsorge, der schon seit Jahren in seinem Geschäft geübt wurde und schon unter seinem Vater bestanden habe. Die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ könnten ihn zu einer Aenderung nicht veranlassen. In Wirklichkeit verhält sich die Sache jedoch etwas anders. Die in Frage kommenden Seher, welche von dieser sozialpolitischen Fürsorge so wunderbar betroffen werden, sind im besten Mannesalter lebende Leute, welche aber den Vorzug haben, in der Lohnbewegung von 1891/92, als die Buchdruckergehälter für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeits- verhältnisse schwer zu ringen hatten, der Firma Wägenstein willkommene Helfer gewesen zu sein. Als Belohnung für diese treuen Dienste dürfen diese Herren die Arbeitskraft eines Lehrlings ausnützen. Aber die Firma will auch etwas davon haben. Mit 1000 M. pro Woche natürlich, müssen die Gehältern abliefern; 4 Proz. erhält der Lehrling Kostgeld, also immer noch ein Profit von 400 M. So sieht die „sozialpolitische Fürsorge“ des Herrn Wägenstein aus. Und die Ausbildung der Lehrlinge? Die Gehältern suchen natürlich so viel wie möglich aus diesen heraus- zuschinden. Die Quantität der geleisteten Arbeit muß es bringen, auf die Qualität kommt es nicht an. Kaum zur Verrichtung der notwendigen Bedürfnisse wird dem Lehrling Zeit gelassen. Hat dann solch ein Lehrling ausgelernt, dann schreiben die Herren

Prinzipale, vom Arbeitsnachweis seien tüchtige Gehältern nicht zu haben. Den vorstellig werden Vertrauensleuten antwortete Herr W., daß er sich nicht zwingen lasse. Und diese Antwort, obgleich im Jahre 1901 der Tarifauschuh einen Antrag zu Proto- koll nahm, laut welchem das Berechnen der Lehrlinge nicht statthaft ist. Ob die Preise, die diese Seher für ihre Arbeitsquantum erhalten, der tariflichen Berechnung entsprechen, können wir freilich nicht nachprüfen. — Ein anderes Bild von einem Herren, welcher ebenfalls Funktionär im Tarifamt ist. Beim Prinzipal Röwer, Elshäferstraße, hatte ein Drucker das Unglück, Makulatur zu drucken. Für alle Differenzen im gewerblichen Leben ist für tarifliche Geschäfte ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Ent- scheidung des Schiedsgerichts anzurufen ist. Obgleich Herr Röwer, noch dazu als Funktionär, dies wissen mußte, klagte er dennoch beim Amtsgericht. Der Gehältern, welcher sich zur Kur in Veelth aufhielt, konnte sich vor Gericht nicht selbst ver- teidigen und wurde zu einem Schadenersatz von 70 Mark und in die nicht unbeträchtlichen Kosten verurteilt. Der Gehältern rief nun seinerseits das tarifmäßige Schiedsgericht an und verklagte die Firma wegen Tarifbruch. Hier wurde festgestellt, daß der Makula- turdruck infolge folcher technischer Anordnungen seitens der Firma mit veranlaßt worden war. Aber nicht allein das! Nach- dem die Firma Röwer in tarifwidriger Weise ein obliegende Erkenntnis vor dem ordentlichen Gericht erstritten, teilt sie in höchst- lokaler Weise dem Gehältern mit, wenn er nicht gutwillig bezahle, werde sie in jeder Kondition, welche der Gehältern annehme, ver- suchen, sich an dessen Lohn schadlos zu halten. — So ein Prinzipal- funktionär der Tarifinstitution der Buchdrucker. Die Gehältern werden gut tun, sich diese Herren genau anzusehen!

Achtung, Freiseurgerhellen!

Für organisierte Freiseurgerhellen sind folgende Geschäfte gesperrt: Rega, Sorauerstraße 22; Markowsky, Reudlinstraße 4; Kulowiki, Waldstraße 6; Girndt, Erasmustr. 9; Pool, Wiedomstraße 5, und Hopppe, Kottbuscher Ufer 58. Verband der Freiseurgerhellen Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vororte.)

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! In der Maschinenfabrik von Ribol in Offenbach a. M. streiken die sämtlichen dort beschäftigten Schlosser, Dreher, Hobler usw. wegen Einföhierung des Präzisions- systems. Zugang ist fernzudalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ausland.

Ein Ausstand der Bauarbeiter ist im Zepfliger Bezirk infolge von Lohndifferenzen ausgebrochen.

Die Buchdrucker in Zürich haben mit 311 gegen 73 Stimmen den schweizerischen Einheitslohn angenommen.

Der Gewinnanteil des Arbeiters.

Trotz aller optimistischen Behauptungen, daß der Arbeiter sich jetzt besser stelle als früher, haben genaue Berechnungen ergeben, daß in den letzten 30 Jahren die Lage der Arbeiter sich in Wirklich- keit nicht verbessert hat. Besondere Berechnungen wurden nach den Verichten des Arbeitsdepartements der Gewerkschaften in London ge- macht. In einzelnen Fällen sind sogar die Löhne direkt gegen das Jahr 1900 niedriger geworden. Das war bei Tischlern und Ziegel- brennern der Fall. In anderen Gewerben ist nur eine ganz kleine Lohnhöhung zu notieren, die in keinem Verhältnis steht zu der Preiserhöhung aller Lebensbedürfnisse. Das Nationalvermögen ist aber trotzdem gestiegen.

Eingegangene Druckschriften.

Hamburg, Zeitschrift für Heimat und Fremde. Heft 3. Preis 0,50 M. Verlag: Fr. W. Thoden in Hamburg.

Die französische Revolution. Von Thomas Carlyle. Neue illustrierte Ausgabe in 40 Lieferungen a 50 Bl. Herausgegeben von Theodor Reht- nisch. Mit etwa 500 Illustrationen, Porträts, Autographen und Kunst- beilagen. Lieferung 27-40 (umfassend den 3. Band). Der gebundene Band in vornehmem Einband 8,50 M. Verlag von Georg Wigand, Leipzig.

Die deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1905. Abdruck aus der „Börse-Zeitung“. Verlag: Berliner Börse-Zeitung, Berlin, Kronenstraße 37.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Urteil im Hamburger Letten-Geheimbundsprozess.

Hamburg, 6. Dezember, 9,22 Uhr nachmittags. (Privat- depesche des „Vorwärts“.) Im großen Geheimbundsprozess gegen die angeblichen lettischen Verschwörer beantragte der Staatsanwalt Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu drei Monaten, gegen Sutte zwei Wochen Haft wegen Uebertretung! Das Gericht verurteilte Djerwon und Sutte wegen Geheimbundserei zu je zwei Mo- naten Gefängnis, Sutte nur wegen Uebertretung zu einer Woche Haft. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen, weil die Teilnahme an der Verbindung ihnen nicht nachgewiesen sei. Sämt- liche Strafen wurden für verbüßt durch die Untersuchungshaft er- klärt. Die Angeklagten wurden nach der Begründung milde beurteilt, weil sie nicht aus schlechter Gesinnung ge- handelt hätten! Alle Angeklagten wurden auf freien Fuß gesetzt.

Bewegung der Seekente.

Genua, 6. Dezember. (W. T. W.) Die Mannschaften mehrerer transatlantischen Dampfer sind heute in den Ausstand getreten; der Postdampfer sowie die Küstenschiffahrt erleiden jedoch keine Störungen. Die Reeder haben in einer heute nachmittags ab- gehaltenen Versammlung beschlossen, die Dampfer mit Ausnahme der Postdampfer außer Betrieb zu stellen, die Mannschaft eines Dampfers ist bereits heute entlassen worden. Aus anderen Hafens- städten liegen Meldungen über Betriebsstörungen nicht vor.

Behördliche Förderung der Schwarzen Hundert.

Petersburg, 6. Dezember. Die Russische Korrespondenz erhält folgendes Telegramm: Der Direktor der Hauptbahnenverwaltung Dumitrafjlo sandte dieser Tage unter Nr. 12 658 folgende dringende Depesche an alle Eisenbahnenverwaltungen: Es laufen Klagen ein, daß Chefs verschiedener Eisenbahnenverwaltungen den Eisenbahnbeamten an Verbände Russischen Volkes (Schwarzen Hunderts) teilzunehmen verbieten. In Ergänzung des Zirkulars des Eisenbahnministers vom 2. November Nr. 8061 wird auf Befehl des Ministers mitgeteilt, daß laut Zirkular des Ministers des Innern dieser Verband eine legale registrierte Organisation ist und seiner Richtigkeit für den Staat wegen einer Unterstützung seitens aller Regierungsbehörden verdient. Ich empfehle gegen- wärtiges Zirkular zur unbedingten Befolgung und bitte, den Chefs aller Eisenbahnenverwaltungen mitzuteilen, daß sie im Falle der Nicht- befolgung dieses Zirkulars und des Zirkulars des Ministerates Nr. 1442 ihrer Ämter entzogen werden. Trotz aller Versuche der Regierung, ihre nahe Verbindung mit der als Pöbelorganisations anerkannten Organisation nach außen zu verbergen, sieht sie also in Wirklichkeit in ihr ihre Hauptstütze.

Aussperrung.

Lodz, 6. Dezember. (W. T. W.) Die hiesige Fabrik Rodnansky ist heute auf unbestimmte Zeit geschlossen und 7452 Arbeiter sind entlassen worden. Die Wiedereröffnung der Fabrik hängt von den Entscheidungen des Verbandes der Fabrikanten ab, die den Ar- beitern Bedingungen stellen werden.

Reichstag.

185. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Freiherr v. Stengel, Freiherr v. Rheinbaben.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation der Abgg. Speck (P.) und Genossen:

„Ist dem Herrn Reichsminister bekannt, daß ausländische Gerste, die unter Inanspruchnahme des für Futtergerste geltenden niedrigen Zolltarifs in das deutsche Zollgebiet eingeführt wurde, tatsächlich als Malzgerste Verwendung findet? Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um diese Umgehung des im Zolltarif für Malzgerste festgesetzten Zolltarifs für die Zukunft unmöglich zu machen?“

Reichsminister Freiherr v. Stengel erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Speck (P.): Seit dem 1. März hat die Einfuhr von Futtergerste erheblich zugenommen, während die Einfuhr von Malzgerste geringer geworden ist. Im allgemeinen kommt da Braugerste aus Dänemark und Österreich-Ungarn, während aus Rumänien, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika im wesentlichen Futtergerste eingeführt wird. Die Einfuhr von Gerste aus Dänemark ist um mehrere hunderttausend Doppelzentner gegen das Vorjahr zurückgeblieben, während aus denjenigen Ländern, aus denen hauptsächlich Futtergerste eingeführt wird, größere Quantitäten von Gerste eingegangen sind. Die Ursache liegt aber nicht darin, daß wirklich ein so starker Rückgang am Eingang von Malzgerste eingetreten ist, es wird sogar mehr Malzgerste eingeführt, aber sie wird von den Importeuren auf einem Umwege, über Rumänien und Österreich, eingeführt und als Futtergerste deklariert. Für diese, landwirtschaftlichen Zwecken dienende Gerste wird eben ein geringerer Zollsatz bezahlt. Gerste, die für Brauereizwecke bestimmt ist, muß ungewissermaßen als „Malzgerste“ behandelt und verzollt werden. Der Begriff der Malzgerste, wie ihn der Bundesrat gegenwärtig festsetzt, wonach die Brauereigerste nicht dazu gehört, steht im Widerspruch zu dem Sprachgebrauch und zu den bei Beratung des Zolltarifgesetzes abgegebenen Erklärungen. Die Brauereien sagen allerdings, sie müßten russische Gerste haben und würden ruiniert sein, wenn sie den höheren Zollsatz zahlen müßten; sie könnten aber sehr gut mit der inländischen Gerste auskommen.

Wir verlangen, daß der Reichsminister an den Zolltarifgesetz Maßnahmen zur Durchführung der Vorschriften des Zolltarifgesetzes trifft. Gegenwärtig wird mit einer Nachfrist verfahren, die weder den Intentionen des Gesetzes noch dem erforderlichen Schutz des deutschen Gerstenbaues entspricht. In der Nachfrist tritt die größte Willkür; so ist beispielsweise dieselbe Gerste drei verschiedenen Händlern in dreifach verschiedener Weise verzollt worden. Der Reichsminister muß von den Zollhinterziehungen Kenntnis haben. Ich glaube sogar, daß das Reichshauptamt schon vor mehreren Monaten von diesen Dingen von privater Seite Kenntnis erhalten hat. Vorteil haben vor allem die rheinischen und hamburgischen Großgetreidehändler. Dem Handelsvertrag mit Rußland haben meine Freunde im Vertrauen auf die bestimmten Erklärungen der Regierung zugestimmt, daß alle als Futtergerste eingehende Gerste denaturiert werden soll, so daß sie als Malzgerste nicht mehr verwendbar ist. Dies geschieht aber nicht, und Millionen werden der deutschen Reichskasse jährlich entzogen. Der deutsche Gerstenbau steht jetzt demnach schlechter da als unter dem Jüermarkoll. (Abgeordneter Bebel: „Das ist Ihre Schuld!“) Dieser Einwand ist verfehlt. Nachdem Rußland ein Gerstenzoll von 1,30 Mark eingeräumt war, hätte eine differenzierte Behandlung der Gerste eintreten müssen, auch bei einem 3 Mark-Zoll.

Wenn wir den gefährlichsten Übelständen nicht abhelfen, ruinieren wir unseren Gerstenbau vollständig. Der Redner geht noch ausführlich auf den Gegensatz der Interessen süddeutscher und norddeutscher Brauereien und Mälzereien ein.

Reichsminister Freiherr v. Stengel: Wenn ich den Interpellanten recht verstehe, so findet nach seiner Auffassung eine Verwendung von Gerste für welche der niedrige Zollsatz entrichtet worden ist, einmal mit Zustimmung der verbündeten Regierungen für Brauereizwecke statt, dann aber auch gegen den Willen der verbündeten Regierungen und der Verwaltungsbehörde, insofern als die Ware nach der Reinigung von Schmutz für Brauzwecke verwendet wird. Die erste Bemängelung hängt innig zusammen mit der Streitfrage, was als Malzgerste und was als Futtergerste oder als andere Gerste im Sinne des Zolltarifgesetzes zu bezeichnen ist. Um darüber Klarheit zu schaffen, müssen wir zurückgehen auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und zwar auf die Verhandlungen bei der dritten Lesung des Zolltarifgesetzes vom 18. Dezember 1902. Durch den damals angenommenen Antrag eines Württembergers von 4 Mark für die Gerste ist der Grund für die Differenzierung gelegt worden. Der Reichsminister erklärte ausdrücklich: Malzgerste ist eine ausgewählte, wesentlich wertvollere Ware als Futtergerste, der ein höherer Zollsatz zu gewähren ist. In der Hauptsache findet diese hochwertige Ware nur zu Brauzwecken Verwendung, so daß die Begriffe „Brauereigerste“ und „Malzgerste“ geradezu dieselben sind. Sollte man etwa die Keimfähigkeit zum Kennzeichen der Malzgerste machen, so würde als Futtergerste nur noch der dorbene Gerste zu verzeichnen sein. Das unterscheidende Merkmal der Keimfähigkeit hätte dann auch in das Gesetz hineingelegt werden müssen, doch möchte ich es dahingestellt sein lassen, ob damit Handelsverträge möglich gewesen wären. Die Klage des Interpellanten, daß auf unseren Zollstationen willkürlich verfahren wird, möchte ich von dieser Stelle aus zurückweisen. Jede Gerste, die zu Brauzwecken geeignet ist, zahlt den Satz von 4 Mark, gleichgültig, ob sie hinterher zu Bran-, Brau- oder Futterzwecken verwendet wird. Die Verwaltung hat sich bemüht, die nicht gerade leichte Aufgabe der strengen Durchführung des Zollgesetzes unter tunlichster Wahrung der verschiedenen entgegenstehenden Interessen zu lösen. Einzelne unliebsame Vorkommnisse berechtigen noch nicht zu einer abschließenden Kritik der getroffenen Maßnahmen. Wir werden bestrebt sein, das Denaturierungsverfahren zweckentsprechend zu gestalten, und wir werden auch die Fingerzeige, die uns hier gegeben werden, gewissenhaft prüfen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Schäfer (P.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.):

Das Verhalten der Regierung gegenüber dieser Interpellation steht im schroffen Gegensatz zu ihrem Verhalten gegenüber den Fleischnotinterpellationen. Es drückt sich darin eine abfällige Mißachtung der Schäden, die die Fleischnot im Lande hervorgerufen hat, aus. Als die heutige Interpellation zum erstenmal hier erwähnt wurde, hat die Regierung sich Zeit erbeten, um Informationen sammeln zu können. Aber über die Fleischnot wäre es die Pflicht der Regierung gewesen, seit Monaten unterrichtet zu sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß die Beantwortung der Fleischnot-Interpellation solange hinausgeschoben wird, kann auch gar nicht wundernehmen bei einer Regierung, die es für ihre Aufgabe hält, die Nahrungsmittel des Volkes zu verteuern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was die Interpellation über die zwei Arten Gerste angeht, so haben wir auf der linken Seite bei allen Gelegenheiten in der Zollkommission und auch hier im Plenum vorausgesetzt, daß jeder Versuch einer Unterscheidung der beiden Arten von Gerste scheitern müßte.

Der Abg. Speck hat die Mißstände übertrieben, wesentlich in der Absicht, die Gerstenpreise in die Höhe zu treiben, und er hat damit ein

rein agrarisches Interesse

vertreten. Wir werden ihm bei seinem Vorgehen schon darum keine Hilfe leisten, weil wir der Meinung sind, daß das Fleisch — und daher auch die Futtergerste — im Interesse der Volksernährung nicht zu hohe Preise haben dürfen. Der Reichsminister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wenn man so hätte verfahren wollen, wie der Abgeordnete Speck es wünschte, man dann die Unterscheidung hätte in den Zolltarif hineinbringen und daß man vor allen Dingen die Denaturierung da hätte erwähnen müssen. Bei der Malzgerste hat es sich nur darum gehandelt, die höher zu bewertende Braumalzgerste mit einem höheren Zollsatz zu belegen. Der Abgeordnete Speck wird daran nichts ändern können, daß wir heute einen Gerstenzoll haben von 1,30 Mark und daß nur ausnahmsweise die nachweislich für Brauzwecke zu verwendende Malzgerste mit 4 Mark verzollt wird. Die Schäden hat Herr Speck erheblich übertrieben; er hat den Einfluß der erhöhten Einfuhr der Malzgerste vor Inkrafttreten des neuen Zollgesetzes nicht beachtet. Was er über den Hamburger Fall sagte, ist so unbestimmt gehalten, daß ich glaube, es liegt keine Veranlassung vor, auf diese Angelegenheit näher einzugehen. Eine generelle Anknüpfung, als ob die Gerstenimporteure nur darauf gewartet hätten, das Gesetz zu umgehen, ist nicht haltbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Jurist des Abg. Speck: Das habe ich nicht gesagt! Ihre Ausführungen gingen doch dahin, daß heute durch die Manipulationen der Gerstenimporteure in den norddeutschen Seehäfen dem Getreide Tor und Tür geöffnet sei. Sie wollen die Unklarheit, die Sie selber mitgeschaffen haben, ausnutzen, um möglichst alle importierte Gerste mit 4 M. zu verzollen. Im Interesse einer besseren Ernährung unseres Volkes aber kann es nur liegen, wenn die Futtergerste zu einem möglichst niedrigen Zollsatze hereinkommt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Bei der Beratung des Zolltarifs wurde damals erklärt, es werde alles mit 4 M. verzollt werden, was nicht Futtergerste ist. Graf Posadowsky hat seinerzeit gesagt, es könnte alle Gerste denaturiert werden, die zu dem niedrigen Zollsatz eingeführt wird. Das Gewicht ist durchaus kein sicheres Unterscheidungsmerkmal der Malz- und der Futtergerste. Man sollte jedenfalls noch einmal ernstlich ins Auge fassen, alle Gerste zu denaturieren, die zu dem billigen Satz als Futtergerste eingeführt wird, um jeden Mißbrauch unmöglich zu machen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Preussischer Finanzminister v. Rheinbaben: Wir haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die hochwertige Brauereigerste nicht zu dem geringen Zollsatz von 1,30 M. eingeführt wird, sowohl im Interesse der Landwirtschaft als in dem der Reichskasse. Wir haben aber auch keinen Anlaß zu der Annahme, daß dies in erheblichem Umfange geschieht. Die Handhabung der Gerstenzollordnung durch die Beamten bewegt sich durchaus in der Absicht des Gesetzes. Ein solches Ungeheuer, wie Herr Speck meinte, ist die Gerste nicht, ihre Bestimmung nach dem Gewicht ist im allgemeinen möglich, und außerdem besteht die Bestimmung, daß auch Gerste bei milderem Gewicht als 65 Kilo pro Hektoliter den höheren Zollsatz tragen oder denaturiert werden muß, wenn aus der besonderen Beschaffenheit oder aus anderen Umständen hervorgeht, daß sie zur Malzbereitung geeignet ist.

Abg. Raempf (fr. Rp.): Nicht eine Verschärfung, sondern eine Milderung bei der Handhabung der Gerstenzollordnung ist notwendig. Die gute schwere Brauereigerste und die ganz leichte billige Futtergerste sind sehr leicht zu unterscheiden. Aber jeder im Gerstenhandel Tätige weiß, daß noch eine mittlere Sorte existiert von 60 bis 62 Kilo pro Hektoliter. Das ist gerade die die zu Brauzwecken Verwendung findet, und diese Gerste ist aus unserem Import leider völlig verschwunden, weil sich kein Importeur der höheren Verzollung aussetzen kann. Dies ist umso mehr zu bedauern, als gerade diese Gerste eine gute Futtergerste ist und mit der minderwertigen Futtergerste, die jetzt allein ins Land kommt, kann natürlich auch nur minderwertiges Vieh aufgezogen werden. So trägt auch hier unsere Zollgesetzgebung zur Verschlechterung der Volksernährung bei.

Abg. Dufanget (L.) betont, daß man verlangen könne, daß die Herren vom Bundesrat sich an ihre früheren Erklärungen hielten.

Abg. Gothein (fr. Rp.): Der Bundesrat konnte gar nicht anders verfahren als nach den Bestimmungen der russischen und österreichischen Handelsverträge, deren nähere Ausführung die Gerstenzollordnung ist. Wie Herr Raempf verlangen auch wir nach Verschärfung, sondern Milderung der Handhabung der Zollgesetzgebung. (Bravo! bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Stauffer (Bahr. Bauernbund): Wir verlangen nicht eine Differenzierung der Gerste, sondern lediglich, daß die Brauereigerste zur Verwendung kommende Gerste den höheren Zollsatz von 4 M. zahlt. (Weiterleit links.) Wir verlangen gute Futtermittel. Zur Fleischfrage, Herr Siedekum, haben meine Freunde sich bereits gefragt, ob sie nicht eine Interpellation einbringen sollen: „Was gedenkt der Reichsminister zu tun, um dem fortwährenden Fallen der Fleischpreise Einhalt zu tun?“ (Schallendes, anhaltendes Gelächter links.) Soweit sind wir, meine Herren! (Erneute Weiterleit.) Was wir doch einen Stich durch die ganze Gerstenzollordnung. Wir sind zufrieden damit, daß der Staatssekretär erklärt hat, jede Gerste, die zu Brauzwecken geeignet ist, muß denaturiert werden. (Große Weiterleit links.)

Abg. Wamp (Rp.): Herr Gothein sollte mit seinen ländlichen Wählern mehr Fühlung nehmen; es hat ihn ja allerdings nur der kleinste Teil der ländlichen Wähler gewählt — als das kleinere Übel seinem Gegenkandidaten gegenüber. (Weiterleit.) Herr Raempf sollte sich über die landwirtschaftliche Kardinalfrage besser unterrichten. An dem Gerstenbau sind überwiegend kleine Bauern interessiert. (Beifall rechts.)

Abg. Kohl (P.): Ich bedauere, daß kein bayerischer Bundesbesolmändiger das Wort genommen hat, obwohl ein solcher während des größten Teils der Sitzung anwesend war. Es handelt sich hier um ein wichtiges Bodenprodukt Bayerns. Wenn wieder große wirtschaftliche Fragen hier zu lösen sind, so werden wir uns nicht mit unklaren, verschwommenen Erklärungen zufrieden geben, sondern solange fragen, bis wir klare Antworten erhalten haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Stolle (Soz.):

Schon bei der Beratung des Zolltarifs im Jahre 1903 ist über den Gerstenzoll des langen und breiten verhandelt worden. Ramentlich waren es Vertreter aus Süddeutschland, die sich über den Gerstenzoll bitter beschwerten. Der Abg. Gerstenberger führte dabei aus, im allgemeinen erwarte man in Süddeutschland nicht viel von Preußen, aber doch hielte man es nicht für nötig, daß die preussische Regierung die süddeutschen Staaten zurückgesetzt hätte, wie es in der Frage des Gerstenzolls geschehen ist. Deutschlands Getreideproduktion beträgt etwa 28 Millionen Tonnen jährlich, wovon etwa 7-8 Millionen direkt zum Verkauf kommen. Fast drei Viertel der Gesamtmenge findet in der eigenen Wirtschaft Verwendung. Nur der kleinere Teil dient zum menschlichen Verbrauch, der größere wird verfüttert. Ein großer Teil der Getreideernte wird also, wie wir sehen, durch die Viehhaltung verwertet. Der Brotgetreideverbrauch in Deutschland beträgt etwa 1 Milliarde Mark gleich 6 Millionen Tonnen. Die Viehhaltung dagegen verbraucht für etwa 2 Milliarden Mark Futtermittel. Der deutsche Getreidebau verwertet demnach sein Erzeugnis durch Verkauf für 1 1/2 Milliarden Mark, durch Verfütterung für 2 Milliarden, durch Brotverbrauch für 1 Milliarde Mark.

Was ist denn nun der Grund der Differenzierung der Futtergerste gegenüber der Malzgerste? Schon bei der Beratung des Zolltarifs 1903 wurde gesagt, daß bei einer großen Zahl von Wirtschaften die Intensität so hoch gesteigert ist, daß sie nicht weiter getrieben werden kann, daß vielmehr die Wirtschaften gezwungen

sind, Futtermittel zuzukaufen. Ich habe damals schon die Frage aufgeworfen, welche Wirtschaften es denn eigentlich sind, welche gezwungen wären, Futtermittel zuzukaufen. Nun, das sind eben die Kleinhäuer, das sind eben die kleinen Kleinbesitzer, welche nicht in der Lage sind, ihre Produktion noch zu steigern und die doch auf ihrem kleinen Areal einen größeren Viehstand halten müssen als sie nach der Menge des Futters, das sie selbst erzeugen können, zu halten in der Lage sind. Angesichts dieser Tatsache ist es geradezu ein Verbrechen, den Gerstenzoll aufrecht zu erhalten und diesen kleinen Wirtschaften ihre Futtermittel in unwürdiger Weise zu verteuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen die Grenze nicht öffnen, Sie wollen die Viehzüchter nicht bestrafen, was doch notwendig wäre, um der Unterernährung, die durch die hohen Fleischpreise hervorgerufen ist, Millionen von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden werden schwer geschädigt infolge Ihrer Bauernwirtschaft, durch die nur einige wenige Großgrundbesitzer mehr Gewinn einheimen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Unterernährung zeigt sich auch darin, daß wie aus dem Geschäftsbericht des Konsumvereins „Haushalt“ für Meerane und Umgebung hervorgeht, im letzten Jahre gegen das Vorjahr 52 1/2 Zentner Butter weniger, dafür aber 110 Zentner Margarine verkauft worden sind! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Treiben Sie Ihre Bauernpolitik nur noch ein Jahr weiter und Sie werden die Nahrung bei den Wahlen erhalten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rißler (L.): Die Ausführungen des Abg. Dr. Siedekum gipfeln hauptsächlich in einer Belehrung des Bauernstandes, wie er sein Vieh füttern soll. Ich glaube, daß er der allerbeste ist, der zu solchen Belehrungen geeignet ist. (Sehr wahr! rechts.) Es kann nicht geleugnet werden, daß ein großer Prozentsatz von Brauereigerste als Futtergerste eingeführt wird. Wir bitten daher die verbündeten Regierungen, daß die Gerste, die zu dem niedrigen Zollsatz von 1,30 M. eingeführt wird, genau untersucht wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Speck (P.): Wundern muß ich mich, daß die äußerste Linke für Viebesgaben für die Brauereibesitzer eingetreten ist. Aufsehend geht ihre Abneigung gegen den Zolltarif so weit, daß sie einfach gegen jeden höheren Zoll auftritt. Die besagten Schäden haben ihren Grund in der laxen Handhabung der Ausführungsbestimmungen in Norddeutschland. Darum möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, jedem weiteren Mißbrauch der Einführungsbestimmungen einen Riegel vorzuschicken. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Ich hebe den Anregungen des Herrn Vorredners durchaus sympathisch gegenüber, insbesondere der letzten Anregung, etwaigen Mißbräuchen auf diesem Gebiete vorzubeugen.

Abg. Stauffer (Bahr. Bauernbund): Ich habe mich vorher versprochen. Ich meine nicht eine Interpellation wegen der sinkenden Fleischpreise, sondern wegen der sinkenden Viehpreise. (Weiterleit links.)

Damit schließt die Debatte.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß der Abg. Raab (Ant.) sein Mandat niedergelegt hat.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. Der Präsident schlägt folgende Tagesordnung vor: Beratung der Abgeordneten, Interpellation Speck über den Import schwedischer Eisenerze, 2. Lesung des Gesetzes über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und Photographie, 3. Lesung des Gesetzes betr. Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Verfassungsnachweis).

Abg. Stöckel (Soz.) beantwortet, auch die Interpellationen über den polnischen Schulstreik auf die Tagesordnung zu legen.

Präsident Graf Ballestrem: Bei der gegenwärtigen Geschäftslage erscheint dies unzulässig. Ein Anspruch darauf, daß eine Interpellation an zwei Tagen verhandelt wird, kann nicht anerkannt werden.

Abg. Bebel (Soz.): Ich möchte namens meiner Freunde erklären, daß wir dem Antrage Stöckel zustimmen. Der Grundsatz, daß für die Besprechung einer Interpellation nur ein Tag zur Verfügung stehen soll, ist früher niemals zur Anwendung gekommen. Abg. Stöckel (Soz.): Es ist uns gestern versprochen worden, daß wir Gelegenheit erhalten sollen, auf die gegen uns gerichteten Angriffe zu antworten.

Der Antrag des Abg. Stöckel wird gegen die Stimmen der Linken, der Solen und einiger Mitglieder des Zentrums abgelehnt. Es bleibt bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Die russische Revolution.

Der Aufmarsch der Parteien.

Wenden wir uns nun der Einzelbetrachtung der Hauptparteigruppen zu.

I. Monarchistisch-reaktionäre Parteien.

Die Geschichte der russischen Konterrevolution ist die Geschichte der Zarenmannschaft. Beginnend mit dem Manifest vom 18. Februar 1905, da mit dem unklaren Versprechen einer Volksvertretung „alle wohlgesinnten Männer zur Ausrückung der Meuterei in unserem Lande und zum vernünftigen Widerstand gegen alle inneren Wirren“ angerufen wurden, war jedes weitere Zurückweichen der Regierung begleitet von aktiver Unterstützung der konterrevolutionären Elemente und planmäßiger Organisation von schwarzen Bänden. Die Enthüllungen von Krissow, Popuchin und Pleuchow haben sonnenklar erwiesen, daß die schwarzen Borden, von Agenten der Regierung organisiert, im Auftrage der Regierung das Land terrorisierten. Wohl wendet sich Ehren-Stolypin schamhaft von ihnen ab, um vor Europa das Dekorum zu wahren, in Wirklichkeit aber üben die Mordgesellen des „Verbandes russischer Männer“ und ähnlicher Gruppen den größten Einfluß auf die Regierungspolitik aus. Wiederherstellung des Absolutismus ist ihr Ziel, Kampf bis aufs Messer um die unbeschränkte Gewalt der Bureaucratie und ihre eigene Nachstellung ihr Programm.

Widern sie eine Gefahr für die freihetliche Bewegung? Zweifellos, aber nur, so lange das Heer der Regierung noch zur Verfügung steht. Auf ihre eigene Kraft angewiesen, sind sie null und nichts und stürzen beim ersten Siege der Demokratie über das absolute Regime in sich selbst zusammen. Jrgend welchen Erfolg bei den bevorstehenden Wahlen können sie auf keinen Fall erwarten; sie sind und bleiben der Abgamm des russischen Lebens, gleich verhaßt in fast allen Schichten des Volkes.

Die Regierung sucht in ihren offiziellen Kundgebungen ihre blutige Leibgarde zu verleugnen, während sie im geheimen 10 Millionen Rubel für deren Wahlagitatio angemessen hat und die Gouverneure in den Provinzen die Tätigkeit dieser Mordgesellen unterhüllt fördern. Als offene Verbündete sind sie der Regierung unbequem geworden; denn mit Programm wie: „Nieder mit der Goldwährung!“, „Mehr Papiergeld anfertigen!“, „Es lebe die Selbstherrschaft“ kann die bankrotte Regierung schlechterdings nichts anrichten. Sie braucht andere Bundesgenossen: Repräsentanten des Geldhabs und des Großgrundbesitzes, die — für „vernünftige“ Freiheit und

für die Unantastbarkeit des Privatgrundbesitzes kämpfend — als Stützpunkt dienen können im Kampfe gegen die verhasste Revolution.

In erster Linie ist es die „Partei der Rechtsordnung“ und der „Verband vom 17./30. Oktober“, die als Regierungsparteien in Betracht kommen. Bei den ersten Wahlen konnten sie nur einige wenige Plätze erringen, jetzt werden sie wohl etwas mehr Erfolg haben. Wenn die „Partei der Rechtsordnung“ auch noch weiter rechts steht und sich vielerorts mit dem „Verband der russischen Männer“ solidarisiert, so gibt es zwischen ihr und dem Oktoberverband doch keinen nennenswerten Unterschied. Beide rekrutieren sich aus denselben Schichten der Bevölkerung, und beide vertreten dieselben Klasseninteressen. Das liberal gefärbte Programm der Oktoberisten ändert nichts an dieser Sachlage, denn in ihrer praktischen Tätigkeit sind und bleiben sie eine Schutztruppe der Reaktion. Die Position dieser beiden Parteien ist durch die letzten Semstrowahlen, die fast ausschließlich konservative Elemente zum Sieg führten, gefährdet, auf Jutug aus anderen Kreisen aber als denen der Großbourgeoisie und der Agrarier können sie schwerlich rechnen. Selbstverständlich hat das „Deutschtum“ der baltischen Provinzen das Programm der Oktoberisten als Maximum von politischen Freiheiten anerkannt und sich mit ihnen konsolidiert. Wohl oder übel mußten die edlen deutschen Balten im Oktoberverbande landen; denn eine konservative Partei stand ihnen — da die „wahrhaft-russischen Männer“ den Deutschen feindlich gesinnt sind — nicht offen!

Der Oktoberverband ist sich in seiner Taktik treu geblieben: Im Oktober 1905 protestierte er gegen die Revolution, im Dezember begrüßte er Dubassow als Retter Rossas, im August 1906 erklärte er die Feldgerichte als notwendiges Beruhigungsmittel und jüngst proklamierte er den permanenten Kampf mit der Revolution.

In der „Partei der friedlichen Erneuerung“ kommt das liberale Mäntelchen zum Vorschein: „Wir rufen Euch, Bürger, in unsere Reihen zum Kampf für Freiheit und Kultur, zum Kampf gegen alle Verletzungen der konstitutionellen Prinzipien, von welcher Seite sie auch ausgehen mögen“ — so heißt es in ihrem Wahlaufsatz! „Ausgehend von der Anerkennung des unbedingten Wertes der Persönlichkeit und die Einheit der freihellen Bewegung über alles stellend“, wendet sich diese Partei „gegen den revolutionären Anarchismus der radikalen Parteien“ und spricht sie sich bedingungslos für solche Repressalien gegen jene aus, die „ethische Prinzipien nicht verletzen“, „streng gesetzlich“ sind und von einer „das Vertrauen des Landes genießender Gewalt“ ausgehen. Der Oktoberverband in moralisierender, gefühlstropher Ausgabe! Es ist dieselbe Partei, die den Staatsstreich des Jaren als „gesetzlich“ anerkannte! Echte Spießer, haben sie heillos Angst vor den Revolutionären, die sie sich ohne Bomben gar nicht vorstellen können und sind sie bereit, vor der verhassten Bürokratie tausendmal zu knien, ihr wie bisher gefügig zu sein, von keiner politischen Veränderung zu träumen, wenn nur die „Ruhe“ im Lande wieder hergestellt wird. Sie hätten gegen „maßvolle“ Freiheit — mit entsprechenden Beschränkungen für den Plebs — nichts einzuwenden, wenn sie von anderen erkämpft würde; sie sind aber zu allen Schandthaten bereit, wenn die gezeichnete Bürgerrasse durch die Revolution gestört wird. Alle feigen Elemente des Bürgerturns werden sich voraussichtlich hinter den schönen Phrasen dieser Partei verschieben, ihre Stimme für die Reaktion abgeben und nach Kräften die gottlose Revolution bekämpfen. Ein Gemisch von idealistischem Phrasengebrech und reaktionärer Spießharnisch, hat diese Partei keine Zukunft. Eine vorübergehende Schöpfung der politischen Reaktion, wird sie mit ihr zugleich im Orkus versinken.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Von der russischen Parteikonferenz.

Die wichtigste Frage, die auf der Tagesordnung der vor kurzem stattgefundenen Konferenz der russischen Sozialdemokratie stand, war zweifellos die Frage über die Wahltaktik. Die gefasste Resolution ist den Lesern bereits bekannt, aber die vorangegangenen Debatten und die näheren Umstände ihrer Annahme entbehren auch nicht eines bedeutenden allgemeinen Interesses.

Im Laufe der Diskussion haben sich klar und deutlich zwei Gruppen geschieden: die eine, bestehend aus der Fraktion der „Majorität“ (6 Stimmen), den Vertretern der polnischen Sozialdemokratie (3 Stimmen) und der lettischen Sozialdemokratie (3 Stimmen), hielt in dem von ihr eingebrachten Resolutionsentwurf Wahlabkommen nur in äußersten Fällen und nur mit denjenigen Parteien für zulässig, die für die demokratische Republik und den bewaffneten Aufstand eintreten. Mit den bürgerlich-liberalen Parteien aber, z. B. mit den Kadetten, sind Wahlabkommen unmöglich, denn sie sind es, die durch ihre verräterische Haltung den Sieg der russischen Revolution verzögern. Das Hauptaugenmerk in der Wahlkampagne müßte daher auf die Aufklärung der Volksmassen über die Gefahr und den Schaden gerichtet werden, die für die weitere Entwicklung der Revolution entstehen würde, falls es den Kadetten gelänge, sich an der Spitze der Bewegung zu stellen. Der Standpunkt des anderen Teiles der Konferenz, bestehend aus der Fraktion der „Minorität“ (11 Stimmen) und den Vertretern des jüdischen Arbeiterbundes (7 Stimmen), ist ein wesentlich anderer: den Grund der äußersten Langwierigkeit der russischen Revolution sehen sie in der politischen Rückständigkeit breiter Volksschichten und besonders des Kleinbürgerturns. Gewiß sei der Kampf gegen die schwanende, unzuverlässige Taktik der Liberalen, die Aufhebung ihres Klassencharakters durchaus am Platze, aber nicht der Kampf gegen die Kadetten, sondern der Kampf gegen die Reaktion sei jetzt die Hauptsache, denn das Zustandekommen einer reaktionären Duma würde eine schwere Schädigung der revolutionären Bewegung bedeuten. Daher müsse man selbst die Kadetten unterstützen, wenn im entgegengekehrten Falle der Sieg eines reaktionären Wahrscheinlich ist. Die von dieser Gruppe eingebrachte Resolution wurde auch schließlich angenommen, und, um ihre einheitliche Durchführung zu sichern, wurde bestimmt, daß innerhalb jeder Organisation die Minorität sich den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen habe, wenn sie von der zuständigen Instanz gefaßt sind und sich im Rahmen der Parteikonferenzresolutionen und der Direktiven des Zentralkomitees bewegen.

Zur Wahllosung wurde, wie es auch nicht anders zu erwarten war, einstimmig die Idee der konstituierenden Versammlung bestimmt, deren revolutionärer Charakter im Gegensatz zum gewöhnlichen und vorsichtigen Wesen der bürgerlichen Parteien in der Wahlkampagne hervorgehoben ist. Daß die Wahlkampagne auch Zwecken der Organisation des Proletariats dienlich gemacht werden muß, auch darüber waren sich die Konferenzmitglieder einig. Heiße Debatten entpannen sich um den vom Zentralkomitee eingebrachten Entwurf eines Aufrufes, der als Wahlplattform dienen sollte. Er wurde einer scharfen Kritik unterzogen und auf Anregung der Vertreter des „Bundes“ und der „Majorität“ wurden wichtige Änderungen und Ergänzungen vorgenommen, die eine konsequente

Durchführung des Klassenstandpunktes des Proletariats und eine schärfere Hervorhebung der prinzipiellen und taktischen Momente, die es von den bürgerlichen Parteien trennen, bezwecken. Außerdem wurde der Begriff der nationalen Selbstbestimmung klarer definiert und auf die Mittel zur Befriedigung der Kulturbedürfnisse der Nationen hingewiesen.

Einen weiteren wichtigen Gegenstand der Besprechung der Konferenz bildete die Frage über den allgemeinen Arbeiterkongreß, die auf Vorschlag der polnischen Sozialdemokratie auf die Tagesordnung gesetzt wurde, worin sie alle Gruppen, außer der „Minorität“ unterzogen. Die Debatten, in denen sich hauptsächlich die beiden Fraktionen der russischen Sozialdemokratie gegenüberstanden, waren äußerst erregt und heftig, jedoch gelang es schließlich, eine von den Vertretern des „Bundes“ vorgelegte Resolution zur Annahme zu bringen, die die Frage vom Standpunkt der Parteidisziplin betrachtet. Ohne den freien prinzipiellen Meinungs- und Austausch innerhalb der Organisation zu beeinträchtigen, zieht die Resolution der Agitation für den Gedanken eines unparteiischen Arbeiterkongresses gewisse Schranken, um ihr den desorganisatorischen Charakter zu rauben, den sie an einigen Orten mit der Zeit angenommen hat, indem durch Hinstellung der Partei als einer „Intelligentenorganisation“ die Arbeitermassen ihr entfremdet wurden. Diese Resolution wurde gegen die Stimmen eines Teiles der „Minorität“ angenommen.

Die übrigen zwei auf der Tagesordnung stehenden Fragen konnten infolge Zeitmangels nicht zur Verhandlung kommen. Der nächste Parteitag wurde auf spätestens den 15. März 1907 festgesetzt.

Was die Bedeutung der Konferenz noch erhöht, ist die zum erstenmal stattfindende Beteiligung der nationalen sozialdemokratischen Organisationen und die Rolle, die ihnen dabei zugefallen ist. Es ist eine traurige und besorgniserregende Tatsache, deren Verhütung aber eher Schaden, als Nutzen zu stiften geeignet wäre, daß die Zwietracht zwischen den beiden Fraktionen der russischen Sozialdemokratie noch immer kein Ende gefunden hat. Und wenn es trotz ihrer heftigen Fehde gelungen ist, auf der Konferenz zur Beschlusfassung zu kommen, so ist es der lebhaften Teilnahme der nationalen sozialdemokratischen Organisationen am Parteeleben zu danken. Ihre Anwesenheit ist es, die den Beschlüssen der Konferenz moralischen Wert und Autorität in den Augen der Parteimitglieder verleiht, da sie auf diese Weise tatsächlich von der Mehrheit der Partei und nicht nur von einer Fraktion der russischen Sozialdemokratie gefaßt sind.

Hessische Parteigenossen und der Wunschnach an den Großherzog. Die Frankfurter „Volkstimme“ berichtet aus Friedberg (Hessen) vom 3. Dezember:

Am Sonntagabend fand hier eine stark besuchte Parteiverammlung statt, die sich bei Punkt 2 mit dem bekannten Vorgehen in der hessischen Kammer befaßte. Nach eingehender Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in der Konfordia in Friedberg tagende Parteiverammlung verurteilt auf das Entschiedenste das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten im hessischen Landtage, indem sie die bekannte Adresse an den Großherzog unterschrieben. In dem in dieser Adresse der Wunsch ausgeprochen wird, daß der Prinz einst zum Segen des Landes regieren möge und berufen sein wird, die Geschicke des Landes zu leiten, haben sich unsere Vertreter durch Unterzeichnung dieser Adresse in Widerspruch gesetzt mit den Grundbügen der Partei. Die Versammlung ist empört darüber, daß Parteigenossen als Abgeordnete das Vertrauen der Genossen in solcher Weise mißbrauchen und hofft, daß die kommende Landesversammlung dieses Verhalten rügen wird.“

Von einer Unterzeichnung einer Adresse durch die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten hessischen Kammer war uns bislang nichts bekannt geworden. Trifft die Darstellung zu, die die Friedberger Resolution gibt, so ist der Vorstoß gegen die Grundbügen der Partei noch größer als wir zunächst annehmen konnten. Daran ändern alle Vorbehalte der betreffenden Rede des Genossen David nichts.

Internationale Solidarität. In der Mitgliederversammlung des Parteivereins für Wandsbek wurden am Dienstag, der Aufforderung des Parteivorstandes entsprechend, 200 M. als Beihilfe zum Wahlfonds der russischen Genossen bewilligt. Eventuell sollen noch Sammellisten in Umlauf gesetzt werden.

Eine neue Parteispaltung in Rußland.

Krakau, 6. Dezember, 3.20 Uhr nachm.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Der hier tagende Parteitag der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.) hatte die Spaltung in zwei Fraktionen zur Folge. Näherer Bericht folgt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Im Monat November wurden an Strafen verhängt 2 1/2 Jahre Zuchthaus, 8 Monate 1 Woche und 4 Tage Gefängnis, 7 Wochen Haft und 244 M. Geldstrafen.

Soziales.

Von der Wirksamkeit des Berliner Innungsschiedsgerichts.

Leider schließt das Innungsschiedsgericht die Zuständigkeit der Gewerbegerichte aus. Wiederholt sind uns Klagen über die Erschwerung der Geltendmachung von Klagen vor dem Innungsschiedsgericht vorgebracht. Klagen über „Rechtsbelehrungen“ der Kläger auf dem Bureau des Innungsschiedsgerichts sind uns wiederholt vorgebracht. Wären sie nur einmal und überbracht, so hätten wir angenommen, es liege ein Mißverständnis der Kläger vor. Die Häufigkeit ganz gleichartiger Bewerben beweist uns, daß ein Mißverständnis der Kläger ausgeschlossen ist.

Donach sind Rechtsuchenden auf dem Innungsschiedsgerichtsbureau ganz wunderliche „Rechtsbelehrungen“ zuteil geworden. Ein Gefelle will wegen Nichterhaltung der gesetzlichen (14tägigen) Kündigungsfrist Klage auf Schadenersatz erheben. Der Schreiber fragt ihn, ob mehr als 20 Personen in dem Betriebe des Meisters beschäftigt sind. Auf die vermeintliche Antwort erklärt der zur Aufnahme von Klagen bestellte Innungsbeamte: „Dann ist die Klage aussichtslos, die gesetzliche Kündigungsfrist gilt für kleinere Betriebe nicht!“ Der Mann, der wagt, einen solchen Unsinn dem Arbeiter einzureden, lehnte die Aufnahme der Klage als aussichtslos ab. Erst nachdem der zunächst verblüffte Gefelle sich bei seiner Organisation Auskunft geholt hatte und bei einem zweiten Besuch des Bureaus kategorisch verlangte, daß seine Klage Aufnahme finde, wurde sie protokolliert. Auf die Frage, welches Gesetz denn die Bestimmung enthalte, daß Arbeiter in kleineren Betrieben keine Kündigungsfrist hätten, blieb der Beamte der Innung die Antwort schuldig. In anderen Fällen lehnte derselbe Herr ebenso geschwätzig ab, eine Klage auf Schadenersatz wegen Nichterhaltung der Kündigungsfrist vor Ablauf der Kündigungsfrist anzuhängen zu machen.

Andere Klagen geben dahin, daß der Schreiber die Vorauszahlung von 270 bis 3 Mark Gerichtslosten vor der Aufnahme der Klage begehrte — ein diesbezügliche nicht direkt gesetzwidriges, aber sicher für schleunige Rechtsverfolgung höchst ungeeignetes Verlangen.

Arbeitern, die mit dem Innungsschiedsgericht als Kläger in Verbindung kommen, möchten wir den dringenden Rat erteilen, sich durch die falsche Rechtsbelehrung im Innungsbureau nicht verblüffen zu lassen. Den Bureaugehilfen geht es zwar nichts an, ob die Klage nach seiner Ansicht aussichtslos ist. Die Arbeiter mögen aber nicht verabsäumen, von ähnlichen Vorfällen ihrer Organisation Kenntnis zu geben, damit diese das Erforderliche gegen die Innungseinrichtung der Besetzung ihres Bureaus mit auf „Aussichtslosigkeit“ gestimmten Kräften bei der Gewerbeinspektion als Aufstufungsinstanz veranlaßt und den Schaden, den heute die Rechtsprechung der Innungsschiedsgerichte durch Rechtsverzögerung anrichtet, auf ein möglichst kleines Maß herabdrückt.

Der Hoffzettel eines Landarbeiters.

Unter zwei entsetzlich unwürdigen Verhältnissen die ländlichen Arbeiter leben müssen, davon legt folgender Brief eines pommerischen Gutstagselöhners an den Berliner Vorstand des Fabrik-, Land- und Häufelarbeitenverbandes ein geradezu hoffisches Zeugnis ab. Er lautet:

Poststempel: Penkun.

Abchrift!

Geehrter Herr, ich erlaube in meine Roth und immer eine Bitte um Hilfe oder Raht was ich machen sol, ich habe in Elektrischen Bahnhof zu Penkun gearbeitet und von 1. Oktober habe ich mit von einen Vermittler aus Berlin in ein Gut abtschieden lassen. Hier habe ich so schlecht das nicht zum aushalten ist, ich habe so schlechte Wohnung das kein Vieh im Winter nicht wohnen kann, den den diesen Monat hat meine Frau kleines Kind bekommen, kam die Hebam, da war in die Stube wie in Kisteler ich hatte kein bißchen Heizung, von 1. Oktober habe ich 6 Ctr. Weizen bekommen das ist schon lange zu sochen verbraucht, und jetzt wenn ich verlange Heizung den schiden sie einer zu ander, der Wittmeister zum Sapektor der Sapektor zum Hofmeister dabei haben sie niemals zeit, muß man 2-3 Stunden stehen bis ein Sal Tors bekommt, das muß auf ganze Woche reichen, das ist zu lochen sehr wenig und in Ofen heizen ist keine Hebe. Ich habe genommen 3 Sack Roggen 9 Ctr. Kartoffel und 10 Kart, das sind schon zwei Monate, meine Familie bin ich, Frau, und 8 Kinder, jetzt habe ich verlangt das sie mir was geben solen ich habe kein Lebensmittel kein Geld da hat mir der Sapektor gesagt ich habe schon mehr ausgenommen wie ich Verdienst habe, ich kan nicht weiter, ich war bei Amtsvorsteher und amtsgericht die wolen mir nichts helfen, ich wil nur das der Gutsherr mir entlassen soll.

Hier in diese Gegend ist kein Mensch wo ich mich wenden soll, ich wil nichts weiter nur sich von hier los machen darum möge ich bitten in meine Roth mir helfen von hier sich los machen.

Arbeiter August B.

in Gut Friedesfeld bei Penkun in Pommern.

Der Gutsherr heißt Vorherr.

Nachschrift: Wegen meinen Kontrakt hat mir der Vermittler gesagt er weiß nicht genau was für Kontrakt er mir geben soll, ich sol nur hin reihen und mit dem Gutsherrn selbst einen Kontrakt machen, ich kam dahin und habe ich von dem Gutsherr einen Kontrakt verlangt, hat er mir gesagt er hat von dem Vermittler einen Kontrakt bekommen, das hat mir der Sapektor vorgelesen, auf ganze Jahr 230 Mark, 36 Scheffel Roggen, 7 Ctr. Gerste, 40 Ctr. Weizen und Kartoffel, ich habe aber keine Kartoffel er hat mir 70 Ctr. versprochen und meine Arbeit ist als Pferdehelfer da muß ich jeden Morgens um 3 Uhr in der Stadt sein, ich habe auch zwei Junge die auch zur Arbeit gehen, die bekommen Lohn einer 60 und der Andere 50 Pfennig pro Tag, ich bin jetzt schon zweite Krank, die Frau war bei dem Gutsherr er soll mir nach Krankenhaus schiden, das wolte er nicht, Oder soll er uns entlassen, das wolte auch nicht, es ist noch viel mehr was zu befahren, ich kann das nicht fertig bekommen weil ich zu schlecht schreiben kann.

Ergebenst

August B.

Dieser in seiner Einfachheit und Ungelenkigkeit geradezu erschütternde Brief wirkt auf die elende Entlohnung und die mittelalterliche Abhängigkeit der pommerischen Gutсарbeiter ein Schlaglicht, wie es greller kaum zu denken ist. Man vergegenwärtige sich: ganze 230 M. Barlohn bekommt der Mann für ein langes, langes Jahr, und das bei einer Arbeitszeit, die morgens um 3 Uhr beginnt und spät abends endet. Feuerungsmaterial und Naturalien sind ebenfalls unzureichend. Jedoch nicht nur die Arbeitskraft des Mannes ruht der Gutsherr gegen solchen Zammerlohn aus, nein auch seine Kinder muß der Pferdehelfer ihm zur Ausnützung überliefern, und zwar für 50 und 60 Pf. Lohn pro Tag. Eigentlich berührt auch die ganze Art des Kontraktabschlusses. Der Inspektor verliest den Kontrakt und damit fertig. Nun ist der Arbeiter für das ganze Jahr gebunden und kein Gott befreit ihn davon. Weht er demnach, so muß er gewärtig sein, auf Grund der Besindeordnung zwangsweise wieder in den Dienst zurückgebracht zu werden, oder er steht einer Reihe von Strafmahnden resp. entprechender Haft entgegen. Das ist einfach die reine Sklaverei. Und da wundern sich die Agrarier noch, daß sich die Arbeiter aus den ländlichen Gefilden hinwegsehen. Auf alles will dieser Arbeiter verzichten, wenn ihm der Gutsherr nur laufen läßt. Aber er wird festgehalten. Der Gutsherr besteht auf seinem Kontrakt, und Amtsdorsteher und Amtsgericht helfen nicht. So zeigen sich uns die vielgerühmten „idyllischen“ Zustände auf dem Lande in ihrer nackten Wirklichkeit. Kein Wunder, daß die Agrarier eingefleischte Gegner des Koalitionsrechtes der Landarbeiter sind.

Kerzte und Krankenkassen.

In Düsseldorf bereitet sich ein Kampf zwischen Kerzten und Krankenkassen vor, der ein sehr erbitterter zu werden verspricht. Seit Einführung der freien Arztwahl sind die Ausgaben für Arznei und auch für Krankenunterstützungen in den Düsseldorfor Kreiskrankenkassen ganz enorm gestiegen. Die betreffenden Kassen sehen sich veranlaßt, entweder die Beiträge zu erhöhen oder die Familienversicherung fallen zu lassen. Jetzt kommen die Kerzte auch noch und verlangen den Abschluß von Verträgen auf die Dauer von fünf Jahren mit erhöhten Honorarätzen. Berufswürdigerweise werden nicht gleiche Sätze von den verschiedenen Kassen gefordert; während man bei einer Klasse 4.45 M. als Pauschale festsetzt, wird von einer anderen 5.83 M. gefordert. Dabei sind die jetzigen Sätze so hoch, daß man 77 Pf. für jede Konsultation in der Sprechstunde und 1.15 M. für den Besuch des Arztes im Hause des Patienten in Anrechnung setzen kann. Die Kassen wehren sich ganz energisch gegen das Vorgehen der Kerzte, und nahm eine Vertrauensmännerversammlung der organisierten Arbeiter Düsseldorf folgende Anträge an:

Es ist vom Gewerkschaftskartell eine Liste von 45-50 Kerzten aufzustellen, die der Arbeiterschaft zur Konsultation zu empfehlen sind, alle nicht in diesem Verzeichnis stehenden Kerzte dürfen nicht in Anspruch genommen werden.

Das Gewerkschaftskartell hat ferner in den Kreisen der organisierten Arbeiter für Aufklärung über die Kerzeforderungen zu sorgen und zu diesem Zwecke in der nächsten Zeit nach Möglichkeit Versammlungen zu arrangieren beziehungsweise für solche Referenzen zu bestellen.

Des weiteren ist eine besondere Kommission zu wählen, welche die Aufklärungsarbeit auf diesem Gebiete zu leiten und zu überwachen hat.

Ausbeutung und Mißhandlung von Kindern durch Gutbesitzer.

Eine Gerichtsverhandlung, die am Mittwoch vor dem Landgericht Dresden stattfand, legte Zeugnis von der entsetzlichen Ausbeutung von Kindern durch Gutbesitzer und der Dringlichkeit eines gesetzlichen Verbotes der Beschäftigung von Kindern mit Landarbeiten ab. Der Gutbesitzer Jähnen und dessen Frau wurden vom Schöffengericht in Lauenstein wegen gefährlicher Körperverletzung unter Ausschluß mildernder Umstände ersterer zu zwei Monaten einer Woche, und letztere zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Jähnen, ein hochkonterbatter Herr, war in der ganzen Umgebung von Dittersdorf dafür bekannt, daß seine Leute unter aller Würde von ihm behandelt wurden. Jähnen und seine Frau waren so verfahren, daß es ihnen manchmal kaum möglich war, Gefinde zu bekommen, denn außer un-menschlicher Behandlung waren die gezahlten Löhne — Hungerlöhne. Das Gefinde, was dem Jähnen wirklich noch bekam, hielt denn auch nie lange aus, und das Wecheln mit dem Gefinde hörte gar nicht mehr auf. Der ganze Wirtschaftsbetrieb litt unter diesem fortwährenden „Kommen und Gehen“ außerordent-

lich; obgleich die Eheleute das wußten, dachten sie gar nicht daran, eine andere Behandlungsweise gegenüber ihrem Personal einzuschlagen. Sie kamen im Gegenteil auf einen Gedanken, der ihnen zum Verhängnis werden sollte. Die von ihnen gezahlten miserablen Löhne erschienen ihnen noch zu hoch, infolgedessen wollten sie sich auf die Kinderausbeutung legen. Zunächst erließ zu diesem Zwecke ein Inzerat, wonach zwei Kinder von einem „gutgeheuten Ehepaar“ in „liebvolle Pflege“ genommen werden. Und richtig meldete sich auf dieses verlockend schon klingende Anerbieten eine arme Arbeiterin aus Dresden. Da diese sich infolge anstrengender Arbeit nicht um ihre beiden Kinder kümmern konnte, so gab sie diese, ein Mädchen im Alter von neun Jahren und einen Knaben im Alter von 7 Jahren, zu Jährlingen in der Hoffnung, daß den beiden Kindern eine „liebvolle Pflege“ zuteil werden würde. Es wurde ausgemacht, daß die Mutter für die Kleidung weiter zu sorgen hat und daß dem Mädchen nach einiger Zeit ein monatlicher Lohn von 2 M. gezahlt werden soll. Für die armen Kinder begann aber damit ein reines Martyrium. Sie mußten Arbeiten ausführen, die sonst dem Gesinde zufielen. Die Ernährung der bedauernswerten Kinder war eine vollständig ungenügende, so daß sie in ihrer Entwicklung zurückblieben. Damit die Nebenarbeiten Gesinde ersparten, ließen sie die Kinder allerlei Arbeiten ausführen. Das Mädchen mußte im Winter bei strengster Kälte die Ställe ausmisten und auf dem Hofe Hühner waschen. Der siebenjährige Knabe mußte für den ganzen Viehbestand (zehn Kinder und zwei Pferde) das Futter herbeischleppen. Die beiden Kinder brachen manchmal bald unter der Last der ihnen auferlegten Arbeit zusammen. Nicht genug, daß die armen Kinder bis zur Erschöpfung arbeiten mußten, es setzte sogar bei jeder Gelegenheit Prügelein. Bei diesen Züchtigungen tat sich besonders die „liebvolle Pflegemutter“ hervor, die neben allerlei Mißhandlungsinstrumenten auch Stabfellen, Besenstiele oder was ihr sonst gerade zur Hand war, verwendete. Die Kinder waren infolge dieser unmenslichen Mißhandlungen am ganzen Körper mit Vesiken, Grindern und Wunden bedeckt. Am schlimmsten wurde das Mädchen geschlagen. Von der Nachbarschaft waren die Züchtigungen des öfteren beobachtet worden, bis es zu bunt wurde und die Sache zur Anzeige gebracht wurde. Es wurde gegen die „liebvolle Pflegemutter“ die Untersuchung eingeleitet und alles in vollem Umfange bestätigt gefunden. Die Mutter war ob dieser schrecklichen Mißhandlungen und miserablen Ernährung ihrer Kinder aufs höchste erregt. Das Schöffengericht erkannte auf die oben erwähnte Strafe, welche den beiden „Bestien in Menschengestalt“ noch zu hoch erschien und sie dieserhalb Berufung einlegten. Das Landgericht in Dresden stellte jedoch fest, daß sich das Ehepaar einer ganz schlimmen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes schuldig gemacht habe und daß eine empfindliche Strafe am Platze sei. Die Berufung wurde deshalb verworfen. Es läßt sich gegenüber der empörenden Ausbeutung, der körperlichen, geistigen und sittlichen Verleumdung, der die armen Kinder durch die „lieben Pflegemütter“ angesetzt waren, nicht behaupten, daß die Strafe eine „empfindliche“ war. Die Abscheulichkeit des Vorgehens der konservativen Gutsherrschelente hätte erfordert, daß sie wegen gemeinen Mordes und wegen gemeinschaftlicher systematischer Mißhandlungen, begangen mittels gefährlicher Werkzeuge, zu weit höheren Strafen und mit Ehrverlust bestraft wären. Aber nicht die geringe Strafe, nicht der einzelne Fall, nicht das Martyrium der beiden wie geschilbert, mißhandelten sieben- und neunjährigen Kinder ist das traurigste an dem Geschilderten, sondern daß ähnliche Kinderausbeutungen auf dem Lande leider typisch sind und daß alle Bemühungen der Sozialdemokraten, diesen Schandfleck Deutschlands zu tilgen, bislang an der Macht zerstreut sind, die von reichen Gutsherrn der konservativen und der Zentrumspartei in Deutschland ausgeübt wird. Sind es doch auch gerade diese Parteien, die den den Landarbeitern gegenüber geübten Raub des Koalitionsrechtes gutheißen.

Aus der besten aller Welten!

Die Mitglieder der städtischen Wohnungskommission in Lechhausen (Oberbayern) kamen dieser Tage bei ihrem Kontrollgang in eine Wohnung, in welcher sich ihnen folgendes schreckliche Bild bot: Die „Wohnung“ besteht aus einem einzigen Zimmer, bestimmt für fünf Personen. In einer Ecke eine Schütte Stroh. Darauf liegt ein bleiches, hohlaugiges, aber noch jugendliches Weib, an ihrer Brust einen Säugling. In der Mitte des Zimmers sitzen zwei weitere Kinder im Alter von zwei und vier Jahren auf dem Boden. Sie schreien vor Hunger. Der übrige Inhalt des Zimmers besteht aus einem Kuchtopf, einer alten Kiste und etwas Unrat — sonst nichts! Aus allen vier Ecken greinst fürchterlich das Elend!

Aus Industrie und Handel.

Preiswuchertaktik.

Wir wiesen schon darauf hin, daß die augenblicklichen Preisrückgänge nicht ganz unbefangenen von planmäßigem Vorgehen sein dürften und daß sie bewußt dem Zwecke dienen sollen, den Bestrebungen auf Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr entgegenzuwirken. Das wird nun durch die „Deutsche Fleischzeitung“ bestätigt: sie schreibt:

„Der Rückgang der Viehpreise in den letzten Wochen ist nur darauf zurückzuführen, daß viele Landwirte mit der Deffnung der Grenzen bereits gerechnet haben und deshalb sich veranlaßt sahen, ihre Vorräte möglichst schnell zu verkaufen; andererseits ist er auch auf die Maßnahmen der landwirtschaftlichen Viehzentrale in Berlin zurückzuführen, um der bevorstehenden Interpellation im Reichstage zuvorzukommen.“

Man wird die Maßnahmen der Schweinepolitiker bei Besprechung der Interpellation über die Fleischnot gründlich unter die Lupe nehmen, damit die Regierung den faulen Zauber der Junker nicht dazu benutzen kann, die geforderte Deffnung der Grenzen als nicht mehr notwendig abzulehnen.

Zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag.

Dem deutschen Reichstag liegt bekanntlich eine Interpellation des Zentrumsgesandten Sped vor, in der dem Reichstagskanzler nachgelegt wird, einer illegalen Auslegung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags kräftig entgegenzuwirken. Der Vorwurf der Illegalität wird der schwedischen Regierung gemacht, weil sie den Transport der Eisenerze auf der Bahn nach der norwegischen Hafenstadt Karbil eingeschränkt habe. Zum enthält der deutsch-

schwedische Handelsvertrag allerdings einen Passus, der den Zweck hat, eine Einschränkung der Zufuhr schwedischen Erzes für die deutsche Eisenindustrie zu verhindern, doch verpflichtet er Schweden nur dazu, keinen Ausfuhrzoll auf seine Eisenerze zu legen. Eine gewisse Beschränkung des Erztransportes auf der Bahn nach Karbil besteht aber bereits, seitdem diese Bahn gebaut ist und das mußte wohl auch den deutschen Unterhändlern beim Abschluß des Handelsvertrags bekannt sein. Zu Speds Interpellation bemerkte unser Bruderorgan „Sozial-Demokrat“: „Fürst Biltow soll ihn (Sped) einfach darüber aufklären, daß, als die Bahn angelegt wurde, der schwedische Staat sich vorbehaltlich, ein Maximum des Exports zu bestimmen. Dieses Maximum ist seitdem von der Regierung auf eigene Verantwortung um weitere 300 Tonnen erhöht worden, mit Rücksicht auf die Kontinuität der Grubenarbeit. Aber daß Deutschland Anspruch erheben könnte, Schweden vorzuschreiben, wie hoch diese Zahl sein soll, das wäre doch wohl ein wenig zu unverschämlich selbst für Herrn Speds Appetit.“

„Göteborgs Handels- und Sjöfartstidning“ antwortet auf einen im Sinne der Spedschen Interpellation gehaltenen Artikel in Scherfs „Der Tag“:

„Nach diesen Ausführungen scheint es, als ob man in Deutschland vollkommen unwillig darüber wäre, daß zwischen den nordbottischen Grubengesellschaften und dem schwedischen Staat schon seit 1808 ein rein zivilrechtlicher Vertrag über die Regelung der Erztransportverhältnisse besteht, der unter keinen Umständen zu einer größeren Transportquantität als 1 200 000 Tonnen verpflichtet. In der Natur der Sache liegt es, daß dieser zivilrechtliche Vertrag nicht von internationalen Abmachungen über Ausfuhrzölle berührt wird. Das ist so selbstverständlich, daß die deutsche Presse gut läte, die Allgemeinheit zur Vermeidung fortdauernder Mißverständnisse möglichst bald darüber aufzuklären. Wir Schweden sind gewohnt, eingegangene Verträge loyal zu halten und können uns nicht grundlose Insinuationen des Gegenteils gefallen lassen.“

Löhne und Ueberschuß.

Die Gewerkschaft Steinlofenbergwerk Langenbrahm hat nach ihrer Abrechnung pro September und Oktober aus 50 673 Tonnen Kohlen eine Einnahme von 627 101 M. erzielt. Die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter stellt sich auf 274 914 M., der Nettoertragsüberschuß (zuzüglich 7213 M. sonstige Einnahmen) auf 207 716 M. Es ergibt sich demnach pro Tonne Förderung eine Einnahme von 12,37 M., Lohnkosten 5,42 M. und Nettoertragsüberschuß 4,09 M. Die Abrechnung führt weiter noch folgende Ausgaben auf: für die Wasserhaltung 10 648,66 M., für den Kompressor 15 738,87 M., für neue Dampfessel 11 924,94 M., für Sammin und Abschranlanol 6103,73 M., für die Lokomotivförderung 15 010,01 M., für Beamtenwohnungen 12 985,81 M., für Betriebsgebäude 16 000 M., für den Bahnhofsumbau 2292,25 M., für Förderwagen 1920,80 M., für Dampfmaschinen 2000 M., für Grundstücke 22 644,60 M., für die Arbeiterkolonie in Bergerhausen 1000 M., für den Ventilator 250 M.

Der verhaftete Polizeikommissar. Der Prokurist des Bankgeschäfts Erich Niesel in Leipzig, der ehemalige preussische Polizeikommissar Dittmann, wurde verhaftet. Es soll sich um Unterschleife handeln. Die Geschäftsbücher sind beschlagnahmt. Das Bankhaus befaßt sich in der Hauptsache mit Darlehensvermittlungen und unterhielt über das ganze Reich Verbindungen.

Geschäftsergebnisse. Die Dividende der Selsentlicher Bergwerksgesellschaft für das laufende Jahr wird auf 12 Proz. geschätzt (11 Proz. im Vorjahr). Die Generalversammlung der Alandberger Portlandwerke setzte die Dividende für das letzte Jahr auf 12 Proz. fest. — 10 Proz. erhalten die Papierinhaber der Deutschen Eisenbahn-Eisenwerksgesellschaft. — Die Aktionäre der Westfälischen Drahtindustrie in Hamm genehmigten sich eine Dividende von 15 Proz. — Die Preussische Zentral-Bodenkredit A.-G., die für das vorige Geschäftsjahr 9 Proz. verteilte, schüttet diesmal 11 Proz. aus. — Die Besitzer von Aktien der Dortmunder Union-Brauerei sollen neben 20 Proz. Dividende, auch noch einen Gewinnanteil von 50 M. pro 1000 M. Aktien erhalten.

Curlo droht. Der Gehälfe des Ministers des Innern Curlo, dessen Absetzgedüch nach Meldung der Blätter unabhängig von dem Ergebnis der Getreidelieferungsangelegenheit angenommen werden wird, erklärt heute in einer Zuschrift an die „Kowoje Wremja“, daß er nach Abschluß der Unterhandlungen gegen die Verfasser der in den Blättern veröffentlichten Mitteilungen über die Lidwall-Angelegenheit die Verleumdungsklage anstrengen werde.

Aus der Frauenbewegung.

In die Eltern!

„Lasset uns unseren Kindern leben!“ Diese Worte Fröbels mühen eine Lösung für alle proletarischen Eltern werden, die ihrer persönlichen Verantwortlichkeit ihren Nachkommen und ihrer Klasse gegenüber bewußt geworden sind. Eine Lösung, der weitfassenden Bedeutung entsprechend, welche die Klassenlage und die geschichtliche Mission des Proletariats in sie hineinlegen.

„Lasset uns unseren Kindern leben“, was bejagt dies für die proletarischen Mütter und Väter anderes als: Lasset uns kämpfen, um der bürgerlichen Ordnung die Voraussetzungen für das leibliche und geistige Emporblühen unserer Kinder zu entreißen; Schutz gegen Wehrwölfdungen des Kapitalismus nach billigen Kinderfleisch; ein Heilmittel, das den zarten Körperchen und seelischen Kräften reine Luft und wärmenden Sonnenschein, verständnisvolle Fürsorge und belebende Heiterkeit gewährt; Eltern, denen die Ruhe, die Spannkraft, der Wille eignet, durch Selbsterziehung für die Aufgaben der Erziehenden befähigt zu werden; eine Schule, die Menschen bildet, statt lebendige Werkzeuge der kapitalistischen Produktion und Diener ihrer sozialen Ordnung.

Aber der Fröbelsche Spruch bejagt für die kämpfenden Proletarier noch eine andere Mahnung in sich: Lasset uns unsere Kinder zu Kämpfern für den Sozialismus erziehen, die mit klarem Auge und kraftvoller Hand das Banner zum Siege tragen, das der Tod unserer Hände entwindet. Lasset uns gegen alle feindlichen Gewalttaten der herrschenden Ordnung den Kampf aufnehmen um den Geist unserer Kinder.

Von den ersten Regungen seines Klassenbewußten Lebens an hat das Proletariat den Kampf für seine Kinder gegen die kapitalistische Ordnung aufgenommen. Viel später erst beginnen aber die Massen der sozialistischen Eltern sich auf ihre Pflicht zu besinnen, mit der Welt des Kapitalismus und ihren geistig verflachten Einflüssen auch um ihre Kinder kämpfen zu müssen. Langsam reißt die Erkenntnis heran, die im Kinde mehr steht als bloß den schmerzbedürftigen Pflanzling von heute; den unentbehrlichen, wehrfähigen Kampfgenossen von morgen. Langsam festigt sie sich

in die Tat um; in die bewußte, konsequente Erziehung der Kinder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung, zum Sozialismus. Viel ist in dieser Beziehung von sozialistischen Eltern vernachlässigt worden, und es sind wahrlich nicht immer die lässigsten Kämpfer und Kämpferinnen gewesen, die dadurch gegen ihre Kinder und ihre Ueberzeugung gesündigt haben.

Als Weltanschauung erfährt, muß der Sozialismus eine lebendige, fruchtbare Kraft für die Erziehung der proletarischen Kinder werden. Indem er mit unerschütterlicher Ebnarfe die äußersten Konsequenzen der modernen Gesellschaftswissenschaft wie der modernen Naturwissenschaft zieht, indem er geschichtlich gegeben sich aus der Theorie von Gelehrten in die Praxis des proletarischen Klassenkampfes umsetzt; bedingt er eine revolutionäre Stellung des Menschen zur Gesellschaft und Natur, schafft er seine eigene Philosophie und Ethik. Unter dem Druck des Ringens der Klassen, welches das Proletariat auf den aufsteigenden Ast der Entwicklung hebt, die Bourgeoisie dem absteigenden Ast derselben zuzieht, gerät er je länger je mehr und je schärfer in Gegensatz zu der bürgerlichen Weltanschauung. Seine Grundlage in der Seelenstimmung, der Geistesrichtung, der Willensbildung der proletarischen Kinder kann daher nicht früh und nicht klar genug gelegt werden.

In unseren Tagen aber wird die Erziehung der Kinder im Geiste des Sozialismus eine immer dringlichere Aufgabe. Unstreitig wird heute in wachsenden Kreisen des Proletariats empfunden, daß der Sozialismus sich nicht damit begnügen darf, Werkstoff und Fabrik zu erobern, daß er auch siegreich über die Schwelle des proletarischen Hauses treten, daß die Betätigung sozialistischer Gesinnung bei der Erziehung der Kinder beginnen muß. Es bedauert das mehr noch als bloß die sich vertiefende Erkenntnis von der ertelichen Pflicht: Instinkt und Bewußtsein für die Bedürfnisse des kämpfenden Proletariats. Das Suchen und Tasten nach Mitteln und Wegen, die Kinder in einer ihrer Natur angepaßten Weise in die sozialistische Weltanschauung einzuführen, der anschwelende Ruf nach sozialistischer Kinderliteratur können daher nicht furchtbar als Tageslaune und Tagesmode abgetan werden. Sie sind Symptome, daß das kämpfende Proletariat für neue Aufgaben neuer Werkzeuge und Rüstzeuge bedarf.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, ist die „Gleichheit“ vor zwei Jahren an den Versuch gegangen, durch eine „Kinderbeilage“ ein wenig zur Lösung der Aufgabe beizutragen. Als dem Organ der kämpfenden Proletarierinnen lag ihr der Versuch am nächsten. Die Proletarierfrau, welche das Leben ihrer Klasse bewußt mitleidet, empfindet besonders stark die Notwendigkeit, als Mutter eine Kämpferin zu sein, die um die Seele ihres Kindes mit der bürgerlichen Welt ringt. Der Versuch der „Gleichheit“ begegnete daher unter den proletarischen Frauen vielen Sympathien. Trostend ist er bis heute über die ersten bescheidenen Ansätze nicht hinausgekommen, den großen und schweren Anforderungen des gesteckten Zieles gerecht zu werden. Das ist zum Teil bedingt worden durch die geringen materiellen Mittel, die für den Versuch aufgewendet werden konnten, und durch die verhältnismäßig sehr kleine Zahl von Mitarbeiterinnen, die ihn mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Aber freilich; zum anderen, und zwar zum großen Teil sind die Schwächen des Versuchs begründet in den mancherlei inneren Schwierigkeiten der sich aufdrängenden Aufgabe selbst.

So haben verschiedene Umstände zusammengewirkt, daß der Versuch noch nach zwei Jahren Lücken und Mängel aufweist, die wir peinlich empfinden. Wir denken dabei an erster Stelle daran, daß die „Kinderbeilage“ so gut wie gar nicht den Kampf gegen die bürgerliche Geschichtswissenschaft aufnehmen konnte; daß sie die Biographie bedeutender Persönlichkeiten nicht gemäß der Wichtigkeit zu pflegen vermochte, die ihr dank der Macht des Beispiels für die Entfaltung geistiger und sittlicher Kräfte zukommt. Von anderen Mängeln zu schweigen.

Deswegen wagt man mit einem neuen Versuch: die Herausgabe der gesammelten zwei Jahrgänge der Beilage „Für unsere Kinder“. Wir entschließen uns zu ihm angesichts des wiederholten und immer stärker werdenden Drängens, die Kinderbeilage der „Gleichheit“ weiteren proletarischen Kreisen als denen der Abonnenten zugänglich zu machen; angesichts auch des lebhaften Wunsches der Genossinnen, die Nummern der Beilage gesammelt in die Hände ihrer Kleinen legen zu können. Was uns den Entschluß erwärmt hat, ist wahrlich nicht der Rückblick auf die wenig ermutigenden Erfolge, welche die früheren Versuche zur Schaffung sozialistischer Kinderliteratur gefunden haben, obgleich sie sämtlich Besseres verdient hätten. Es ist das Bewußtsein der Mängel, auf die wir bereits hingewiesen haben, und die in den gesammelten Jahrgängen noch schärfer in Erscheinung treten. Möchte die Unvollkommenheit des Versuchs Fähigkeiten und Willen lösen, welche dazu beitragen können, die Kinderbeilage der „Gleichheit“ künftighin immer mehr zu dem zu machen, was sie sein soll. Wir hoffen, daß die proletarischen Eltern neben den Schwächen des Versuchs auch Vorzüge finden, die ihnen die Kinderbeilage lieb machen werden.

Von der Ausnahme unseres Versuchs hängt es ab, ob derselbe nächstes Jahr, und zwar vervollkommenet, wiederholt werden wird. An den proletarischen Eltern, vor allem aber an den proletarischen Müttern liegt es, das Ihrige dazu zu tun, daß unsere bescheidenen Ansätze zur Schaffung sozialistischer Kinderliteratur sich kräftig weiterentwickeln.

Die Redaktion der „Gleichheit“.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg, Mittwoch, den 12. Dezember, 8 Uhr, im „Volkshaus“, Rosenstr. 8: Vortrag, Gen. Sidmer: „Die Interessen des weiblichen Proletariats.“
Lichtenberg, Montag, 10. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5/6. Vortrag: „Der Kampf um Recht.“
Schöneberg, Montag, 10. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Obit, Martin-Lutherstr. 51. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein: „Öffentliche Gesundheitspflege.“
Groß-Lichterfelde und Ang. Montag, 10. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Neifen, Groß-Lichterfelde, Chaussee 104.
Zehlendorf, Sonnabend, 8. Dezember, bei W. Ried, Karlstr. 12: Kränzchen. Eintritt 25 Pf. — Mittwoch, den 12. Dezember, 8 1/2 Uhr: Versammlung bei W. Ried, Karlstr. 12.

Wissenschaftlicher Zentralverein Humboldt-Akademie, Berlin W. Sonnabend, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der Aula des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums, Georgenstraße 30/31, der III. wissenschaftliche Abend statt. Vortragender ist Herr Dozent Dr. O. Schulz aus dem Gebiete: Politik und Sozialismus: „Die Welt- und Gesellschaftsauffassungen der politischen Parteien in Deutschland.“ Der Zutritt ist für alle frei.

Verein für die Interessen der Hausangehörigen, Unterhaltungsabend Sonntag, den 9. Dezember bei R. Rätz, Steglitzerstraße 85. Deklamation, Gesang und Tanz. Anfang 6 Uhr. Gäste willkommen.

Hauptgeschäft Bahnhof Börs, Bogen 9-10

Teures Fleisch Billige Seefische

Hoher Nährgehalt

Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft

Nordsee

Fernsprecher: Amt III, 8804

Prinzenstrasse 30

Seelauchs mit 20 Pl. im An-schnitt 25 Pl. Kabeljau ohne Kopf 33 Pfg., im An-schnitt 35 Pfg. Geräuch. Riesen-Lachsheringe 2 Stück 25 Pfg. Alle übrigen Sorten Seefische zu den billigsten Tagespreisen.

Bahnhof Alexanderplatz

Landsbergerstrasse 52

Wilmerstrasse 111

Potsdamerstrasse 112a, Telefon: Amt VI, 7100

Hof-Bahnhof Bülow-Str.

Hof-Bahnhof Prinzen-Str.

Sales-Office Berlin

Nikolaistrasse 22

Niederbarnimerstr. 14



Eröffnung
unseres Neubaues
Sonnabend, den 8. Dezember 1906
 morgens 9 Uhr

Kaufhaus

Paul Held Nachf.

162 Invalidenstrasse 162

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“

Lager-Einteilung

Elektr. Fahrstuhl durch alle Etagen

Elektr. Fahrstuhl durch alle Etagen

Parterre

Trikotagen
 Wollwaren
 Kurzwaren
 Passementerie
 Spitzen
 Korsetts
 Handschuhe
 Weisswaren
 Gürtel

I. Etage

Kleiderstoffe
 Leinenstoffe
 Baumwollwaren
 Seidenstoffe
 Gardinen
 Tischdecken
 Damen-Wäsche
 Schürzen
 Herren-Artikel

II. Etage

Damen-Konfektion
 Blusen
 Kostümröcke
 Kinder-Konfektion
 Damen-Putz
 Putz-Artikel
 Kinder-Mützen
 Tapisserien

III. Etage

Teppiche
 Linoleum
 Läufer

IV. Etage

Bettfedern
 Kontor
 Lagerräume

Zum Andenken an die Eröffnung unseres Neubaues
 erhält jeder Käufer während der Eröffnungswoche

Gratis

ein wundervolles Eröffnungs-Geschenk

Ausserdem beim Einkauf von 6.— Mark an

1 Pracht-Karton ^{enthaltend:} ^{1/2 Dutzend prima} **Linon-Taschentücher.**

Zur Landesorganisation der preussischen Sozialdemokratie.

Die wichtigste Frage, die den zu Ende dieses Monats in Berlin zusammentretenden preussischen Parteitag beschäftigen wird — die Frage der Landesorganisation — ist von solcher Bedeutung für das gesamte deutsche Parteileben, daß eine ausgiebige Erörterung in den Spalten des „Vorwärts“ wie in der gesamten Parteipresse wohl angebracht ist.

Eines ist dem Kritiker ohne weiteres zuzugeben — seine am Schluß vorgebrachten formellen Bedenken sind gerechtfertigt; aber sie sind als formell sehr leicht zu beseitigen. Da es sich hier nicht nur um die Heraushebung der leitenden Gesichtspunkte handelt, ist die Fassung der Abänderungsvorschläge nicht genügend durchgearbeitet worden, und zwar ohne Bedenken. Der Verlauf der Angelegenheit auf dem preussischen Parteitag wird sich ja doch folgendermaßen gestalten: Nach dem einleitenden Referat, das übrigens sonderbarerweise nicht einem Mitglied der von dem letzten Preustag mit der Vorlage eines Entwurfes betrauten Organisation von Groß-Berlin übertragen worden ist, werden — falls nicht der vorgelegte Entwurf eine En bloc-Akzeptanz erfährt — in einer Generaldiskussion die Gesichtspunkte festgelegt werden müssen, unter denen eine sofort zu wählende Kommission ihre Bearbeitung vorzunehmen hat; es wäre deshalb verfehlt, vorher die Sache bis zum letzten auszuarbeiten.

Nur bei der Form die Berechtigung der Kritik unbedingt angegeben werden, so muß sie inhaltlich als völlig verfehlt bezeichnet werden; und der Grund dieses Verfehls liegt klar zutage. Der Kritiker hat sich den Zweck der Preußenorganisation nicht klar gemacht: Wenn die preussische Landesorganisation, was ihr Zweck ist, der Partei nutzen soll, . . . schreibt der Kritiker. Nun ist es ganz gewiß, daß es Zweck der preussischen Landesorganisation sein muß, der Partei zu nutzen. Aber diesen Zweck hat auch jede Rede unserer Abgeordneten im Reichstag, jeder Diskussionsklub, jedes Flugblatt — es ist der allgemeine Zweck jeder irgendwie gerichteten Betätigung der Partei.

Die Umgestaltung der preussischen Verfassung und Verwaltung im Sinne der Sozialdemokratie. Jene die nächsten Schritte zur Verwirklichung dieses einen — freilich gewaltigen — Problems ins Auge zu fassen und in die Wege zu leiten, ist die einzige Aufgabe der preussischen Landeskonferenzen, und hierfür müssen sie allerdings einen „mit wirksamen Befugnissen und Mitteln ausgerüsteten preussischen Landesvorstand“ als Exekutivorgan haben, dessen Mitglieder sie gerade zu diesem Zweck wählen. Mit vollem Recht machte Genosse Sinace auf dem Preustag 1904 darauf aufmerksam, daß der preussische Parteitag dem deutschen Parteivorstande keinen Auftrag erteilen könne. Ganz energisch aber dürfte umgekehrt der deutsche Parteivorstand dagegen protestieren, daß unser Kritiker schreibt: „In den preussischen Landeskonferenzen und in der Landeskommission werden Organe geschaffen, die geeignet sind, als wertvolle Hilfsorgane des Parteivorstandes die Parteibewegung in Preußen . . . zu beleben usw.“ Eine Landeskonferenz, namentlich wenn sie entsprechend den Vorschriften des Entwurfes als unmittelbare und berufenste Vertreterin der größten deutschen Parteigenossenschaft zusammengesetzt ist, kann niemals ein Hilfsorgan eines Parteivorstandes sein, der selbst ja nur als freilich unentbehrliches

Hilfsorgan von einem Parteitag gewählt wird. Nimmt man an, daß der deutsche Parteivorstand in der Lage ist, auch noch die ganz besondere Aufgabe einer preussischen Landesorganisation zu bewerkstelligen, so muß diese Aufgabe auch auf dem deutschen Parteitag behandelt werden, der allein befugt ist, dem deutschen Parteivorstand Aufträge zu geben, wie auch dieser Parteitag allein in der Lage ist, den Vorstand seinen jeweiligen Aufgaben entsprechend zusammenzusetzen. Dazu bedarf es einer preussischen Landesorganisation überhaupt nicht. Um auf einen von ihr unabhängigen Parteivorstand „anregend und befruchtend einzuwirken“, beruft man keine Landeskonferenz aus einem Gebiet, das sich von Trier bis Remel, von Habersleben bis Rheslowitz erstreckt. Und kommt es für den deutschen Parteivorstand nur auf Hilfsorgane zur Lösung der preussischen Frage an — diese sind durch die allgemeine Organisation gegeben, die in Preußen streng durchgeführt ist, und wo es noch etwa hapern sollte, so wie so durchgeführt werden muß.

Ist man aber der Meinung, daß die preussische Parteigenossenschaft als solche — vertreten durch eine Landeskonferenz — zu der großen preussischen Frage Stellung nehmen muß, so muß man ihr auch ein ganz von ihr abhängiges, von ihr zusammengefügtes, von ihr kontrolliertes, von ihr beauftragtes Vollzugsorgan zugeben. Und sind die Aufgaben streng umschrieben, so kann es zwischen diesem Vollzugsorgan und dem Vollzugsorgan der deutschen Partei — nichts anderes ist der deutsche Parteivorstand — zu Zusammenstößen bei einigermassen gutem Willen nicht kommen. Dann ist es auch gar nicht nötig, daß die Angelegenheiten immer in zwei verschiedenen Körperschaften beraten und beschlossen werden müssen. Die Teilnahme eines Mitgliedes des deutschen Parteivorstandes am Landesausschuß soll, abgesehen von der gewiß wertvollen Mitarbeit, nur dazu dienen, „Gebietsüberschneidungen“ zur gegenseitigen Kenntnis zu bringen. Deshalb soll auch das Vorstandsmitglied nicht bei jeder Unstimmigkeit Einspruch erheben und die Zuziehung von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern bewirken können, sondern nur, „wenn ein Beschluß über den Kreis der preussischen Angelegenheiten hinausgehen oder dem Interesse der Gesamtpartei zu widersprechen scheint“; im übrigen muß sich das Parteivorstandsmitglied genau so überstimmen lassen wie die übrigen.

Gewiß wird niemand behaupten können, daß die vorgeeschlagenen Änderungen nun das Muster aller Vollkommenheit seien; gewiß wird auch so der Geschäftsgang nicht stets die gewünschte Schnelligkeit und Reibungslosigkeit haben. Wie aber auch nur der dreifache geschäftsführende Ausschuß des Entwurfes, der nicht an einem Orte vereint ist, schneller handeln, wie die Landeskommission, die gar auf 12 Orte verteilt ist, vor der Beschlussfassung ohne Reibung „mit dem Parteivorstande sich zu verständigen“ hat, ist unverständlich. Keines Erachtens sollte man eher auf jede besondere preussische Landesorganisation verzichten, als den schwersten Verlust gegen die Demokratie zu geben, indem man die preussische Parteigenossenschaft, als Landeskonferenz konstituiert, scheinbar sonderbar macht, ihr aber jede Fähigkeit, durch ihren Ausschuß zu handeln, nimmt.

Gerichts-Zeitung.

Zum Schimpf recht der Vorgesetzten.

An einer höheren städtischen Mädchenschule in Köln, welcher der Direktor Blumberger vorsteht, ist der Oberlehrer Dr. Riegler tätig. Riegler hatte nun den Direktor Blumberger wegen Beleidigung verklagt und behauptet, der Beklagte habe mit Bezug auf ihn in seiner Abwesenheit in einer Konferenz der festangestellten wissenschaftlichen Lehrkräfte des Instituts geäußert: „Sie wissen ja, was für einen Menschen wir im Kollegium haben. Ich könnte ihn in Köln totmachen. Ich kenne Tatsachen, die ihn umöglich machen können. Seine Mutter ist im Irrenhause geflohen und er selbst ist mit erblichem Wahnsinn belastet.“ — Der Direktor gab eine andere Sachdarstellung und das Provinzialschulkollegium, dem der Kultusminister beitrug, erhob den Konflikt und beantragte die Einstellung des Strafverfahrens gegen Direktor Blumberger.

Das Obergerichtspräsident erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Verfahren gegen Blumberger endgültig einzustellen ist. Der achte Senat ging davon aus, daß die von einem Lehrer Professor Schramm bestätigte Darstellung Doktor Blumbergers richtig sei. Danach seien verschiedene Lehrkräfte, die wegen des eigenartigen Wesens des Dr. Riegler mit diesem entzweit waren, noch ganz besonders erregt worden durch die in einem Korrespondenzblatt akademisch gebildeter Lehrer erfolgte Veröffentlichung einer vom Kläger beim Provinzialschul-

kollegium und beim Minister vergeblich erhobenen Beschwerde, die die Vorenthaltung zweier Gehaltszulagen und andere sachliche Angelegenheiten betraf, zugleich aber auch sehr viel Persönliches enthielt. So sei unter anderem mitgeteilt gewesen, daß der Privatkläger zu einem älteren Kollegen gesagt habe: „Betrachten Sie sich als geblödet.“ Nach Annahme des Senats seien nun die Lehrer und Lehrerinnen vom Direktor Blumberger nur zu jener Sitzung zusammenberufen worden, um sie zu beruhigen, um eventuellen Fälschungen und anderen unliebsamen Vorgängen vorzubeugen und die Schule wie die Stadt Köln vor Schaden zu bewahren. Allerdings habe Dr. Blumberger zu dem Zwecke aus einer ihm gewordenen Auskunft mitgeteilt, daß die Mutter des Privatklägers jahrelang in einer Nervenheilanstalt gewesen sei und daß sich die nervöse Erregtheit z. B. aus einer erblichen Belastung erklären dürfte. Und dem habe Privatkläger hinzugefügt, man könnte vielleicht später davon Gebrauch machen, was ja allerdings z. unendlich machen würde. Unter Abwägung aller Umstände komme der Senat zu der Überzeugung, daß der Direktor aus amtlichem Anlaß die Konferenz einberufen habe und daß eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse nicht nachgewiesen sei. Es müsse deshalb das Verfahren gegen Blumberger endgültig eingestellt werden.

Das Obergerichtspräsident würde die Beleidigungssache demnach nicht aufhalten haben, wenn umgekehrt in Bezug auf den Direktor oder den Kultusminister der Oberlehrer Dr. Riegler ähnliche Anschuldigungen geäußert hätte, wie die über ihn amtlich verbreiteten.

Vermischtes.

Auch ein falscher Hauptmann. In Rom entpuppte sich ein unler dem Verdacht der Spionage in Talamone verhafteter angeblich deutscher Hauptmann als ein Rüstgeneraler. Nachdem ihm die Aufnahmen der Festungswerke abgenommen worden waren, ist er wieder in Freiheit gesetzt worden.

Ein Sturm in England. Ein heftiger Sturm wüthet in Nord-England und Schottland und richtet große Verheerungen an. In Argill wurde durch den Sturm die große Station für drahtlose Telegraphie zerstört. Aus Liverpool konnten selbst große transatlantische Dampfer nicht aus dem Hafen, sondern mußten ihre Abreise verschieben.

Die Verurtheilung der östlichen Hemisphäre. Großes Aufsehen erregt ein Vorfall in der Lofoten Marine, welches jüngst zur Sprache gebracht wurde. Ein des Diebstahls verdächtiger Matrose soll gebunden, gelabelt und während einer ganzen Nacht an einem Balken aufgehängt und mit eisernen Ketten gequält worden sein. Der Mann sei gestorben. Es liefen schon häufig Gerüchte um über grausame Behandlung der Mannschaften durch die Unteroffiziere des Landheeres und der Marine. Ähnliche Beschwerden werden gegen Polizeibeamte in Tokushima erhoben.

Das Schicksal des Hauptmanns von Rönneid scheint doch manchen Leuten ein wenig das Gewissen gequält zu haben. Wenigstens vorläufig. Der Stadtmagistrat Rünbergs hat bisher die Ausweisungsbefugnis ziemlich rigoros gehandhabt, nicht nur gegen entlassene Sträflinge, sondern auch gegen arme Teufel, die in der Not gezwungen waren, die private Wildtätigkeit in Anspruch zu nehmen. Am Mittwoch hatte sich der Polizeifeld mit einem Antrage des Polizeireferenten zu befassen, der einen eben aus dem Puchthaus entlassenen Mann ausweisen lassen wollte. Ein bürgerlicher Rat verwies auf den Rönneider Hauptmann und fragte an, ob der Mann bereits Arbeit gefunden habe. Obwohl diese Frage verneint wurde, lehnte der Senat die Ausweisung dennoch einstimmig ab.

Wieder ein Erdbeben. Einem Telegramm aus Ringtown (St. Vincent) zufolge hat Mittwochabend ein Erdbeben stattgefunden, das 30 Sekunden anhielt. Diese beispiellos lange Dauer verfehle die Bevölkerung in Schrecken. Das Erdbeben wurde auch auf Barbados und noch heftiger auf Santa Lucia gefühlt.

Ein Felssturz. Ein mächtiges Felsstück verschüttete, wie aus Riba gemeldet wird, kurz nach dem Vordurchfahren der Post die Ronalestraße. Ein großer Teil des Felsstückes ist in den Garrafac gestürzt und hemmt den Schiffverkehr.

Eine Typhusepidemie ist nach Budapest Meldung im Ekanader Komitat ausgebrochen. Vier Ärzte sind der Krankheit bereits erlegen.

Große Schneemassen sind im ganzen östlichen Westfalen niedergegangen, auf weite Strecken sind die Telephonbrüche gerissen, in Dorford sind zwei Drittel des Stadtelephonnetzes zerstört.

Abgestürzt. Der 24jährige Gutsbesitzer Johann Wilhelm Wischofer ist bei einer Bergpartie in das Spital abgestürzt und totgeblieben.

Nach dem Inhalt der Interzelle übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Einzelverantwortung.

Theater.

Freitag, den 7. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr. Opernhaus. Sinfonieorchester der königlichen Kapelle. Schauspielhaus. Klein Dorrit. Deutsches. Das Wintermärchen. Welken. Der Schmetterling. Vorabend. Der Hahnenhieb. Anfang 8 Uhr. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Hochtourist. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Lübbers-Theater). Die rote Robe. Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfackel. Kleines. Die Feinde. Velling. Das Blumenboot. Berliner. Liselott. Neues. Die Condottieri. Römische Oper. Carmen. Neues. Florette und Patapon. Zentral. Laufend und eine Nacht. Lustspielhaus. Hulareisender. Deutsch-Amerikanisches. Am wilden Westen. Herr Hauptmann v. Köpenick. Thalia. Eine lustige Doppelde. Vellien. Holte Weber. Bernhard Hofe früher Carl Weiß. Die neue Welt. Trianon. Der Hausfreund. Walhalla. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Wretrapol. Der Teufel laßt dazu. Kasino. Die beiden Champlinol. Spezialitäten. Solles Caprice. Debut Fleischmann. Vajage. Spezialitäten. Reichshallen. Stimmiger Säger. Wintergarten. Spezialitäten. Urania. Theaterstraße 18/19. Am Theater abends 8 Uhr. Der jüngste Ausbruch des Vesuv. Sternwarte. Inselnstr. 57/62. Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Hujarenjieber.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Der Hochtourist. Schwan in 3 Akten von Kurt Straß und Max Real. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Hoffnung auf Segen.

Palast-Theater. Prater-Theater. Burgstraße 24. Kastanien-Allee 7/9. Massen-Vorstellungen — von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 — arrangiert von der 1831er Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin. Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent 8 Uhr.

Ferdinand Bonn Berliner Theater. Gastspiel Lucie Vierna. Liselott. Sonnabend: Sherlock Holmes.

Theater des Westens. Station Zoolog. Garten, Kunststr. 12. Abends 7 1/2 Uhr: Der Schmetterling. Fritz Werner a. G.

Neues Schauspielhaus. Freitag, den 8. Dezember: Die Hochzeitsfackel. Anfang 8 Uhr. Sonnabend nachm. 8 Uhr: Aschenbrödel. Abends 8 Uhr: Die Hochzeitsfackel.

Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 34. Flotte Weiber. Anfang 8 Uhr. Morgen 6 Uhr: Kinder-Vorstellung. Frau Hoff. Abends: Flotte Weiber.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.) Freitag, abends 8 Uhr: Die rote Robe. Schauspiel in vier Akten von Eugen Driegl. Deutsch von Anne St. Görz. Sonnabend, abends 8 Uhr: Donna Diana.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Die Condottieri. Morgen und folgende Tage: Die Condottieri.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Die Feinde. Sonnabend: Ein idealer Gatte. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Zentral-Theater. (Cyrette.) Abends 8 Uhr: Tausend und eine Nacht. Sonnabend 8 1/2 Uhr: Sauerwittchen. 8 Uhr: Vogelhänder.

Lortzing-Theater. Belleallianenstr. 7/8. Heute abend 7 1/2 Uhr: Der Waffenschmied. Abonnements gültig. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung: Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland. Abends 7 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann.

Komische Oper. Heute: Carmen. Anfang 8 Uhr. Sonnabend: Lakmé. Im 2. Akt: Indische Tänze. Sonntag nachmittag: Carmen. Abends: Hoffmanns Erzählungen. Montag: Figaros Hochzeit.

Residenz-Theater. Direction Richard Alexander. Zum Besten der Berunglückten in Armen und Witten: Heute zum erstenmal, Anfang 8 Uhr: Florette und Patapon. Schwan in 3 Akten v. W. Hennequin und Pierre Heber. Sonntagnachm. 5 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Brunnen-Theater. Direction: Bernhard Rose. Gesundbrunnen. Bahnhofsstr. 68. Das Mädchen von Heilbronn. Historisches Schauspiel in sechs Akten. Roseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Billetvorverkauf von 10—2 Uhr an der Theaterkasse.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

Rixdorfer Theater. Bergstraße 147. Sonntag, 9. Dez., nachm. 3 Uhr: Volksvorstellung: Die Jüdin von Toledo. Abends 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Zum 109. Male: „Im wilden Westen“ und der große Lacherfolg Herr Hauptmann v. Köpenick. Sonntagnachm. 8 Uhr, halbe Pr.: Ueber'n großen Teich.

Bernhard Rose-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Die neue Welt. Sonnabend nachm.: Max und Moritz. Sonntag nachm.: Der Glückner von Notre Dame. Montag: Ausgewissen. Dienstag: Das Käthchen v. Heilbronn.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Brannenstr. 16. Drei Tage aus dem Leben eines Spielers. Schauspiel in 3 Akten, von Hell. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Gärten und Vorgärten gültig. Sonnabend Extravorstellung: Auf riesigen Wägen: Königin Luise.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Donnerstag: Konzert, Theater, Spezialitäten. Jedes achtstündige Hefenspielfolge. Nach der Vorstellung: Gr. Tanz. Langzeitung: B. Sachs. Anf. Sonntag 6, Donnerstag 8 Uhr.

Bildschön. ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigem, jugendfrischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte: Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Hergmann & Co., Radebeul-Dresden allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd, à St. 50 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 7. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr:
Das anerkannte Sensations-
Programm und

Wil. H. Hill?

genannt
das Phänomen.

Feiner; zum erstenmal in Europa:
Moki-Indianer-Truppe

Unter anderem
**Der Adfentanz, Schlangen-
tänze usw.**

Außerdem: Esmilche Clowns und
Auguste mit ihren neuesten Wiken
u. die großartigen neuen Spezialitäten.
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungs-
Pantomime: Ein

Tag in Monte Carlo.

Sonntag: 2 Galanotst., nachm. 3 1/2 Uhr
Ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Apollo Theater

Die neueste Attraktion des Varietés:

Athletik-Klub.

Wahl von Julius Gindshofer.
36 Damen! 36 Damen!
Barra-Truppe, Burlesk-Truppe
musik. vom. Alt. von Paul Sander.
Dazu 8 erstklassige Spezialitäten
und Berlin im Omnibus.

Metropol-Theater

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollander. Dirigent Max
Koth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.

Massary. Wolf. Bender.
Giampietro. Josephi.

Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 9. Dez., nachm. 3 Uhr:
Ermäßigte Preise

Auf in's Metropol.

WINTER GARTEN

Vorletzte Woche!

Ruth St. Denis

die berühmte
indische Tänzerin.

und das neue Spezialit.-Programm.

Walhalla- Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.

Eine Varieté-Vorstellung einzig in ihrer Art.

60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Afrobaten Vordy
in ihren phänomenalen harmonischen
Spielen mit 3 Trommeln und Cymbeln.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Berlin

paß' auf!

Burleske in 2 Akten v. Leop. Oly.
Musik von Rudolf Nelson.
Zu den Hauptrollen: Josefina
Dora, Paulette van Roy, Georg
Kaiser, Martin Bendix.
Außerdem: Die glänzenden
Dezember-Spezialitäten.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr
Der Hausfreund.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Corradini Berlins Liebling.

Barsikow x Ellmann Duo.
Dazu: Großer Vortrefflich.
Die beiden Champignol
Sonntag 4 Uhr: Singvögelchen usw.

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Um 7,8 Uhr: Die größte
Tiger- u. Löwengruppe,
dressiert und vorgeführt vom
Dompieur Herrn Willy Poters.

Außerdem:
ROM. Sr. Origin. Musik.
Banton. in 7 Bild.
Bel. herborgeh.: Radium-Ballett.
Die großen Kampfspiele i. Zirkus
Caligula. Die Todesfahrt über
die gepflanzte Brücke. Plant
Allegorie in feinsten Licht-
und Wasserpielen.

Folies Caprice

Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.

Debut Fleischmann!

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von
10-2 Uhr u. b. Wertheim.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Anfang
Bisontags
8. Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci,

Kottbuser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
**Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger**
und Tanzkränzen.
Nächsten Sonntag:
Gr. Elite-Soiree.
(Durchweg neues Prog.)
Sonntag Beginn 5. Sonntag 8 Uhr.
Dienstag, 11. Dez.: Theater-Abend.
Der Leiermann und sein Pflegekind.

Welt-Ausstellungs- Biograph-(St. Louis)

Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater,

Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.

Das vollständig neue
Dezember-Programm.

Neu! Der Hauptmann v. Köpenick Neu!
großer Erfolg.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Grosso Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)
mit doppelgeringsten neuen Bett-
leinen, bessere Betten 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100 Mk.
Gustav Lustig, Berlin S.,
Prinzenstr. 6
Größt. Spezial-Geschäft Teutisch.

Angenaßt!

Noch immer die bill. Bezugs-
quelle für Monats-Anzüge,
Winter-Paletots u. Hosen,
von Bekannten und feinsten
Kavalieren angefaßt, ebenlo
neu, sehr leicht u. modern
gearbeitete, in neuesten Stoff-
mustern vorhanden. Herren-
und Knaben-garderoben.
Große Auswahl in Winter-
paletots u. warme Winter-
joppen. Ein gr. Post. einzelne
Häutchen, einzelne Westen und
einzelne Hosen zu sehr billigen
Preisen. Zu haben bei

Moldauer

Prinzenstraße 64
Ecke Annenstraße, im Laden.

Spezial-Hut-Engroslager.

Begründet 1873.
Neueste Moden der Saison
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeaux claquees.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Neue Königstraße 48, I Treppe.

Buggenhagen

Horitzplatz.
Jeden Freitag:
Gustav Gottschalk-Gesellschafts-
Konzert. Wunsch-Abend.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung.

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. - Billigste Preise.

Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik Otto Kreyssig

fest nur Brunnenstr. 83
Billigste Preise! Reparaturen gratis.

Von grösstem Interesse

für Jedermann! Aus einer Reihe von sachlich un-
wider-
legbaren Gründen müssen innerhalb 2 Jahren
Zucker, Kaffee, Getreide
sämtliche Lebensmittel
alle Gebrauchsartikel
um 100 bis
200 Prozent
im Preise
steigen!
Wer sich für diese gefährlichen Vorgänge im Wirt-
schaftsleben interessiert, verlange Proentlers Broschüre:
„Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zu-
kunft“. Vollständige Ausgabe in besserer Ausstattung
M. 2.-, Teil- und Volksausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch
alle Buchhandlungen (Komm. Otto Weber, Leipzig),
wobei auch Prospekte und Zirkulare umsonst abgegeben
werden, ausserdem sind solche direkt vom Herausgeber der
Broschüre, Kaufmann Michael Proentler in Würzburg, porto-
frei zu beziehen.

Rob. Richter

Mein seit 6 Jahren
Petersburgerstrasse 5
bestehendes Fischgeschäft
habe nach
Weidenweg 37
verlegt.

Monats-Garderoben-Haus

6 Prinzenstraße 6

Die schönsten
Herren-Winter-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.

Von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation; Prinzenstraße.

Lassen Sie sich nicht

durch ungläubliche Reklame verlocken
und kaufen Sie keine billige Zither, die
keine Stimmung hält. Ein solches Instru-
ment ist etwas fürs Auge, aber wertlos.
Wollen Sie wirklich Freude haben,
dann kaufen Sie sich die echte
**Menzenhauer
Guitarzither**

mit unterlegbaren Noten, welche
jedermann sofort spielen kann.
Preis M. 20.00 u. M. 25.00.
Vorsand franko mit schriftlicher
Garantie für 1 Jahr.

Zu haben in jedem besseren Musikhaus
oder direkt bei
Menzenhauer & Schmidt, Berlin,
Spittelmarkt 15.
Bei Einwendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Guitarzither
12 Noten gratis.

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Langenbeckstraße.
Berufskleidung
f. alle Zweige Industrie u. Gewerks.

Arbeiter- Berufs-Kleidung

I. Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3.
II. Geschäft: Kottbuserdamm 95.
Adolf Wecker.

Offertiere in nur feinsten Ware:
Hasen
große schwere für nur ... M. 3.00
große milde Kaninchen ... 0.90
Dich-Häuten von ... 4.00
Häuten ... 5.50

Gänse

192/16
Vfd. 60 u. 68 Pf. in vierter Auswahl.
Wegner, 80, Mariannenstr. 34.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das urfomische
Dezember-Programm.
Reul im Konzertsaal; Reul
u. Wondschneiderbrüder.
Seine Wiener Schrammeln
und sechs erstklassige Gesangskräfte.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.
Niederung zur Nachricht, daß
unser langjähriges Mitglied
Robert Schultze
nach schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des neuen St.
Johannis-Kirchhofs (Jungfer-
felde) aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
555 Der Vorstand.

Zentralverein für alle in der Nuthranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

(Filiale
Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Kollege
Dietrich Heyensodi
am Dienstag gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag,
den 7. Dezember, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Wohnung,
Bankstr. 31a, aus nach dem neuen
Johanniskirchhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
294/18 Der Vorstand.

Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Am 5. d. M. verschied unser
langjähriges Mitglied
Charlotte Matthes.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 8. nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
56/6 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau, unsere gute Mutter
und Großmutter
1858
Charlotte Matthes
geb. Moeller
am Dienstag, den 4. Dezember,
nach langem schwerem Leiden im
60. Lebensjahre verstorben ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
August Matthes, Putzer,
Dobbenhofenstr. 5.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. d. M., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben und unergelichen Mannes
und Vaters, unseres Schwiegeraters,
Schwagers und Onkels, des Hählers
August Heyden
lagen wir allen Bekannten, Freunden
Bekanntem, sowie den Kollegen der
E. Reichshausen-Hof-Pianosfabrik, dem
Städt. Musik-Orchester, den Herren
des 4. Reichstagswahlkreises (Wör-
litzer Viertel), den Mitgliedern des
Deutschen Holzarbeiterverbandes und
des Arbeitervereins zu Berlin (E. S.
Nr. 89) unseren herzlichsten Dank.
32082 Witwe Anna Heyden.
Robert Heyden nebst Frau.

Cigarren

In jeder Preislage
von 25.00-450.00 M. p. mille
zu Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
jetzt Friedrichstr. 105, I.
Illustrierte Preisliste gratis und franko.
Kein Laden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Hermann Rauch
am 5. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedrichsfelder
Kirchhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
160/20
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Witwe Friederike Mierke

nebst Kindern.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Sohnes
Georg
sprechen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten unseren
innigsten Dank aus.
Julius Heise und Frau
Barthstraße 58.
1515

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Wörlicher Viertel.)

Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse,
der Hähler
Alwin Brösel
nachhaltig Kottbusstr. 7/8 (Stahl-
bezirk 113a) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Ge-
meinde-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen die traurige
Nachricht, daß unser Kollege
Alwin Brösel
am 5. Dezember 1906 ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. d. M., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt. 194b
Die Kollegen der Pianoforte-
fabrik W. Hoffmann.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts. verstarb infolge
Unglücksfalles unser Mitglied, der
Drummenbauer
Wilhelm Weber
Rheinsbergerstraße 54.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag nachmittag in Steffin
120/78
Der Vorstand.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser braver Kollege
und langjähriges Vorstandsmit-
glied
142/20
Alwin Brösel
am Mittwoch, den 5. Dezember,
an den Folgen einer Operation
im Alter von 42 Jahren ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Arbeiter - Raucher - Bund Berlins und Umgegend.

Hiermit zur Nachricht, daß das
Bundesmitglied
Heinrich Bernhöft
aus dem Klub „Bauer Dampf“
am 4. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 7. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Kran-
kensaule Roßbl. nach dem neuen
Johanniskirchhof in Reinichen-
dorf-Bez. statt.
298/3 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Hermann Rauch
am 5. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedrichsfelder
Kirchhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
160/20
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Witwe Friederike Mierke

nebst Kindern.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Sohnes
Georg
sprechen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten unseren
innigsten Dank aus.
Julius Heise und Frau
Barthstraße 58.
1515

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchen-Versammlungen finden an nachfolgenden Tagen statt:

- Geschirrbranche: Mittwoch, den 12. Dezember.
- Treibriemenbranche: Sonnabend, den 8. Dezember.
- Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 13. Dezember.
- Militärbranche: Sonnabend, den 8. Dezember.
- Binoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 13. Dezember.
- Wagenbranche: Donnerstag, den 13. Dezember.
- Eisenmöbel-Branche: Donnerstag, den 13. Dezember.
- Sektion Charlottenburg: Sonntag, den 10. Dezember.

Zahlreichen Besuch dieser Branchensammlungen erwartet
158/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung. Einsetzer.

Sonntag, den 9. Dezember, in den bekannten Lokalen: **Bezirks-Sitzungen.**

Tages-Ordnung: Vorschläge zur Neuwahl der Kommission. Erster Bezirk tagt bei Merkowaki, Andreadstr. 26. Die Auszahlung der roten Karte findet von jetzt an beim Kaffeehaus Aug. Mittag, Bergmannstr. 110, statt.

Der Obmann.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonnabend, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. — Ausgabe der Billets zum Weihnachtsfest. 1907/14

Der Vorstand.

Bürstenmacher und Lederarbeiter.

Sonntag, den 9. Dezember 1906, mittags 12 Uhr, bei Wilke, Dammstraße 188:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Hilfsbrandgefahr in der Bürsten- und Lederindustrie. Referent: Arbeitersekretär Genosse G. Link. 2. Diskussion. Des Erscheinens aller Kollegen zu dieser Versammlung erwartet
98/5 Der Einberufer.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Berlin II.

Marmorarbeiter.

Freitag, den 7. Dezember 1906, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 270:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Kollegen! Erscheint sehr zahlreich in dieser Versammlung.
Die Ortsverwaltung. F. H. Dörner.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 105
Spezialarzt für Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Arbeiter-Gesang-Verein
finden die größte und beste Auswahl an Musikalien bei J. Günther, Verlag, Dresden, Ziegelstr. 24. Reichste Auswahlensungen zu allen Gelegenheiten. Katalog gratis.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr:

Außerordentl. General-Versammlung im Etablissement „Buggenhagen“ am Moritzplatz.

Tages-Ordnung: 1. Beschlussfassung über die dauernde Erhebung des Lokalaufschlages von 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder. 2. Beratung und Beschlussfassung über das neue Ortsstatut. 3. Akzeptierung der Anstellungsbedingungen. 4. Verbandsangelegenheiten. 26/14
Wahlrechtsbuch legitimiert!
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Industries-Festsälen, Beuthstr. 19/20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Wert der Verlängerung der Arbeitszeit. Referent: Redakteur Genosse Aug. Winnig-Hamburg. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist der wichtigsten Tagesordnung halber dringend notwendig. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. 47/20
Der Zweigvereinsvorstand. J. N. B. Kribow.
Die Versammlung der Sektion der Bouterträge fällt für diesen Sonntag aus, findet aber am Donnerstag, den 13. Dez., abends 8 Uhr, bei Wernau, Schweibitzerstr. 23/24, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 9. Dezember 1906, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114.

Fortsetzung der nicht erledigten Tagesordnung vom 18. November 1906:
1. Kassenbericht vom 3. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl der Revisoren. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Sonntag, den 9. Dezember 1906, nachmittags 5 Uhr, in A. Roocker Festsaal, Weberstraße 17:

Lichtbilder-Vortrag

des Direktors Herrn Grundmann über: Ein Blick und eine Wanderung durch den Menschen. Entstehung, Verhütung und Heilung der Lungen-, Nagen-, Herz- und Verdauungskrankheiten nach dem neuesten Stand der Wissenschaft. Erläutert durch farbige Lichtbilder. Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein, verbunden mit Tanz. — Eintritt 30 Pf. — Kinder frei. Alle Mitglieder, Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. 952/15
Die Ortsverwaltung.

Stola Muffen
etc. etc.
Nur eig. Fabrikat. Billige Preise. Große Auswahl. Spez.: Pelz-Jacken nach Maß. C. Hornung, Kürschnermeister, Alte Jakobstr. 87, III
Verkauf auch Sonntag.



„Berliner Arbeiter-Radfabriker-Verein“ Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 9. Dezember.
1. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Groß-Weiterfeld (Reifen). Start: Bülowstr. 59.
2. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Bernau. Start: Urbanstr. 7.
3. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Plessdorf (Reifen, Radstraße 12). Start: Parliamentsplatz.
4. 5. u. 6. Abt. nach Kaulsdorf. Starts: 4. Abt. 2 Uhr Rüttenersplatz. 5. Abt. 2 Uhr „Einkauf“, 6. Abt. 1 1/2 Uhr Oberbergerstr. 30 (Genssenstraße).
7. Abt. nach Hirschgarten.
8. Abt. nachmittags 2 Uhr: Bohlenweg am Start Bahstr. 8 bekenntgegeben. 28/11

Fertige Fries

Fenstermängel

8104L* Stück 2,25, 2,85, 3,35, 4,50

Portierenfries Mtr. 2-4,50

Proben franko.

Teppich-Haus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin Süden

Stolas
über 500 Stück (alle Pelzarten), sowie alle sonst. Pelzwaren.
Muffen, Kolliers
Nur eig. Fabrikat aus best. Material. Streng reell. Kein Zwischenhändler, daher sehr billig.
F. Kalman
Kürschnermeister.



75. Dresdenerstraße 75 vorn II, 2 Haus v. Thalia-Theater. Verk. auch Sonntags u. Wochentags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds. *

Wirksamen Widerstand
leisten Sie dem Fleischwucher, wenn Sie (statt Fleisch) Wild, Geflügel, Fisch- und Seefische genießen. Vergleichen Sie die Preise mit Ihren bisherigen Ausgaben für Schlachtereierartikel. Gänse, 7-11 pfündig, Hfd. 60 Pf., Enten, junge, von 2,00 R. an, Cüppenhühner von 1,50 R. an, Grieske, hartes Fleisch, Hfd. 80 Pf., Fischkaviar Hfd. 60 Pf., Schmorfleisch Hfd. 40 Pf. — Vorzüge dieser Annone erhalten extra harte junge Wildhasen (zum Ausbacken) für 2,75 R. Marga Zimmermann, Wild, Geflügel, Fische, Bellealliance-Platz 9a. Fernruf: Amt IV, Nr. 445. 1906



WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

Freitag und Sonnabend

Lebensmittel

Soweit der Vorrat reicht

Geflügel

1a Oderbrucher Fettgänse	Pfund	62	65	Pf.
1a Puten	Pfund	80		Pf.
1a Brathühner	Stück	1 ⁸⁵	1 ⁶⁰	1 ⁸⁰
1a Suppenhühner	Stück	1 ⁶⁰	1 ⁸⁰	2 ⁰⁰
Tauben	Paar			1 ⁸⁵

Wild

1a extra starke Hasen gestreift	Stück	2 ⁹⁰
1a starke Hasen gestreift	Stück	2 ⁷⁵
1a Hirschwild	Ragout	35 Pf.
	Blatt	60 Pf.
	Keule	80 Pf.
	Rücken	90 Pf.
Prima Rehwild	Keulen, Rücken u. Blätter zu billigstem Tagespreis	

Apfelsinen 1a Dtsd. 40 50 60 Pf.

Almeriatrauben Pfund 48 bei 5 Pfund 45 Pf.

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg. 9000L*
Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Nankori“

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus der Vortrag über „Einführungen in die Ideen des Sozialismus“ statt. Der Aufsatz ist unentgeltlich. Gäste willkommen.

Reinickendorf-Ost und West, Wilhelmstr.-Schönholz. Zu dem am Dienstag, den 11. d. M. stattfindenden Volksversammlung, die sich mit dem Heimarbeiterschlagenentwurf beschäftigt, findet am Sonntag, den 9. d. M. vormittags 8 Uhr, eine Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus statt; außerdem von der Genossenschaftsbücherei, Willestr. 62. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und Gewerkschaftsmitgliedes zu erscheinen. Gewerkschaftskommission, Abt. Reinickendorf. Im Auftrage des Ausschusses: Franz Otto, Reptmstr. 20.

Schadow-Blauenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet in Mönchsmühle bei Schnappe die fällige Wahlvereinsversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen H. Weber: „Rechnungs-Betrachtungen“. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Nieder-Schönhauser Genossen treffen sich bei Dider, Eichenstr. 70. Abmarsch 1 Uhr. Der Vorstand.

Borsigwalde. Sonntag, den 9. d. M., früh 8 Uhr, findet in Borsigwalde eine Flugblattverteilung statt. Treffpunkt im Vereinslokal bei Reuter. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Pankow. Am Sonntag vormittag findet eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich in den Bezirkslokale einzufinden. Die Bezirksführer haben die Flugblätter heute abend bei Abendroth, Mühlenstr. 25, ab.

Berliner Nachrichten.

Die „B. G. W.“ als Sieger.

Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat gestern das Zusatzabkommen zu dem Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Gesellschaft „Berliner Elektrizitätswerke“ angenommen. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses, dem der vom Magistrat vorgelegte Entwurf zur Vorberatung überwiesen worden war, referierte Herr Jacobi. Das kennzeichnete die Situation. Dem rührigen Schürer privater Erwerbsgesellschaften sah man es an, welche Freude es ihm war, der Versammlung namens des Ausschusses die Annahme empfehlen zu können.

Der Minderheit blieb nur übrig, noch einmal festzuhalten, daß der Gesellschaft „B. G. W.“ hier vom Magistrat und der Stadtverordnetenmehrheit ein Entgegenkommen gewährt wird, das nach Lage der Sache durchaus unnötig ist. Für die keine Gruppe der „Sozial-Fortschrittler“, die in dieser Frage mit der sozialdemokratischen Fraktion stimmte, sprach Herr Preuß. Er bekannte, daß durch die Ausschussberatung seine Bedenken nicht nur nicht widerlegt, sondern sogar noch verstärkt seien. Der auf dem Referentensitz thronende Herr Jacobi lächelte dazu; er wußte, wie gut er seine Leute an der Strippe hat. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion wurde noch einmal von unserem Genossen Singer dargelegt. Singer richtete scharfe Angriffe gegen den Magistrat, der in seiner Vorlage die rechtliche Lage, die für die Stadtgemeinde durchaus günstig ist, mit keinem Wort erwähnt hat. Im Ausschuss hat der Oberbürgermeister erklärt, daß auch er und die Mehrheit des Magistrats die Rechtsauffassung teile, die schon in der ersten Lesung von Singer vorgetragen worden war. Aber der Wunsch vor einem langen Prozeß hat den Magistrat bewegen, sich den Wünschen der B. G. W. zu fügen. Singer quälte dieses Verhalten, dieses Zurückweichen vor den Schrecknissen der B. G. W., die doch niemand ernst nehmen könne.

Herr Oberbürgermeister Kirchner suchte diese Vorwürfe zu entkräften. Seine Verteidigung war matt. Auch der Versuch, die für die Stadt abgesehen zu erwartenden Vorteile dieses Zusatzabkommens in ein möglichst helles Licht zu rufen, gelang ihm schlecht. Da hatte Herr Jacobi sich besser auf dieses Geschäft verstanden. Unter den Rednern der Mehrheit, die für die Annahme sprachen, war Herr Rosenow („Neue Linke“) der merkwürdigste. Er versicherte, am liebsten hätte er es gesehen, wenn überhaupt niemals ein Vertrag zwischen Stadt und B. G. W. zustande gekommen wäre; aber jetzt stimme auch er für das Zusatzabkommen. Auch bei ihm hatten die Schreckschüsse der B. G. W. ihre Wirkung getan.

Für die „bengalische Beleuchtung“, durch die der Freisinn solche Aktionen zu verklären liebt, sorgte schließlich Herr Jassel. Er pries die Weisheit der Stadtverordnetenmehrheit, und dann erfolgte die Annahme des Abkommens mit 82 Stimmen gegen 36. Die klugen Geschäftsleute der B. G. W. haben's erreicht: die Stadtgemeinde hat sich ohne Gegenwehr unterworfen!

Das Heimarbeiterschlagen

Als am kommenden Dienstag Gegenstand der Erörterung einer Anzahl von Versammlungen sein, in denen zugleich die Notwendigkeit gesetzgeberischen Eingreifens nachgewiesen wird und entsprechende Forderungen an die gesetzgebenden Körperschaften aufgestellt werden sollen. Wie notwendig auf dem Gebiete der Heimarbeit ein solches Eingreifen ist, hat bereits der weite Kreis der vor Monaten stattgefundenen Heimarbeiterschlagen zur Evidenz bewiesen. Damals waren es große Teile des Bürgertums, die sich eines Heimarbeiterschlages nicht verschließen konnten. Seit der Zeit ist es in diesen Kreisen wieder sehr still geworden, und will die Arbeiterschaft etwas Positives erreichen, so muß sie selbst Hand anlegen. Mit schönen salbungsvollen Redensarten wird der Arbeiterfrage nicht geholfen; Latein müssen folgen. Es gilt dafür Sorge zu tragen, daß die Gesetzgebung auf wirksame Maßregeln auf diesem Gebiete hingedrängt wird. Damit, daß das recht erdrückende Geschehen, muß darauf gesehen werden, daß die gesamten Dienstagsversammlungen sich zu einer großen Kundgebung gestalten. Zu diesem Zwecke findet am Sonntag eine Flugblattverteilung statt, an welcher sich die Partei- und Gewerkschaftsorgane recht zahlreich beteiligen wollen. Es müssen immer weitere Kreise zu der Erkenntnis gebracht werden, daß den Heimarbeitersklaven, die in erster Linie auf ihre gewerkschaftliche Organisationspflicht hingewiesen sind, eine wirksame gesetzliche Hilfe zuteil werden muß. Hülfe zu diesem Zwecke jeder gewerkschaftlich und politisch organisierte Genosse am Sonntag recht tatkräftig mitzubringen.

Die Wertzuwachssteuer.

In der gestrigen siebenten Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses zur Vorberatung der Magistratsvorlage betreffend eine Wertzuwachssteuer wandte sich die Debatte zunächst wieder dem in der vorigen Sitzung bereits diskutierten und angenommenen Antrag der Hausbesitzer zu, nach welchem aller Wertzuwachs, der vor dem 1. August 1907 entstanden ist, für die Berechnung der Steuer außer Ansatz zu bleiben hat. Die Antragsteller waren zweifelhaft geworden, ob in Rücksicht auf die neu beschlossene Grundsteuer überhaupt ein bestimmter Termin eingehalten werden könne oder ob man den 1. April 1908 als Ausgangspunkt festsetzen müsse.

Von unseren Genossen wurde ausgeführt, daß diese Debatte sich um ein belangloses Formale drehe; ob man das Jahr 1907 oder 1908 einziehe, ob man die Bestimmung in Bezug zur neuen Grundwertsteuer sei vollkommen gleichgültig. Maßgebend bleibe, daß durch den sachlichen Inhalt der bereits angenommenen hausbesitzerischen Anträge die Vorlage eine Haftung erhalten habe, daß selbst die Freunde der Vorlage sich sehr ernsthaft zu überlegen haben würden, ob sie solcher Steuerordnung überhaupt zustimmen könnten. Der Oberbürgermeister schloß sich diesen Ausführungen vollständig an; er hätte dem grausamen Spiel im Ausschuss durch Zurückziehung der Vorlage schon längst ein Ende gemacht, wenn er nicht noch die Hoffnung hegte, das Plenum der Versammlung könnte anders entscheiden wie der Ausschuss.

Eine eingehende Debatte entspann sich sodann über die von unseren Genossen zu dem Steuertarif gestellten Anträge. Durch diese Anträge sollte bewirkt werden, daß die niedrigen Steuerätze der Vorlage bei allen Eigentumsübergängen auch wirklich erhoben werden, was nach der Magistratsvorlage nur in Ausnahmefällen geschehen würde, und daß bei allen Spekulationsverträgen und in den Fällen, in denen in kurzer Zeit große Gewinne erzielt werden, Zuschläge zu diesen Steuerätzen gemacht werden. Die Anträge wurden abgelehnt, trotzdem auch von den Gegnern zugegeben werden mußte, daß sie die Logik für sich hätten.

Erfolgreicher waren die Bemühungen unserer Genossen, den sogenannten alten Besitz schärfer zu fassen. Hier wurden die Steuerätze heraufgesetzt und eine Bestimmung angenommen, die in juristisch unangenehmer Form zum Ausdruck bringt, daß bei der Veräußerung solchen alten Besitzes für die Berechnung der Wertzuwachssteuer nicht etwa die Differenz zwischen dem gemeinen Wert zur Zeit des letzten Erbübergangs und dem Verkaufspreis an Dritte, sondern die Differenz zwischen dem Anschaffungspreis des ersten Erbläufers und dem Verkaufspreis an Dritte maßgebend sein solle.

Die Beratung der übrigen Paragraphen mußte abgelehnt werden, da zu dieser wieder umfangreiche Änderungsanträge der Hausbesitzer eingegangen waren, deren Tragweite niemand im Augenblick übersehen konnte.

Als heitere Episode sei noch bemerkt, daß auf eine Bemerkung des Oberbürgermeisters, er glaube nicht, daß in irgend einer Kommunalabteilung bei der Beratung solcher Vorlage derartige Spitzfindigkeiten hervorgekehrt würden wie bei uns, einer der Antragsteller in längerer Rede ausführte, wir ständen am Rande des Abgrunds; soziale Revolutionen und Kriege könnten jeden Augenblick ausbrechen, da sei es die Pflicht der Hausbesitzer, diese so schädliche Wertzuwachssteuer mit allen nur möglichen Kautelen zu umgeben!

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwochabend mit einem Antrag aus Handlungsgehilfenkreisen, betreffend Vermeidung der bis auf weiteres festgesetzten Tage, an denen offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium gerichtet und von diesem sowohl der Gewerbe-Deputation wie auch der Handelskammer und den Vertretern der Kaufmannschaft zur Ausfertigung vorgelegt worden. Die beiden letztgenannten Korporationen haben sich gegen den Antrag erklärt. Anders stellte sich die Gewerbe-Deputation. Sie beschloß, beim Polizeipräsidium darauf hinzuwirken, die Zahl der Tage, an welchen offene Verkaufsstellen bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen, von 15 auf 10 im Jahre herabzusetzen. Diese Herabsetzung kann jedoch, falls das Polizeipräsidium zustimmt, erst im Jahre 1908 eintreten, da für das Jahr 1907 bereits 15 Tage festgesetzt sind.

Eine Petition der Heimarbeiter um Befreiung von der Zahlung der Handwerkskammerbeiträge für diejenigen Gewerbetreibenden, welche der Regel nach weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen, wurde dadurch erledigt, daß beschlossen wurde, die genannten Beiträge künftig nur von den gewerbesteuerpflichtigen Betriebsinhabern einzuziehen. — Zur Gewerbe-Deputation werden bekanntlich nur solche Unternehmer veranlagt, deren Einkommen mindestens 1500 M. jährlich beträgt.

Die hiesige Väterkammer „Germania“ plant, wie wir bereits berichteten, die Errichtung einer Innungs-Krankenkasse. Hierzu hat der Gesellenausschuß seine Zustimmung verweigert. Auch die Gewerbe-Deputation hat bereits zweimal die Ergänzung dieser Zustimmung verweigert. Auf Antrag der Innung hat nunmehr der Oberpräsident die Zustimmung zur Errichtung der Innungs-Krankenkasse erteilt.

Der Wunsch der meistbeteiligten Gesellen, welche Mitglieder der Krankenkasse bleiben wollten, und der von der Gewerbe-Deputation volle Beachtung fand, hat also beim Herrn Oberpräsidenten seine Berücksichtigung gefunden. Die Gewerbe-Deputation hatte zur Begründung ihres ablehnenden Standpunktes u. a. angeführt, daß sie nicht dazu beitragen könne, die auf bestehende Krankenkasse durch Gründung einer Innungs-Kasse zu ruinieren. Der Oberpräsident erwiderte hierauf, daß ja nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Krankenkasse schon mit 100 Mitgliedern zulässig sei. — Auch ein Standpunkt!

Trotz dieses Oberpräsidentenscheides lehnte die Gewerbe-Deputation hierauf einen Antrag der zweiten Berliner Väterkammer „Konordia“, welche für die bei ihren Mitgliedern beschäftigten Arbeiter ebenfalls eine Innungs-Krankenkasse gründen will, hierzu aber auch nicht die Zustimmung ihres Gesellenausschusses finden konnte, ab. Der Antrag ging ebenfalls dahin, die verweigerte Zustimmung des Gesellenausschusses durch die Gewerbe-Deputation zu ergänzen. — Erteilt nun der Oberpräsident auch hier, trotz des ablehnenden Verhaltens der Gewerbe-Deputation seine Zustimmung, so werden wir das ergötzliche Schauspiel erleben, neben der Orts-Krankenkasse im Weichler Vätergewerbe noch zwei Innungs-Krankenkassen bestehen zu sehen. — Im Gegensatz zu der vom Oberpräsidenten geforderten weiteren Zersplitterung der hiesigen Krankenkassen sind diese Kassen bezw. ihre Mitglieder bekanntlich bestrebt, eine Zentralisation der Krankenkassen Berlins herbeizuführen; ein Bestreben, in dem sie auch von der Gewerbe-Deputation unterstützt werden.

Eine „Epidemie des Davonlaufens“! Ein Stöderblatt hatte mitgeteilt, in Berlin habe die Armenverwaltung in einem einzigen Jahre dreißigtausend eheverlassene Frauen zu unterrichten gehabt. In diesem tolen Unsinne machten wir (in Nr. 280) die Bemerkung, da sei wohl die Zahl der Unterstüpfportionen gemeint, die im Laufe eines ganzen Jahres an eheverlassene Frauen gezahlt worden sind. Erst jetzt antwortet uns das Blättchen. Es möchte uns glauben machen, daß tatsächlich in einem einzigen Jahre annähernd 30 000 verschiedene Frauen dieser Art von der Armenverwaltung unterstüpf worden seien. In überlegenem Tone glaubt es uns belehren zu sollen, daß die Armenverwaltung ja nicht nur laufende, sondern auch einmalige Unterstüpfungen zahlt. Nun werde gerade den eheverlassenen Frauen fast immer nur eine einmalige, viel seltener eine laufende Unterstüpfung bewilligt. Daraus folge, daß die weit überwiegende Mehrzahl derartiger Frauen von Monat zu Monat wechselt. Mit einem Wort: es bleibt bei den 30 000.

30 000 „eheverlassene“ Frauen in einem einzigen Jahr! Berlin, was bist Du doch für ein Sündenpfuhl! Anfang 1905 gab es hier, nach Berechnungen des Statistischen Amtes, 388 000 Ehefrauen. Wüßten hätte im Laufe des Jahres etwa jede 13. Berliner Ehefrau von der Armenverwaltung als „eheverlassene“ unterstüpf werden müssen. Schrecklich, nicht wahr? Doch gemacht: Die Sache soll, nach der Versicherung der Stöderleute, noch viel schrecklicher sein. Wir hatten aus jener Mitteilung nur die Zahl 30 000 herausgegriffen und waren auf den sonst noch darin enthaltenen Unsinne nicht weiter eingegangen. Jetzt wird aber von dem Stöderorgan auch der andere Unsinne wiederholt und ausdrücklich aufrecht erhalten. Die 30 000 Frauen sind eigentlich nicht „eheverlassene“, sondern haben — so behauptet das Blättchen — größtenteils selber die Ehe verlassen. In jener ersten Notiz las man: „Die weit überwiegende Mehrzahl dieser 30 000 Frauen ist ihren Männern davon gelaufen“. Und jetzt wird über die 30 000 aufs neue berichtet, daß „meistens sie selber dem Manne davonlaufen“, und daß „in der Großstadt das Davonlaufen der Weiber geradezu epidemisch geworden ist“. Aus der Tatsache, daß diese „eheverlassenen“ Frauen meistens selber davon gelaufen seien, aber dann sehr bald wieder mit dem Mann zusammenlaufen, sei es auch zu erklären, daß man ihnen fast immer nur einmalige Unterstüpfung gewährt habe. Also: im Zeitraum eines einzigen Jahres hätte etwa jede 13. Berliner Ehefrau die Hälfte der Armenverwaltung deshalb in Anspruch nehmen müssen, weil sie selber ihrem Mann ausgetrennt war. O, diese Weiber! Was ist der Teufel?

Nein, der Teufel nicht — aber der Ehemann! Das Blättchen weiß nämlich noch zu erzählen, daß in diesen Ehen „fast überall der Alkohol Urheber des wirtschaftlichen und ehelichen Niederganges“ war; der Alkoholmißbrauch des Mannes habe die Frau zur Aushebung der Ehegemeinschaft gezwungen. Auch das stand schon in jener ersten Notiz und wird jetzt aufrecht erhalten. Der „Vorwärts“ habe diese Wahrheit nachweislich verschwiegen“, so schwagt das Blättchen. Es trifft leider zu, daß der Alkoholmißbrauch diese Ehen zerstört und Rot über viele Familien bringt. Aber die Stöder-Wahrheit, die wir unseren Lesern schon öfters enthalten haben, behauptete in dreifacher Uebertreibung, daß in Berlin in einem einzigen Jahre „die weit überwiegende Mehrzahl“ von „30 000“ Frauen den Männern davon gelaufen sei, nachdem „fast überall der Alkohol“ die Ehe zerstört habe. Wir hätten nicht geglaubt, daß der komplette Wüßmann, den jene Notiz aufstülpte, noch anderwärts als in Stöders Schreibstube erst genommen werden könnte. Aber wir sind ihm nachher auch in einem Moskoblatt begegnet, das die Notiz ohne ein Wort der Kritik wiedergab. Wird jetzt das Moskoblatt dem Stöderblatt auch das nachschlagen, daß in Berlin „das Davonlaufen der Weiber geradezu epidemisch geworden“ sei?

Die Eisenbahnkatastrophe auf der Ostbahn, bei welcher drei Streckenarbeiter den Tod fanden, beschäftigt auch die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I, weil die Frage, ob das Unglück durch ein strafbares Versehen des Kottenführers veranlaßt worden ist, noch nicht genügend geklärt erscheint. Bis zur vollständigen Aufklärung des Tatbestandes bleibt der Kottenführer vom Dienste befreit.

Für den Sicherheitsdienst für die Streckenarbeiter sind Maßnahmen getroffen, durch welche derartige Unfälle wie der vorgelegte vermieden werden sollen. Die Kottenführer sind mit Signalfarnern ausgerüstet und haben lediglich auf die Annäherung von Eisenbahnzügen zu achten. Für jedes Gleis existiert ein besonderes Signal, das jeder Bahnarbeiter genau kennen muß. Die Annäherung eines Zuges aus Richtung A, wird durch ein einmaliges Blasen, aus Richtung B, durch zweimaliges Blasen angezeigt. Kommen Züge gleichzeitig aus beiden Richtungen, so werden drei Warnungssignale gegeben. Der Kottenführer hat seinen Standpunkt so zu wählen, daß er die Bahnstrecke nach beiden Richtungen übersehen kann, und das Warnungssignal so zeitig zu geben, daß jeder Arbeiter Gelegenheit findet, ohne Ueberstürzung die gefährdete Stelle zu verlassen. In schwierigen Arbeitsstellen, das heißt im Sturzwengelande, wo ein Ueberblick nach beiden Richtungen nicht möglich ist, haben zwei Kottenführer die Aufsicht zu übernehmen.

Trotz dieser Vorkehrungsmaßregeln, die schon seit zwei Jahrzehnten in Anwendung sind, ist das Vorkommen von Katastrophen nicht so selten. Vor etwa acht Jahren wurden auf der Stadtbahn in der Nähe der Station Savigny-Platz fünf Bahnarbeiter, vor einigen Jahren in der Nähe von Wannsee vier Bahnarbeiter von Lokomotiven erfaßt und getötet. In beiden Fällen war das Unglück dadurch geschehen, daß infolge starken Nebels die Ankunft der Züge zu spät bemerkt wurde. Technisch scheint auch die Ursache des Unglücks auf der Ostbahn zu sein, wo der Fernblick durch den von mehreren Maschinen ausgestoßenen Rauch gehemmt war.

Guch im Aues standen die Preise zu der vorgelegten „Solome“-Aufführung im Opernhause. Es wird berichtet, daß die Bewerbungen um Willetts zu diesem Premierenabend zwanzigfach überzogen und daß für ein Billett 100 Mark gezahlt worden seien. Nicht viel anders war es in dieser Beziehung, als vor einiger Zeit Caruso, der italienische Tenor, im Opernhause auftrat. Bei dieser Gelegenheit waren schon Wochen vorher die Billetts vergriffen und es wurden 40 bis 50 Mark für einen Platz angelegt. Das Premierenpublikum, das das erstmalig überaus dabei sein muß, inausfern da nicht, wurden doch auch zu der Premiere Ende September im Metropolitantheater: „Der Teufel laßt dazu!“ für den schlechtesten Platz 25 Mark, für bessere bis 100 Mark geopfert. Das Publikum, das sich das leisten, gehört natürlich nicht zu der beschlossenen Klasse, die bei den heutigen teuren Zeiten nicht weiß, wie sie nur ihre notdürftigsten Lebensbedürfnisse befriedigen kann. Die Kreise, die sich solche Ausgaben leisten können, gehören in der Regel zu denjenigen, die sich über die Begehlichkeit der arbeitenden Klasse nicht genug entrüsten können.

Ein schweres Fahrstuhlunglück ereignete sich gestern vormittag in der Großen Frankfurterstr. 113. Dort war der in der Werkzeugmaschinenfabrik von Richard Weber angestellte Lagerarbeiter Theodor Hinz im vierten Stock des zweiten Quergebäudes damit beschäftigt, Waren auf den Fahrstuhl zu laden. Wüßlich geriet der Fahrstuhl in Tätigkeit und sauste in die Tiefe, den Arbeiter mit sich reisend. Ein lautes Krachen, verursacht durch das Aufschlagen des Fahrstuhles in dem Keller, alarmierte die übrigen Arbeiter zur Hilfeleistung. Hinz lag blutüberströmt am Boden. Die herbeigerufene Feuerwehre schaffte den Unglücklichen, der verheiratet und Familienvater ist und in der Schornweberstr. 56 zu Wilmersberg wohnt, sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Hier liegt er schwerkrank daneben, doch glauben die Ärzte, ihn am Leben erhalten zu können. Der Beobachtere wurde erst jetzt fünf Wochen in der Fabrik tätig. Die technische Untersuchung des Fahrstuhles wird eingeleitet.

Gegen das gewerbliche Durcheinander der Gastwirte wendet sich eine Eingabe, welche die hiesige Kreisverordnetenversammlung in ihrer heutigen Sitzung, wie die „Allg. Fleischer-Zeitung“ meldet, an das Polizeipräsidium abzugeben beschloß. In diesem tolen Unsinne machten wir (in Nr. 280) die Bemerkung, da sei wohl die Zahl der Unterstüpfportionen gemeint, die im Laufe eines ganzen Jahres an eheverlassene Frauen gezahlt worden sind. Erst jetzt antwortet uns das Blättchen. Es möchte uns glauben machen, daß tatsächlich in einem einzigen Jahre annähernd 30 000 verschiedene Frauen dieser Art von der Armenverwaltung unterstüpf worden seien. In überlegenem Tone glaubt es uns belehren zu sollen, daß die Armenverwaltung ja nicht nur laufende, sondern auch einmalige Unterstüpfungen zahlt. Nun werde gerade den eheverlassenen Frauen fast immer nur eine einmalige, viel seltener eine laufende Unterstüpfung bewilligt. Daraus folge, daß die weit überwiegende Mehrzahl derartiger Frauen von Monat zu Monat wechselt. Mit einem Wort: es bleibt bei den 30 000.

Ein gefährlicher Erpresser und Splüßhabe ist in der Person des schon mehrfach vorbestraften „Privatiers“ Lüdewich festgenommen worden. Vor einigen Tagen befand sich ein hier beschuldigt: weilender Amerikaner in der „Bühnenharmonie“ und lernte dort den L. kennen, der sich dem Ausländer angeschlossen und ihn schließlich bei nach seiner Wohnung begleitete. Dort angekommen, forderte Lüdewich den Fremden auf, ihm sofort sein Geld und seine Wertgegenstände auszuhandigen, da er ihn sonst unter der Beschlagnahme, sich

gegen den § 175 vergangen zu haben, anzeigen werde. Der geängstigte Amerikaner, der mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraut war, ließ sich verführen und gab dem Expreßler Uhr, Kette und den etwa 70 Mark betragenden Inhalt seines Portemonnaies. Hiermit war jedoch Wüdemeyer nicht zufrieden, er forderte vielmehr von seinem Opfer die Zahlung eines weiteren Betrages in Höhe von 100 Mark, den er sich am folgenden Mittag abholen wollte. Nachdrücklich erstattete der Geprüelte Anzeige bei der Kriminalpolizei, und dieser gelang es gestern, den L. in einem großen Restaurant im Westen Berlins zu ermitteln und festzunehmen.

Eine Bullenjagd auf einem Begräbnisplatz. Ein aufregender Vorfall ereignete sich Mittwoch vormittag auf dem jüdischen Begräbnisplatz in Weihenfeld. In der König-Chauffee war ein Bulle beim Beladen entlaufen und rannte, verfolgt von einer größeren Menschenmenge, durch die Lothringersstraße. Hier geriet das Tier auf den Kirchhof der jüdischen Gemeinde, jagte quer durch die Grabreihen, unter den zahlreichen Besuchern des Friedhofes Angst und Schrecken verbreitend. Schließlich gelang es, das Tier nach dem reservierten Teile des Begräbnisplatzes zu treiben, wo es dann endlich gefangen werden konnte.

Zahlreiche Unglücksfälle im Straßenverkehr werden vom vorgestrigen Tage gemeldet. Am Gartenplatz wurde der 53jährige Arbeiter Anton Steinle, als er beim Ueberfahren des Fahrdammes kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Siemens u. Halske-Linie die Gleise kreuzen wollte, umgehoben und in bewußtlosem Zustande in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert. Er hatte einen schweren Schädelbruch erlitten. — Die Insulte, während der Fahrt vom Straßenbahnwagen abzusteigen, hat wieder einmal ein schweres Unglück herbeigeführt. Die Arbeiterin Rosalie Anslowitz aus Friedrichshagen war am Schlesischen Bahnhof von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 9 abgeprungen, kam dabei zu Fall und schlug mit dem Kopf auf das Straßenpflaster. Die Unvorsichtige erlitt gleichfalls einen komplizierten Schädelbruch und in hoffnungslosem Zustande wurde sie in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Unter die Räder eines Omnibusses geriet vorgestern abend der 73 Jahre alte Droschkentischer Karl Gehre, Wilhelmstr. 15 wohnhaft. G., der bereits 50 Jahre hindurch auf dem Aufschub gesehen, ging über den Fahrdamm der Friedrichstraße hinweg und vor dem Hause 237 geriet er an einen Omnibus der Linie 18 heran, wurde niedergedrückt und die Räder gingen ihm über beide Unterschenkel hinweg. Der Bedauernswerte zog sich doppelte Beinbrüche zu. — Durch die Rücksichtslosigkeit eines Vierkutschers sind vorgestern abend zwei sechsjährige Knaben schwer verunglückt. Die beiden passierten die Hofstraße und an der Ecke der Badstraße wurden sie von einem Bierwagen, der in schnellstem Tempo um die Ecke fuhr, niedergedrückt und unter die Räder geschleudert. Schwer verletzt wurden sie in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Der Kutscher versuchte sich seiner Feststellung durch schnellste Flucht zu entziehen, er wurde jedoch verfolgt und zur Polizei gebracht. — Das Opfer eines schweren Automobilunfalls wurde gestern vormittag die 63jährige Alwine Weinberger aus der Straßburgerstr. 17. Die Greisin wurde in der Brunnenstraße von einem vorbeifahrenden Kraftwagen umgerissen und mit solcher Gewalt gegen die Vordschwelle geschleudert, daß sie sich mehrere Rippenbrüche zuzog.

Einer recht rohen Gaunlungsweise machte sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ein Angestellter der Restauration „Zur Vierglode“ in der Ringstraße neben der Alexander-Laserne am Alexanderplatz schuldig. In diese Restauration kam um 1/2 Uhr die Frau eines Handelsmannes, um für ihren auf der Straße wartenden Mann für fünf Pfennige Schnaps zu holen. Dies wurde ihr verweigert und die Frau kurzerhand von einem Angestellten auf die Straße befördert. Dabei ließ dieser Mensch die Frau mit den Beinen gegen den Leib und schlug sie mit der Faust unbarbarisch auf den Kopf. Passanten, die Zeugen dieser häßlichen Szene waren, gaben ihrer Empörung lauten Ausdruck und überließen dem armen Handelsmann ihre Adressen, um den Helden zur Verantwortung zu ziehen.

Wegen eines Raubankalles ist gestern die 24 Jahre alte Fabrikarbeiterin Emma Holzmann aus der Brunnenstraße verhaftet worden. Sie wird beschuldigt, eine Witwe Heißke in ihrer Wohnung Huisitenstraße beraubt und mit einem Plättbolzen auf dem Kopf geschlagen zu haben.

Die Sammeliste Nr. 8040 ist verloren gegangen. Der Finder wolle dieselbe in der „Vorwärts“-Expedition, Mühlenerstraße 24, abgeben.

Dritter Wahlkreis. In der am Dienstag im Gewerkschaftshaus stattgehabten Versammlung ist ein Pincenez verloren und ein Portemonnaie gefunden worden. Abgegeben resp. abgeholt bei August Böhl, Raupstr. 30 IV.

Kranke. Um vielfachen Wünschen gerecht zu werden, werden am Freitag und Sonnabend nochmals Wiederholungen des Vortrages „Der jüngste Ausbruch des Jesu“, der mit zahlreichen farbigen Bildern, die die Schrecknisse, die Trümmer und die Vernichtung des letzten gewaltigen Verbauens vor Augen führen und in ihrer lebendigen Scharfe den vollen Eindruck der schrecklichen Katastrophe wiedergeben, ausgefüllt ist, im wissenschaftlichen Theater der Kranta in der Taubentropfstraße stattfinden. Am Sonntag wird der Vortrag „Sittlichkeit, Lebens- und Naturbilder aus klassischen Städten“ zur Darstellung gelangen.

Feuerwehbericht. In der vorletzten Nacht wurde die Wehr nach der Warshawstr. 81 gerufen, wo ein Automobil auf der Straße in Flammen stand. Zwei weitere Brände beschäftigten den 7. Zug in der Fruchtstr. 18 und Friedrichsbergerstr. 13. Dort brannten eine Holzbohle, Lumpen, Fleisch und anderes. Ferner mußte ein Brand in der Rodenbergstr. 31, wo Holz in Brand geraten war, und einer in der Spandauerstr. 74/75 gelöscht werden. Schmieröl brannte hier im Keller und Erdgesch.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung vom Mittwoch wurden zunächst die neu gewählten Stadtverordneten Lemm, Baetel, Thiene und Wollstein in der üblichen Weise eingeführt. Wie lange sie ihr Amt ausüben in der Lage sind, ist ungewiß, da gegen ihre Wahl die Klage beim Bezirksausfuss angehängt ist.

Die Vorlage betr. Verpfändung der Mittel für Säuglingsfürsorge gab unserem Genossen Vogel Gelegenheit, auf die Notwendigkeit einer energischer Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hinzuweisen. Redner betonte besonders, daß besser als alle übrigen Maßnahmen die Einschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen wirke. Sein Antrag, die für Stillprämiën ausgeworfene Summe um 1000 M. zu erhöhen und weitere 2000 M. zur Einrichtung von Betten für kranke Säuglinge in den Fürsorgestellen zu bewilligen, fand auf Seiten des Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit starken Widerspruch und wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Magistratsvorlage, deren Inhalt wir bereits mitgeteilt haben, wurde unverändert angenommen.

Ein Antrag Stadthagen (nall.) betr. Anlage eines Verbrennungsofens und einer Gemeindepneumonie wurde auf Antrag der Liberalen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die Versammlung will vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen, bis das von der Stadtgemeinde Hagen angelegte Verwaltungsvorverfahren, das auf Zulassung der Leidenverbrennung gerichtet ist, seinen Abschluß gefunden hat und bis die Verhandlungen der Gemeinde Charlottenburg mit der Regierung über die Errichtung eines Gemeindefriedhofes erledigt sind.

Die neue **Stadtsanleihe** in Höhe von 10 220 000 M. zum Ankauf der Charlottenburger Bezantwärtlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Wasserwerks gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme, ebenso ohne Debatte eine Reihe kleinerer Vorlagen. Zu größeren Debatten führte erst wieder der

Holl Fenzig.

Bekanntlich ist Stadtd. Dr. Fenzig zum zweiten Male in die Schuldeputation gewählt und wiederum nicht bestätigt worden. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion, in deren Namen die Stadtd. Vogel und Hirsch sprachen, wurde die Wahl des Sozialdemokraten Rüd beauftragt, der entgegen dem Stadtd. Fenzig ein „guter Christ“ sei und niemals in Wort und Schrift die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule und seinen Ersatz durch einen Moralunterricht befürwortet habe. Der liberale Redner Otto glaubte, diesen Vorschlag als einen Scherz auffassen zu sollen. In bekannter freisinniger Manier sprach er viel von der Wahrung des Selbstverwaltungsrechts, um am Schluß dies Recht rücksichtslos preiszugeben und sich der Regierung zu unterwerfen. Einen Sozialdemokraten wollen diese „Hüter des Selbstverwaltungsrechts“ nicht in der Schuldeputation haben, weil die Regierung ihn ja doch nicht bestätigt. Deshalb begnügen sie sich damit, die Stelle unbelegt zu lassen, bis das neue Verfassungsgesetz in Kraft tritt. Dann werden sie der Regierung Männer präsentieren, die ihr genehm sind. Am aber ihren Kommando zu zeigen, beantragen sie eine Resolution, worin es heißt, daß die Versammlung gegen das Vorgehen der Regierung Protest erhebt und darin eine unbegründete Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinde erblickt. Die Resolution wurde angenommen. Darüber, ob die Stelle unbelegt oder ob ein Sozialdemokrat gewählt werden soll, wird sich die Versammlung in ihrer nächsten Sitzung schlüssig werden. Wie der Beschluß ausfallen wird, läßt sich im Voraus sagen.

In vorgeschriebener Stunde kam die Vorlage betr. Gewährung von

Teuerungszulagen

zur Beratung. Die Magistratsvorlage beognete auf allen Seiten lebhaften Widerspruch. Namens der sozialdemokratischen Fraktion geistelte Genosse Hirsch die Art und Weise, wie der Magistrat sich länger als ein Jahr bitten läßt und dann noch den traurigen Mut besitzt, den Beamten und Arbeitern Almosen hinzuwerfen. Redner beantragte eine Verdoppelung der Sätze für die unteren Klassen und die Ausdehnung der Zulage auf die nichtständigen Hilfsarbeiter. Diese Forderung rief den Unwillen des Stadtoberhauptes hervor, der den Sozialdemokraten vorwarf, sie wollten nur Unzufriedenheit erregen. Stadtd. Hirsch erwiderte dem Oberbürgermeister, daß seine Worte von starker Ueberzeugung seiner Person zeugen und daß gerade der Magistrat es sei, der durch derartige Vorlagen Unzufriedenheit hervorruft. Die Sozialdemokraten hätten gar keine Ursache, ihm das Handwerk zu prüfen. Nach langer Debatte einigte man sich schließlich auf einen Antrag Spiegel (lib.), wonach die Teuerungszulage durchweg 75 M. beträgt und dem Magistrat auch die Berücksichtigung der nichtständigen Hilfsarbeiter empfohlen wird. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt.

Da es inzwischen 11 Uhr nachts geworden war, wurden die übrigen Punkte berichtigt. In der nächsten Sitzung wird auch eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation zur Beratung kommen, die sich gegen die von der Polizei gegen die Streikenden in den Siemenswerken gegenüber getroffenen Maßnahmen wendet.

Lichtenberg.

Das alte Spiel wiederholt sich fortgesetzt: unsere Genossen bringen in der Gemeindevertretung Anträge ein, die „bürgerlichen Dorfpaten“ lehnen die Anträge ab. Die Antragsteller werden verachtet, verhöhnt und die Anträge niedergestimmt. — Nach und nach aber erscheinen die Anregungen und Anträge unter bürgerlicher Flagge wieder auf der Bildfläche und die Sozialdemokraten sind wieder einen Schritt weiter. — Zwei Klassen für minderhabende Kinder sollen auf „Antrag der Schulkommission“ zu Ostern 1907 als Hilfsklassen eingerichtet werden. — Der Gemeindevorstand ist mit dem Verband für „Erste Hülfe“ in Berlin wegen der Errichtung einer Unfallstation am Orte in Verbindung getreten, beides Forderungen, die unsere Genossen wiederholt im Rathause gestellt haben! Uns ist's so recht. Aber auch mit einer anderen Forderung „Obligatorische Fortbildungsschule“, die von unseren Genossen immer wieder erhoben wird, beschäftigt sich — ein „Grundbesitzerverein“. Resultat: Sobald das Gesetz die Gemeinde zur Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule verpflichtet, wird auch der Grundbesitzerverein nicht dagegen haben! Derselbe Verein mußte am gleichen Abend sich mit einer Anfrage beschäftigen, die allerdings sich dort recht wunderbar andrückt, nämlich: wie es mit einer Teuerungszulage für Beamte, Lehrer usw. der Gemeinde Lichtenberg stehe und ob der Verein nicht eine solche „anregen“ solle! Ein Berliner Magistratsbeamter (im Nebenamt Grundbesitzer in Lichtenberg) meinte, das sei doch aber nicht Sache der Grundbesitzer, die Gemeinde werde schon für ihre Beamten usw. selbst sorgen! Daß diese Ansicht unnützes Verständnis im Kreise derer von „Reich und Bildung“ gefunden, beweist eine Bemerkung, die nach der hiesigen Ortszeitung ein „Besitzer“ vor verammeltem Kriegsvolk tat: „Die Schulmeister arbeiten sich nicht tot; wenn ich nicht zu alt wäre, würde ich jetzt noch Lehrer werden.“ !! (Mit Recht fragt die Redaktion der „Volkzeitung für Niederbarnim“: „Na, na, bloß zu „alt“?“)

Der Freitag von Niederbarnim ist zum 18. Dezember zu einer Sitzung zusammenberufen. Nach der in der „Niederbarnimer Kreiszeitung“ veröffentlichten Tagesordnung wird unter den 24 Punkten der Tagesordnung für Lichtenberg besonderes Interesse haben der Punkt 4: „Verleihung der städtischen Verfassung an die Gemeinde Lichtenberg und der Auseinandersetzungsvertrag der Gemeinde mit dem Kreise Niederbarnim.“

Auch wird der Freitag das Abkommen wegen Uebernahme der Lönzberger Chauffee, soweit diese im Weichbilde der Gemeinde belegen, in den Besitz der Gemeinde zu verabschieden haben.

Friedrichsfelde.

Gründlich enttäuscht wurden die Gemeindevertreter, als in der letzten Sitzung der Punkt: „Abänderung des Ortsstatuts betreffend die dienstlichen, Gehalts- und Pensionverhältnisse der Beamten der Landgemeinde Friedrichsfelde und der zu diesem Statut erlassene Nachtrag“ zur Verhandlung kam. Allgemein war man der Meinung, daß es sich bei diesem Antrage um eine Gehaltsaufbesserung sämtlicher Gemeindeangestellten handele. Wie sich bei der Begründung des Antrages durch den Gemeindevorsteher herausstellte, soll den beiden Sekretären, von denen je einer dem Gemeinde- sowie dem Amtsbureau vorsteht, der Titel Bureauvorsteher verliehen werden unter gleichzeitiger Aufbesserung ihres Gehalts um je 100 M. Sämtliche Redner erklärten diese Angelegenheit nicht für reif, um einen Beschluß darüber zu fassen. Unsere Genossen erklärten sich, um eine Entlastung des Gemeindevorstehers herbeizuführen, für die Anstellung eines tüchtigen juristisch vorgebildeten Schöffen. Dafür ist das Gemeindevorhaupt nicht zu haben. Seine Absicht scheint vielmehr, die Anstellung einer solchen Hilfskraft bis zum Schluß seiner Amtsperiode (1908) hinauszuschieben zu wollen. Der Antrag würde veragt, ebenso die Anstellung von sechs Nachpolizeidienern unter Fortfall der Nachwächter. Der Gemeindevorsteher teilte alsdann mit, daß die Untergrundbahn-Gesellschaft die Rentabilität einer Verbindung zwischen Friedrichsfelde und Ober-Schöneweide prüfen will. Der die Oberaufsicht über das Feuerwehrgelände ausübende Oberführer der Karlsruher Feuerwehr, Maurermeister Schreiber, hatte eine Entschädigung von 3000 M. verlangt, die Gemeindevorstellung lehnte diese Forderung ab. Dem schon wiederholt von unseren Genossen geäußerten Wunsche, die Gemeindevorstellung vorher zu informieren, wenn wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, ist der Gemeindevorsteher insofern begeben, als er vor Sitzungen der öffentlichen Sitzung eine private Sitzung zusammenberuft. Dies wäre eine Verbesserung des früheren Zustandes, wenn der Gemeindevorsteher nicht zugleich die Abstimmung vornähme und dadurch die Abstimmenden für die öffentliche Sitzung bindet. Eine solche Information des Beratungsstoffes bedeutet allerdings keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der früheren Geschäftsabhandlung.

Rummelsburg.

In die Bezirksführer und Vertrauensleute. Sonntag, 9. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung zu der am Dienstag 11. d. M. abends 9 Uhr, stattfindenden öffentlichen Versammlung bei Weigel. Stellungnahme zu dem Gesuchentwurf für die Heimarbeit. Zu dieser Flugblattverbreitung werden die Parteigenossen gebeten, recht zahlreich in ihren Bezirkslokalen zu erscheinen. Des weiteren sei daran erinnert, daß die Delegiertenwahlen zur hiesigen Ortsparlamentarische am Donnerstag, 13. d. M., stattfinden. Die Aufstellung der Delegiertenliste wird von dem hiesigen Gewerkschafts-kartell vorgenommen. Rechnungen für diese Liste ad an den Obmann des Kartells, den Genossen Bräufke, Neue Bahnhofsstraße 32, baldmöglichst zu machen.

Weihenfeld.

Nicht bestätigt wurde der von der Gemeindevertretung zum Mitglied des Kuratoriums der Weihenfelder Realschule gewählte Genosse Taubmann, und zwar ohne Angabe von Gründen. In dem Schreiben des lgl. Provinzial-Schulkollegiums vom 18. August an den Weihenfelder Gemeindevorstand heißt es: „Die Wahl des Gemeindevorordneten, Kassenbeamten Albert Taubmann zum Mitgliede des Kuratoriums der dortigen Realschule vermögen wir nicht zu bestätigen.“ Als die Gemeindevertretung zur Neuwahl schreiter wollte, verlangte Genosse Taubmann die Zurückstellung der Wahl und die Einreichung einer eventuellen Beschwerde beim Minister. Diefem Verlangen kam die Versammlung nach, worauf nun der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten folgende Antwort erteilt hat: „Ihr Beschwerde vom 8. Oktober d. J. wegen Nichtbestätigung als Mitglied des Kuratoriums der dortigen Realschule kann Folge nicht gegeben werden. Es muß vielmehr bei der Entscheidung des hiesigen königlichen Provinzial-Schulkollegiums vom 18. August d. J. sein Bewenden behalten.“

Den bürgerlichen Herren in der Gemeindevertretung wird der ministerielle Entscheid wahrscheinlich kein Stein des Anstoßes sein, wenigstens derselbe ein weiterer Faustschlag gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde ist.

Spandau.

Ein Ehepaar vergiftet. Seit dem letzten Freitag wurde der Gemeindefchullehrer Franz Stein vermißt. Er erschien nicht mehr zum Unterricht und seine Wohnung, Neundorferstr. 15, war verschlossen. Am Mittwochnachmittag wurde die Wohnung geöffnet, da man im Hause einen Leichengeruch zu spüren glaubte. Die Eintretenden fanden den Lehrer und seine Frau tot im Bett. Beide hatten sich vergiftet. Auf einem Tische lagen Abschiedsbriefe an die nächsten Verwandten. Das Ehepaar hatte in geordneten Verhältnissen gelebt. Der Mann war 30 Jahre, die Frau 28 Jahre alt. Der Lehrer war sehr nervös und wahrscheinlich lebensüberdrüssig. Die Ehe war kinderlos.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-73 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 56-61, IVa 50-55. Kalbfleisch, Doppelender 115-125, Ia 86-91, IIa 74-84, IIIa 60-72, IVa 54-58. Hammelfleisch Ia 69-77, IIa 54-67, Schmelzfleisch 56-65. Schwein Ia per Pfd. 0,60-0,75, IIa 0,40-0,58, Rotwild Ia 0,40-0,52, IIa 0,00-0,00, do. Räder 0,40-0,58, do. Damm 0,40-0,52, do. Räder 0,60-0,66. Wildschweine 0,45, Ferkel 0,60-0,60, do. per Stück 3,00-3,20, do. klein und IIa 1,00-2,00, Kaninchen pr. Stück 0,50-0,95, Wildenten pr. Stück 1,40-1,56, Amdenten 0,00, Rebhühner, junge Ia 0,90-1,00, junge IIa 0,60-0,60, alte 0,80, junge kleine 0,00-0,00, Hühner, alle pr. Stück 1,50-2,20, alte Ia 0,90-1,40, junge pr. Stück 0,80-1,20, Tauben pr. Stück 0,30-0,33, ital. 0,70-0,75, Enten, junge pr. Stück 1,75-2,50, Hamburger, junge pr. Stück 3,00, Gänse, Oberbruder, pr. Pfd. 0,40-0,58, do. Ia per Stück 3,00-3,60, IIa 0,00, do. pr. 100 Pfd. 71-81, groß 0,60, Jaber 140-147, Schleie 0,96, ungl. 113, mittel 0,00, kleine 0,00, Heie, groß 0,56-0,57, Kate, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, ungl. 0,00, Wägen 0,00, Karpen, 2er 0,00, do. 3er 0,00, do. 100 er 61-63, do. 50-60 er 65-67, 40 er 0,00, Barje 0,00, Karanischen 0,00, Kellische 0,00, Wels 0,00, Bunte Fische 42-44, Amerikan. Lachs Ia neuer der 100 Pfd. 110-120, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 20-25, Spottten, Kieker, Wall 0,75-1,25, Danziger, Ball 0,60-0,80, Rundern, pomerische Ia, per Schock 3-6, do. pomerische IIa 2-4, Kieker, Säge Ia 4-6, do. mittel der Rite 2-3, Gans, Säge 4-5, halbe Rite 1,50-2, Bäcklinge, per Ball Kieker 3,50-5,00, Stralunder 4-5, Kule, groß pr. Pfd. 1,10-1,20, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Heringe pr. Schock 4-5, Schellfische Rite 4-5, do. 1/2, Rite 2-3,00, Rabian, p. 100 Pfd. 20-25, Hellbutt 0,00, Sardellen, 190er pr. Unter 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 73, Schollische Hollherge 1905 0,00, large 40-44, full 38-38, med. 35-42, deutsche 37-41, Heringe, neue Matjes, per 100, 20-60-120, Sardinien, russ., Pfd. 1,50-1,60, Bratheringe, Büchle (4 Liter) 1,50-1,75, Reumagen, Schodlach 11, kleine 5-6, Riesen 14, Summern, kleine, pr. Pfd. 0,00, Kieker, pr. Schock, groß 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, ungl. 0,00, Galtzer, groß 0,00, mittel 0,00, Vier. Land, pr. Schock 4,00-4,60, Butter pr. 100 Pfd. Ia 123-125, IIa 115-123, IIIa 110-114, abfallende 95-05, Saure Gurken Schock 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00-2,10, Daberche 2,00-2,10, Rosen 0,00, weiße 1,75-2,00, Salzkartoffeln 4,00-6,00, Spnat pr. 100 Pfd. 8,00-8,00, Karotten pr. Schockbund 3,00-4,00, Sellerie, Heringe, pr. Schock 4,00-5,00, do. pomerische 4,00-5,00, Zwiebeln, groß, pr. 100 Pfd. 3,00-3,50, do. kleine 2,00-2,50, do. hiesige (Bel-) 0,00, Charlotten 60-70, Peterfisch, grün, Schockbund 1,25-1,50, Kohlhubi pr. Schock 0,50-1,00, Kettig, bayr., pr. Schock 2,40-4,80, Rabbsen pr. Schockbund 0,80-1, Salat, pr. Schock 0,00-0,00, do. Scharle, pr. Pfd. 1,00-1,50, do. Gubdrien 1,50-2, Rohrdraben pr. 100 Pfd. 2,50-3,50, Teltower Räder pr. 100 Pfd. 8-10, Weiße Räder, große 2-2,50, kleine 5-6, Kote Räder 1,50-2, Blumenkohl holl. pr. Kopf 0,00, do. ital. Kopf 0,00, Biringkohl pr. Schock 3,00-6,00, Kettig pr. Schock 3,00-6,00, Weißkohl Schock 2,00-3,00, Kohlenkohl p. 100 Pfd. 15-18, Grünkohl pr. 100 Pfd. 3-4, Schnittlauch 12 Köpfe 4-4,50, Knoblauch, Schock 2-3, Räder 5-8, Birnen, pr. 100 Pfd. hiesige 7-9, böhmische 8-20, Kappel, pr. 100 Pfd., hiesige 3-30, Waaenfeuer 0,00, Anker in Hähern 17-30, Rite 32-80, Amerik. 17-25, Preißbeeren, jähliche 0,00, Gebirgs 30-33, Wallnüsse pr. 100 Pfd. 16-20, da. rumänische 23-30, do. franz. Cornes 29-32, Parantische 60-65, Nal-nüsse lange 42-48, runde 32-35, Pistonen, Peffina, 300 Stück 8,00-12,00, 250 Stück 7,00-10,00, 200 Stück 10-12, 420 Stück klein 5-8, 500 Stück klein 5-8.

Wetter-Prognose für Freitag, den 7. Dezember 1906. Kälter, vielfach heiter, aber noch veränderlich mit leichten Schneefällen und freigen nordöstlichen Winden.

Berliner Selterbureau

INSERATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

Freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert

..... werden kann.